

## Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

Protokoll 18/152

## **Plenum**

152. Sitzung

München, Donnerstag, 20. Juli 2023, 10:00 bis 14:41 Uhr

Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete	Karin Hiersemenzel 21792
Geburtstagswünsche für die Abgeordne Hartmann	eten <b>Gerald Pittner</b> und <b>Ludwig</b> 21792
Rüge	21864
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernh (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. W Fraktion (CSU) Nicht sparen und spalten! Ausbluten d dern! (Drs. 18/30347)	Vinfried Bausback u. a. und
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktio Nicht poltern und schlechtreden! Glau liche Räume in Bayern! (Drs. 18/30364)	n (FDP) <b>bhafter Einsatz für starke länd-</b>
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD) Gleichwertige Lebensverhältnisse abs	
Alexander Muthmann (FDP)	
Staatsiiiiiisteiiii Wiitiiaeta Naliibel	21000 2101

Beschluss zum FW/CSU-Dringlichkeitsantrag 18/303472181
Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/303642181
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/303652181
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD) Pro Bargeld - Bürger aufklären und Bargeldabschaffung verhindern! (Drs. 18/30348)
und
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU) Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten! (Drs. 18/30366)
Bargerdzamungen omie begrenzung ernalten: (DIS. 10/30300)
Katrin Ebner-Steiner (AfD)       21812         Gerald Pittner (FREIE WÄHLER)       21813         Tim Pargent (GRÜNE)       21814 21812         Ralf Stadler (AfD)       21815         Volkmar Halbleib (SPD)       21815 21816         Alexander Muthmann (FDP)       21816 21816         Wolfgang Fackler (CSU)       21816 21816         Raimund Swoboda (fraktionslos)       21818 21816         Staatsminister Albert Füracker       21816
Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/3034821840
Namentliche Abstimmung zum FW/CSU-Dringlichkeitsantrag 18/30366 21840
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 1)
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD) Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung (Drs. 18/30349)
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen! (Drs. 18/30351)
Doris Rauscher (SPD)

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/30351	21839		
Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/30349	21839		
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2)	21843		
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP) <b>Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern</b> (Drs. 18/30350)			
und			
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD) <b>Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen</b> (Drs. 18/30367)			
Matthias Fischbach (FDP)	21841		
Dr. Simone Strohmayr (SPD)			
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)			
Thomas Gehring (GRÜNE)	21847		
Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER)	21849		
Dr. Anne Cyron (AfD)			
Michael Busch (fraktionslos)	21852		
Staatsminister Prof. Dr.  Michael Piazolo	21050		
Alexander König (CSU)			
Martin Böhm (AfD)			
Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/30350	21858		
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/30367	21858		
Schluss der Tagung und Einsetzung eines Zwischenausschusses (s. a. Anlage 3)			
Beschluss zur Einsetzung eines Zwischenausschusses	21859		
Schlussworte			
Präsidentin Ilse Aigner	21859		
Katharina Schulze (GRÜNE)21864	21865		
Ministerpräsident Dr. Markus Söder	21867		
Feststellung des Schlusses der Tagung	21872		
Schluss der Sitzung	21872		

(Beginn: 10:03 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 152. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie bitten, sich zum Gedenken an eine ehemalige Kollegin von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 10. Juli ist im Alter von 79 Jahren Karin Hiersemenzel verstorben. Sie gehörte dem Bayerischen Landtag von 1990 bis 1994 an und vertrat die FDP im Wahlkreis Oberbayern.

Sie hatte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Germanistik, Anglistik und Philosophie studiert. Im Jahr 1968 legte sie ihre erste Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen, drei Jahre später die zweite Staatsprüfung ab. Ab 1971 war sie – unterbrochen durch eine fünfjährige Familienphase – im Schuldienst tätig.

Anfang der Siebzigerjahre fing sie auch an, sich parteipolitisch zu engagieren. Sie avancierte zu einer starken bildungspolitischen Stimme ihrer Partei auf kommunaler und auf Landesebene.

Im Bayerischen Landtag war sie insbesondere Mitglied im Ausschuss für kulturpolitische Fragen und stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat. Von 1991 bis 1994 war sie zudem stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte sie sich besonders an der "Graswurzel der Demokratie", in der Kommunalpolitik. – Der Bayerische Landtag trauert mit ihren Angehörigen und wird der Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbene von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich darf noch zwei Glückwünsche aussprechen an die beiden Kollegen, die heute Geburtstag feiern. Dies ist zum einen Herr Kollege Gerald Pittner

(Allgemeiner Beifall)

und zum anderen der Fraktionsvorsitzende Ludwig Hartmann, der einen halbrunden Geburtstag begeht.

(Allgemeiner Beifall - Zurufe: Oh!)

Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich den Kollegen alles Gute.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 37 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Nicht sparen und spalten! Ausbluten des ländlichen Raumes verhindern! (Drs. 18/30347)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP) Nicht poltern und schlechtreden! Glaubhafter Einsatz für starke ländliche Räume in Bayern! (Drs. 18/30364)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Gleichwertige Lebensverhältnisse absichern (Drs. 18/30365)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Robert Riedl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Besonders begrüßen möchte ich heute die Vertreterinnen und Vertreter des ALE Niederbayern. Für alle Großstädter: ALE heißt Amt für Ländliche Entwicklung. Gestern wurde ich von Herrn Vizepräsidenten Rinderspacher als Kämpfer für meine Heimat Oberpfalz bezeichnet. Auch mein heutiger letzter Kampf in diesem Hohen Haus gilt dem ländlichen Raum.

Mehr Fortschritt wagen! Bund und Länder sind gleichermaßen in der Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Gezielt zu diesem Zweck werden wir die Mittel der GRW und GAK jährlich dynamisch erhöhen. Wir wollen die Möglichkeiten der Infrastrukturförderung flexibilisieren und die mehrjährige Übertragbarkeit der Mittel sicherstellen. Der Sonderrahmenplan "Förderung der ländlichen Entwicklung" wird aufgestockt und ausgebaut.

Dies, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Inhalt des Koalitionsvertrages 2021 der Berliner Ampel-Regierung. Die Realität vom 5. Juli ist jetzt der Entwurf des Bundeshaushaltes 2024, der durch das Bundeskabinett beschlossen wurde: ersatzlose Streichung der beiden Sonderrahmenpläne "Förderung der ländlichen Entwicklung" und "Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" sowie Kürzungen im allgemeinen Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", kurz GAK.

Dies, meine Damen und Herren, ist ein Tiefschlag für den ländlichen Raum in Deutschland und auch für unsere bayerischen Gemeinden und Kommunen! Man muss sich also nicht wundern, dass wir am letzten Plenartag noch einen Dringlichkeitsantrag einbringen, um diesen Wahnsinn und somit das Ausbluten der ländlichen Gemeinden und Städte zu verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich danke ausdrücklich unserem Koalitionspartner für die volle Unterstützung.

Das Telefon in meinem Büro steht seit der Bekanntgabe nicht mehr still. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind entsetzt. Jeder Abgeordnete der Oberpfalz hat letzte Woche eine E-Mail des Amts für Ländliche Entwicklung Oberpfalz erhalten. Eigentlich wollte ich zuerst nur den Brief vorlesen. In diesem steht alles drin, alle Probleme und alle Auswirkungen. Dafür würde die Zeit nicht ausreichen, aber lassen Sie mich einige Auszüge vortragen: Die vorgesehenen Kürzungen würden

eklatant gegen den Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse verstoßen. Speziell die Kommunen in ohnehin strukturschwachen Teilräumen in der Oberpfalz sind in besonderem Maße auf die Unterstützung des ALE angewiesen. Die Kürzungen hätten für die Kernaufgaben Dorferneuerung, also für die Innenentwicklung zur Vermeidung des Flächenverbrauchs, für die Grundversorgung, die Mobilität, den Kernwegenetzbau, den Landschaftswasserhaushalt, die Biodiversität und den Erosionsschutz dramatische Auswirkungen. Sie würden für unser Haus einen Rückgang der Förderungen um ein Drittel bedeuten. Maßnahmen müssten über einen längeren Zeitraum abfinanziert werden, neue Förderzusagen könnten nicht mehr ausgesprochen werden. Es träfe aber auch private Bauherren und Kleinstunternehmer, da diese die Aufwertung der Dörfer nur in Angriff nahmen, weil sie bisher finanziell unterstützt wurden, und, und.

Ein zusätzlicher Hohn ist die geplante Sommerreise des Bundeswirtschaftsministers Cem Özdemir in ländliche Regionen, um seine Wertschätzung zu zeigen.

(Florian von Brunn (SPD): Der ist aber doch der Landwirtschaftsminister!)

Nun zu den Nachziehern. Es ist schon bezeichnend, dass die bayerischen Ampel-Parteien nicht einmal einen gemeinsamen Antrag formulieren können. Zusammenhalt sieht für mich anders aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Grund ist aber leicht zu durchschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ihr wollt einer Zustimmung zu unserem Antrag entkommen. Mir kann das aber nur recht sein; denn dann kann ich eure ablehnende Haltung raustragen in den ländlichen Raum. Glaubt's mir, die Bürgerinnen und Bürger werden das nicht vergessen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der FDP-Antrag ist ein reines Ablenkungsmanöver vom Versagen der Bundes-Ampel. Die SPD hat unseren Antrag wahrscheinlich überhaupt nicht gelesen. Sie reden vom Haushalt 2023. Das interessiert aber keinen Menschen. Es geht um den Haushalt 2024. In eurer Begründung schreibt ihr, ich formuliere das jetzt einmal auf Bairisch: Ja habt's euch ned a so, was wollt's denn überhaupt's? Es ist doch nur a Entwurf. – Nein, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Er wurde vom Bundeskabinett beschlossen und soll genau so im September beschlossen werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Deshalb läuten nicht nur bei uns die Alarmglocken, und das nicht zum ersten Mal, nach all dem, was wir in den letzten Wochen mitgemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ihre Scheinanträge werden wir selbstverständlich ablehnen. Ich bitte das gesamte Haus, unserem Antrag zuzustimmen zur Unterstützung des ländlichen Raums in Bayern. Das hat der nämlich verdient.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jawohl! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

**Alexander Muthmann** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Robert, es gibt hier keine Ampelkoalition. Wir beantragen und stimmen eigenständig ab.

(Andreas Winhart (AfD): Das glaubt ihr wohl!)

Natürlich können die ländlichen Räume die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und die Mittel aus den Sonderrahmenplänen "Förderung der ländlichen Entwicklung" und "Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" gut gebrauchen. Deswegen auch unser Antrag, der nochmals auf den Koalitionsvertrag und auf die schon zitierten Stärkungs- und Priorisierungsmaßnahmen für strukturschwache Regionen hinweist, verbunden mit der Forderung, diese Zielsetzungen des Koalitionsvertrages bei den derzeitigen und noch laufenden Haushaltsverhandlungen heranzuziehen. Da muss, da soll, da darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Ich bitte deshalb auch um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt zu Ihrem Antrag: Ich habe mich gefragt, ob eigentlich alle diesen Antrag überhaupt gelesen haben. Schon in der Überschrift: "Nicht sparen", und dann heißt es im dritten Satz: "Einsparungen sind [...] wichtig". Also, was jetzt? – Das kennen wir aber schon: Sparen ist wichtig, aber nicht bei mir, nicht bei uns und nicht so. – So billig, so durchschaubar, unseriös!

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Bayern beherrscht beides! Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt!)

Und dann: "Ausbluten des ländlichen Raums verhindern!" im Sinne von Sterben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jawohl!)

In der Begründung ist zu lesen: "In der Folge verliert der ländliche Raum weiter "- weiter! -" an Attraktivität". Dieses Schlechtreden des ländlichen Raums für vermeintlich kurzfristige politische Erfolge ist erbärmlich.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer kürzt die Mittel? – Tobias Reiß (CSU): Wir steuern dagegen!)

Das ist erbärmlich. Es schadet dem ländlichen Raum

(Tobias Reiß (CSU): Eure Politik schadet!)

 jetzt höre mir zu! – und widerspricht den eigenen Jubelarien, wenn die Staatsregierung ihre Heimatberichte vorstellt.

(Tobias Reiß (CSU): Die macht ja auch ihre Hausaufgaben!)

Die Bayerische Staatsregierung hat ihre Förderungen zugunsten strukturschwacher Gebiete in den letzten Jahren durch die völlig konturlose Ausweitung der Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf erheblich verwässert, aber das wird geflissentlich verschwiegen.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der CSU)

Lieber Robert, macht die ländlichen Räume nicht schlecht! Das verdienen sie nicht. Unser Ziel muss sein,

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weiterhin für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen und nicht so zu tun, als würden die ländlichen Räume laufend an Attraktivität verlieren. Das kommt doch bei euch zum Ausdruck.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Länderfinanzausgleich!)

 Ich komme gleich dazu. – Das wird im Übrigen auch der Arbeit der Bayerischen Staatsregierung kein gutes Zeugnis ausstellen. Aber das ist eure Diktion, nicht die meine.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Ihr seid die Vampire, nicht wir!)

Der eigentliche Skandal dieses Antrags liegt aber in der haushaltspolitischen Komponente,

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

in dieser Scheinheiligkeit und dem billigen Populismus, die darin zum Ausdruck kommen. Sie rechnen in Ihrem Antrag vor, dass bei den derzeit bekannten Haushaltsansätzen im Bundeshaushalt Bayern Bundesmittel in Höhe von 70 Millionen Euro fehlen. Ja, das ist viel Geld, das die ländlichen Räume gut gebrauchen können. Gleichzeitig läuft aber der Vorsitzende der FREIEN WÄHLER Hubert Aiwanger draußen herum und fordert vor allem 2.000 Euro steuerfrei pro Monat für alle. Das kostet – und das wissen Sie auch – die Kommunen 3 Milliarden Euro, das Land Bayern 9 Milliarden Euro und den Bund insgesamt 100 Milliarden Euro. Nehmen wir nur die Daten für das Land Bayern: 9 Milliarden Euro. Sie wollen mit diesem Vorschlag dem bayerischen Haushalt 9 Milliarden Euro nehmen

(Tobias Reiß (CSU): Wer ist "Sie"?)

und jammern rum und prognostizieren das Ausbluten des ländlichen Raums bei fehlenden 70 Millionen Euro.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr habt gekürzt!)

70 Millionen Euro, das sind 0,8 % der 9 Milliarden Euro, die Sie dem Freistaat künftig vorenthalten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Martin Hagen (FDP): So eine Heuchelei! – Tobias Reiß (CSU): Eine Scheinargumentation!)

Ihre derzeitigen Forderungen sind es, die im Kern die Axt an die Leistungsfähigkeit des Staatsgefüges insgesamt, im Bund, aber auch im Land anlegen wollen. Wenn der Freistaat mit 9 Milliarden Euro weniger auskommen müsste, dann gäbe es keine Investitionen mehr, nicht im ländlichen Raum und auch sonst nirgends.

(Tobias Reiß (CSU): Ablenkungsmanöver!)

Reden Sie von den FREIEN WÄHLERN angesichts dieser Gesamtlage bitte nicht mehr von solider Finanzpolitik. Dass die CSU vor diesem Hintergrund diesen Dringlichkeitsantrag mitgemacht hat, verstehe ich sowieso nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist verantwortungsloser Populismus, vor dem Sie, vor allem in Wahlzeiten, nicht zurückschrecken.

(Tobias Reiß (CSU): Erwischt haben wir euch!)

Kehren Sie zurück zu unserem Vorschlag, in Berlin das Thema weiter zu platzieren und Korrekturen zu versuchen, ohne Panikmache, ohne rigorosen Populismus, auch wenn es schwerfällt.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Eure Versuche scheinen ja zu scheitern!)

Nun noch kurz zum SPD-Antrag. Wenn wir uneingeschränkt fordern sollen, dem Miosga-Papier zu folgen und das umzusetzen, darf ich darauf hinweisen, dass das noch nicht einmal im Netz aufzufinden war, sondern nur eine Zusammenfassung ist.

(Florian von Brunn (SPD): Ein einfacher Anruf bei uns hätte genügt!)

die im Wesentlichen aus Allgemeinplätzen besteht. Da können wir natürlich auch nicht zustimmen. An dieser Stelle werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Muthmann, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Dr. Fabian Mehring** (FREIE WÄHLER): Lieber Alex, die FDP in Bayern hat jetzt in Relation zur FDP in Berlin zwischenzeitlich einen solchen Grad der Doppelzüngigkeit erreicht, dass ich nicht umhinkomme, noch einmal in Diensten der Wahrheit und Klarheit nachzufragen. Mich irritiert, dass man als Bayern-FDP immer dann Teil der Ampel sein möchte, wenn – was selten genug ist – man den Eindruck hat, dieser Ampel sei etwas gelungen. Wenn die Ampel – wie eher üblich – Chaos stiftet, dann distanziert man sich.

Ich habe gestern wahrgenommen, dass ihr Wahlkampfauftakt in München gemacht habt. Da hat Christian Lindner gesprochen; es war also genau dieser Bundesfinanzminister gestern in München, der jetzt die Axt an den ländlichen Raum anlegt und genau den Sachverhalt so vorschlägt und verursacht, wie wir ihn heute diskutieren. Deshalb ist meine Bitte, schon einmal öffentlich klarzustellen, in welchem Team ihr spielt: Seid ihr Team "Axt am ländlichen Raum" mit Lindner, der gestern euren Wahlkampf eröffnet hat, oder seid ihr Team "Bayern-FDP", die in München im Parlament das Gegenteil dessen erzählt, was sie gestern am Stachus erzählt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Ihr wollt den Kommunen drei Milliarden Euro nehmen! Ihr Pharisäer! – Tobias Reiß (CSU): Das ist unseriös!)

Alexander Muthmann (FDP): Jetzt an dieser Stelle mit Doppelzüngigkeit – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Macht mal Politik für Bayern! – Zurufe der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Martin Hagen (FDP))

Ich will es noch einmal ganz kurz versuchen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sehen auch, dass die jetzt im Bundeshaushalt vorgesehenen Entwürfe in Bezug auf diese Pläne zu einer Mittelreduzierung führen können, die natürlich auch zu Problemen bei der Ausgestaltung und der Realisierung der Planungen der nächsten – –

(Tobias Reiß (CSU): Können oder werden?)

 Ja, das hat der Robert auch vorgetragen und zitiert; die Schreiben kennen wir auch. Wir sind auch im Gespräch mit den Kollegen, um Korrekturen zu erreichen.

(Tobias Reiß (CSU): Da hilft kein Blabla!)

Das ist unsere Art, jetzt damit umzugehen und darauf hinzuweisen.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr habt keinen Einfluss! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Euch ist auch peinlich, was die da in Berlin machen!)

Aber --

(Tobias Reiß (CSU): Euch fehlt das Bayern-Gen! – Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Muthmann hat das Wort.

**Alexander Muthmann** (FDP): Die Fraktion, deren Parteivorsitzender Steuervorschläge macht, die schlechterdings unfinanzierbar sind und nicht nur an dieser Stelle,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Anti-Bayern-Politik!)

sondern auch sonst die Leistungsfähigkeit staatlicher Leistungen völlig infrage stellt, sollte sich diese Frage sparen.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Deshalb am besten CSU wählen! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Anti-Bayern!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Muthmann, Ihre Redezeit geht zu Ende. Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Klaus Adelt von der SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Nachzieher zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, vordringlich der FREIEN WÄHLER, eingebracht. Aber ich stelle von vornherein fest: Ich bin Sprecher des ländlichen Raums und nicht nur für die Oberpfalz und für Oberfranken.

(Tobias Reiß (CSU): Deshalb sprichst du so leise!)

- Herr Reiß, verstehst du mich nicht?

(Tobias Reiß (CSU): Wenn der Sprecher des ländlichen Raums so leise spricht, dann kann das wohl kein wichtiges Thema sein!)

 Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich k\u00e4mpfe f\u00fcr den l\u00e4ndlichen Raum, seit ich in der Kommunalpolitik bin – das sind jetzt fast 40 Jahre –, und ich werde es auch weiterhin tun. Aber zur\u00fcck zur Sache.

(Unruhe)

Jetzt red i, wie es auf Oberbairisch heißt:

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU trieft geradezu vor Bayernideologie, vor Ampel-Bashing und Sonstigem, wenngleich der Grundgedanke – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bayernideologie ist doch etwas Gutes!)

 Mit Leuten aus der Metropolregion Augsburg rede ich erst einmal gar nicht; die haben vom ländlichen Raum keine Ahnung, und davon jede Menge.

(Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Aber zurück zur Sache. Wir fordern ebenso, dass die im Haushalt vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen werden und die Mittel in der bisherigen Form wieder ausgereicht werden. Man darf aber nicht vergessen, dass die Mittel in den letzten Jahren erheblich verstärkt, ja verdoppelt worden sind. Wenn der Finanzminister sparen muss, dann muss er halt nach Möglichkeiten suchen. Das sollte er aber nicht hier tun; denn gerade in Bayern brauchen wir die Mittel, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bereichen zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weitergedacht und von dem Miosga-Gutachten, das Alexander Muthmann noch nicht gefunden hat, bewusst die Kurzfassung eingestellt, weil die Langfassung für manche offensichtlich nicht verständlich ist. Wir hatten das ja gestern Abend, deshalb die Kurzfassung. Aber zurück zur Sache. Wir fordern nach wie vor, dass die Mittel erhalten bleiben, denn sie sind sehr sinnvoll, dass aber gleichzeitig die Mittel in Bayern weiterhin von Geldern der Staatsregierung flankiert werden. Das ist auch klipp und klar.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das tun wir ja!)

Wir wollen die Mittel erhalten, damit die gleichwertigen Lebensverhältnisse hergestellt werden können und die Maßnahmen, die übrigens für die ganze Bundesrepublik gelten, auch weiterhin fortgesetzt werden; das muss man ganz deutlich sagen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weiß das die Bundes-SPD?)

 Ruhe jetzt! – Da brauchen wir keine Aufforderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung; denn wir stehen eh immer mit ihnen in Kontakt und befürchten das genauso.

(Tobias Reiß (CSU): Habt ihr wohl kein Zutrauen in euch selbst?)

Aber ich betone klipp und klar: Es handelt sich um einen Entwurf. Auf diesen Entwurf können die CSUler im Bundestag und auch alle anderen einwirken; die FREI-EN WÄHLER nicht, weil sie nicht im Bundestag sind. Deswegen müsst ihr jetzt einen Hilferuf senden. Ich bin mir sicher, dass das Anliegen mit allem Drum und Dran aufgenommen werden wird.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ach so!)

Was herauskommt, weiß man noch nicht. Das sind Beratungen. Ich sage euch nur eines: Wartet einmal ab, bis der Finanzminister den nächsten Haushalt vorlegt. Da kommt ihr in Erklärungsnotstand: keine Steuereinnahmen und Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil wir Berlin kompensieren!)

Aber das ist dann nicht mehr mein Problem.

(Tobias Reiß (CSU): Aber das Problem der Bundesregierung!)

Zum FDP-Antrag kann ich nur sagen: Der Finanzminister kommt ja noch achtmal nach Bayern. Redet einmal mit ihm!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Um Gottes willen!)

– Sag mal, kannst du nicht die Klappe halten?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten des CSU, der GRÜ-NEN und der FDP)

Aus diesen Gründen werden wir dem FDP-Antrag nicht zustimmen. – Der Grundgedanke eures Antrags ist gut, aber er trieft vor Bayernideologie.

(Thomas Huber (CSU): Also stimmt ihr zu?)

 Da werden wir uns enthalten. Mehr sage ich nicht, sondern ich sage jetzt: Macht es gut, aber macht es! Euer Klaus.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gisela Sengl** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kürzungen im Bundeshaushalt durch Bundesfinanzminister Lindner orientieren sich daran, kommende Generationen weniger zu belasten; das ist ganz richtig. Wie schaffen wir das? – Wir GRÜNE hätten natürlich ganz andere Ideen: Kerosin besteuern und Dienstwagenprivileg abschaffen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Steuern erhöhen!)

Das würde uns viele Milliarden in den Haushalt hineinspülen; denn wir GRÜNE sind überzeugt: Man darf nicht an der falschen Stelle sparen.

(Thomas Huber (CSU): Macht ihr aber!)

Die ländlichen Räume sind entscheidend für unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Wer stellt den Bundeslandwirtschaftsminister?)

Dort brauchen wir Ideen, Veränderungen und Innovationen, die den kommenden Generationen den Schutz unserer Lebensgrundlagen erleichtern. Wir GRÜNE stehen deshalb für eine zukunftsfeste Landwirtschaft. Wir stehen zu starken ländlichen Räumen und zur regionalen Wertschöpfung. Wir setzen uns mit aller Kraft für die ländlichen Räume in Bayern ein. Es ist doch so: Ihr redet nur über Berlin und werdet mit dem Schimpfen gar nicht mehr fertig; wir reden über Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Ursache und Wirkung!)

In der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist es jetzt gelungen, die Sonderprogramme in Rahmenprogramme zu überführen, und zwar in die Sonderrahmenpläne "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" sowie "Förderung der ländlichen Entwicklung". Ein Rahmenprogramm ist sehr viel besser als ganz viele verschiedene Sonderprogramme. Das haben die Länder schon sehr lange gefordert, und das hilft vor allem dem Bürokratieabbau.

Aber die Schwerpunkte muss man trotzdem in Bayern richtig setzen. Das ist unser Vorwurf an das Landwirtschaftsministerium. Wir wissen schon seit Langem, dass auch Bayern nicht von der Klimakrise und dem Wassermangel verschont werden wird.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Aber ihr kürzt die Hälfte!)

Den Ämtern für Ländliche Entwicklung zufolge liegt es vor allem am fehlenden Personal, dass Projekte nicht umgesetzt werden können. Dass unser Berichtsantrag zur Initiative "boden:ständig" im Agrarausschuss abgelehnt wird, lässt doch nur einen Schluss zu: Man will einfach nicht, dass das Versagen des Landwirtschaftsministeriums öffentlich wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr wollt nicht nachschauen! Ihr seid bequem! Das steht alles im Internet!)

Ein großes Versagen ist also bei dieser Initiative "boden:ständig" festzustellen, wo seit Jahren Geld und Personal fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch das Argument, nur weil jetzt Gelder aus Berlin fehlen, kann man nichts für die biologische Vielfalt tun, läuft komplett ins Leere. Sind wir nicht seit 2019 durch unsere eigenen Veränderungen des Naturschutzgesetzes verpflichtet, uns um die biologische Vielfalt zu kümmern? Was passiert denn da eigentlich? Ist es wirklich euer Ernst, dass ihr für die Umsetzung eines bayerischen Gesetzes Berlin braucht? Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In eurem Antrag steht auch ganz klar, dass auch ihr, CSU und FREIE WÄHLER sogar gemeinsam, für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik steht. Das gilt aber scheinbar nur, wenn es um Bundesmittel geht; denn gleichzeitig plant ihr Steuersenkungen noch und nöcher. Wenn das Wirklichkeit wird, bleibt für den ländlichen Raum kein einziger Cent mehr übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Motto muss doch sein: Weniger auf Berlin schimpfen, mehr in Bayern umsetzen! Das gilt auch für die ökologische Landwirtschaft. Ihr behauptet, die Kürzungen würden in Bayern die Ausbauziele gefährden. Dabei bremst ihr doch selber ununterbrochen und bleibt unverbindlich, wo immer es geht. Wir brauchen in der Gemeinschaftsverpflegung endlich eine feste Bioqoute. Es gilt, einfach zu machen und verbindlich zu den selbstgesetzten Zielen zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tobias Reiß (CSU): Einfach mehr vorschreiben!)

Ihr redet vom Ausbluten, habt aber in den eigenen Reihen selbst viel Geld zum Fenster hinausgeworfen. Man könnte auch noch eine ganz andere Rechnung aufmachen:

(Tobias Reiß (CSU): Blablabla!)

Allein das CSU-Maut-Desaster von Dobrindt und Scheuer – ich glaube, die waren bei der CSU – hat den deutschen Staat 243 Millionen Euro gekostet. Da sind alle Rechts- und Personalkosten für die jahrelange Bearbeitung noch gar nicht dabei. Das muss jetzt das Landwirtschaftsministerium einsparen. Scheuer und Dobrindt sind schuld, dass die ländlichen Räume kein Geld mehr haben.

(Unruhe – Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Dafür ist der Deindustrialisierungsminister Habeck zuständig!)

– Wir sind jetzt bei den ländlichen Räumen. Deshalb – Überraschung! – stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu. Bei dem FDP-Dringlichkeitsantrag enthalten wir uns. Dem Antrag der SPD stimmen wir natürlich auch zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Das Wort hat der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, dass Bayern für ganz Deutschland zahlt, haben wir letzte Woche beim Länderfinanzausgleich wieder festgestellt. Aber dass Bayern weniger Geld aus Berlin bekommt, ist auch nichts Neues. Hier haben sich in letzter Zeit – außer der AfD-Fraktion – alle Fraktionen nicht mit Ruhm bekleckert. Man muss ganz klar fragen: Wie gut können Bayerns Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum noch wohnen?

(Tobias Reiß (CSU): Besser als überall sonst!)

Wer nach fünf Jahren Bayernkoalition die Bilanz zieht, muss ganz klar sagen: Mit der AfD wäre Bayern besser gefahren. Die CSU hat sich ganz klar zur Großstadtpartei entwickelt. Über die FREIEN WÄHLER brauchen wir gar nicht zu reden. Ihr seid der Steigbügelhalter oder Mehrheitsbeschaffer.

Man muss aber auch feststellen: Auch hier im Landtag macht die Ampelkoalition nichts für Bayern. Die Bilanz für Bayerns Bürger ist relativ mau. Nehmen wir zum Beispiel das 49-Euro-Ticket; denn das ist bei Ihnen im Moment das große Prestige-projekt. Davon profitiert der Bayer im ländlichen Raum nicht. Das 49-Euro-Ticket ist mit Steuergeldern teuer subventioniert, und zwar für die Großstädter, wo der ÖPNV gut ausgebaut ist. Aber auf dem Land gibt es keine einzige Busverbindung mehr.

Ihre Eigenheimfeindlichkeit zeigt sich zum Beispiel daran, dass KfW-Kredite plötzlich weg waren. Draußen auf dem Land haben viele Leute noch Platz für ein Eigenheim. Viele Leute würden sich dort gerne ein Eigenheim verwirklichen, logischerweise weniger in den Städten, in denen eher der Wohnungsbau vorherrscht. Aber die Einsparungen in Bezug auf die Eigenheime, die Sie so bekämpfen und die zum Teil verschwinden sollen, wenn es nach den GRÜNEN geht, treffen den ländlichen Raum. Da sieht man an allen Ecken und Enden im ländlichen Raum – das ist völlig unabhängig vom vorher diskutierten Budget –, dass den dort wohnenden Bürgerinnen und Bürgern der Garaus gemacht wird.

Mittlerweile haben wir aber auch in der Infrastruktur große Defizite, etwa in Bezug auf die Landkrankenhäuser. Herr Lauterbach legt gerade wieder die Axt an. Aber auch – das muss man ganz klar sagen – CSU und FREIE WÄHLER haben sich hier in den letzten Jahren, vor allem wenn es in Bayern um die Geburtshilfestationen geht, nicht mit Ruhm bekleckert. Die ärztliche Versorgung ist immer noch nicht gut; da schaut es ganz mau aus. Auf dem Land haben wir bei der Pflege der Generation, die dieses Land gestaltet und aufgebaut hat, ebenfalls große Defizite. Das liegt daran, dass in der Pflege zu wenige Menschen arbeiten wollen, aber auch daran, dass beispielsweise mobile Pflegedienste, die draußen auf dem Land mas-

siv gebraucht werden, vor allem unter den hohen Spritpreisen und der Energiewende leiden müssen.

Über einen weiteren Punkt in Bezug auf den ländlichen Raum sollten wir heute nochmals kurz sprechen, nämlich über Ihr unsägliches Bienen-Volksbegehren, über das heute der Bayerische Verfassungsgerichtshof verhandelt. Da werden Sie sich die nächste Klatsche einholen; denn dieses Gesetz, das Sie daraus gemacht haben, ist mehr als verfassungswidrig. Schämen Sie sich dafür!

(Tobias Reiß (CSU): Das werden wir ja sehen!)

Durch dieses Gesetz auf der Basis des Volksbegehrens haben wir gerade im ländlichen Raum eine Enteignung und Bevormundung des Bürgers, und zwar nicht des Städters, sondern des Landwirts, des Forstwirts, also des Grundbesitzers draußen auf dem Land. Man sieht auch an der Haltung des Ministerpräsidenten, wo seine Priorität liegt, wenn er Bäume umarmt. Er versucht eben, sich beim Großstädter beliebt zu machen und die Natur zu schützen. Aber dass die Menschen auf dem Land mit unserer Natur sehr nachhaltig umgehen, verkennt er. Sie wollen die Natur schützen und Staatsforstflächen aus der Bewirtschaftung herausnehmen, während gleichzeitig die Windräder hinein sollen.

Wir können so weitermachen. Wir haben gestern über die Stammstrecke gesprochen. Gleichzeitig haben wir in ganz Bayern marode Bahnstrecken. Die Staatsstraßen sind löchrig wie Schweizer Käse. Über Kita-Öffnungszeiten im ländlichen Raum brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Das ist ein pures Desaster.

Wir können fortfahren mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen und vor allem mit den Freizeitangeboten, sofern sich diese die Kommunen in nächster Zeit überhaupt noch werden leisten können. All das geht den Bach hinunter. Es wird Zeit für eine blaue Zeitenwende. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Das Wort hat der Abgeordnete Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um ein zentrales Thema, nämlich um die Beratungen des Bundeshaushaltes und um die Frage, ob am Ende unsere Ämter für Ländliche Entwicklung ein Drittel weniger Geld zur Verfügung haben, um die ländlichen Räume zu stärken. Was hier die Vertreter der GRÜNEN und der FDP zu diesem Thema abliefern, ist erbärmlich.

(Beifall bei der CSU)

Es geht heute weder um die Maut noch um die Steuerpläne von Hubert Aiwanger, sondern es geht einzig und allein um die Frage, ob dieser Bayerische Landtag heute ein starkes Zeichen nach Berlin sendet und sagt: Wir akzeptieren nicht, dass diese Sonderrahmenpläne und noch dazu die GAK massiv gekürzt werden, weil wir wissen, wie wichtig es ist, in den ländlichen Raum zu investieren, und wie stark unsere Ämter für Ländliche Entwicklung diese Mittel einsetzen. Da läge es an Ihnen – sowohl an der FDP als auch an den GRÜNEN und der SPD –, hier gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Lieber Herr Kollege Muthmann, wenn Sie ein Kerl wären, dann würden Sie dem Begehren zustimmen und hier nicht so einen Blödsinn erzählen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Wir haben früher im Wirtschaftsausschuss zusammengearbeitet. Es ist doch als Vertreter des Bayerischen Waldes erbärmlich, so ein Zeug zu erzählen. Wir stärken den ländlichen Raum, Sie kürzen in Berlin die Mittel. So etwas kann doch nicht zusammenpassen.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Klaus Adelt hat dies zumindest mit der nötigen Zerknirschtheit vorgetragen. Lieber Klaus, das war authentisch, weil es dir wirklich um die Sache geht. Aber die Kollegin Sengl tritt hier in der üblichen Art und Weise auf und erzählt: Wir müssen in Bayern mehr machen, und deswegen kürzen wir im Bund die Mittel. – Klasse, so muss man es machen. Das ist wirklich absolut glaubwürdig.

(Beifall bei der CSU)

Es war die CSU, die auf Bundesebene diesen Sonderrahmenplan für ländliche Entwicklung im Jahr 2018 mit auf den Weg gebracht hat. Wir haben uns massiv für die Stärkung der ländlichen Räume eingesetzt, weil wir wissen, wie wichtig solche Initiativen sind.

Kollege Riedl hat es angesprochen: Im Koalitionsvertrag hat man sich noch klar darauf verständigt, dass der Sonderrahmenplan für ländliche Entwicklung aufgestockt und ausgebaut wird. Und jetzt dies. Gilt der Koalitionsvertrag in Berlin eigentlich noch? Erst große Ankündigungen machen und dann die Mittel massiv kürzen – das ist schäbig und schädlich für unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. So kann man mit der ländlichen Entwicklung nicht umgehen.

Weil gefragt wird: Was tun wir in Bayern? – Man kann einen ganzen Vormittag darüber sprechen, was unsere Ländliche Entwicklung in den verschiedensten Bereichen angestoßen hat: die Belebung der Ortskerne, das Programm "Innen statt Außen", die Förderoffensive Nordostbayern, die Sicherung der Grundversorgung durch die Kleinstunternehmerförderung, der Schutz vor Überflutungen und Abschwemmungen. Die Initiative "boden:ständig" ist ein Erfolg. Wenn Sie das nicht wissen, Kollegin Sengl, dann gehen Sie zu einem x-beliebigen Amt für Ländliche Entwicklung und schauen Sie sich die Projekte an. Dann wissen Sie, was das ist. Reden Sie hier nicht über Dinge, die Sie gar nicht kennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Da findet sie wahrscheinlich nicht hin!)

Ähnlich ist es bei den Programmen zur Verbesserung der Biodiversität und der Abpufferung der Folgen des Klimawandels. Das ist ein umfangreicher Ansatz für den ländlichen Raum in Bayern, der in den letzten zehn Jahren zu großen Erfolgen geführt hat. Wir sind bei der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und hinsichtlich der Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum deutlich weitergekommen.

Wer Wahlergebnisse wie in den neuen Bundesländern, die wir nicht wollen, verhindern will, der muss genau diese Initiativen für die ländlichen Räume stärken. Das, was Sie machen, ist reine Großstadtpolitik. Das ist wieder ein Anschlag auf den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erst das Verbot, mit Holz zu heizen, dann eine Krankenhausreform mit massiven Folgen, Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung – die Liste lässt sich beliebig fortsetzen bis hin zum 9-Euro-Ticket. Die Ampel in Berlin macht reine

Großstadtpolitik. Der ländliche Raum ist völlig ins Hintertreffen geraten. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Bei Grün kann man nur rotsehen!)

Nebenbei findet die komplette Abschaffung des Sonderrahmenplans für den Ökolandbau statt. Für Bayern würden dadurch weitere 32 Millionen Euro jährlich wegfallen. Dadurch würde es erheblich erschwert werden, das Ziel von 25 bis 30 % Ökolandbau zu erreichen. Ich will von Ihnen zu diesem Bereich nichts mehr hören, Kollegin Sengl. Auf der Bundesebene werden große Ziele formuliert, es ist aber nichts dahinter. So geht das nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Dicke Freunde werdet ihr nicht mehr!)

Mit den vorgesehenen Kürzungen im Bundeshaushalt würde die Bundesregierung eklatant gegen den Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern verstoßen, zu dem sie sich im Koalitionsvertrag selbst verpflichtet hat. Das ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Menschen im ländlichen Raum und insbesondere gegenüber unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Alle, die Ländliche Entwicklung, die Bürgermeister, haben jetzt Dinge auf den Weg gebracht. Wir wissen, dass dies einen gewissen Vorlauf braucht und dass die Finanzierung dann auch über Jahre läuft. Während eines begonnenen Prozesses die Mittel derart zu kürzen, führt dazu, dass begonnene Projekte gestreckt werden müssen, dass Finanzierungen nicht vorgenommen werden können und dass neue Antragstellungen gar nicht möglich sind. Das ist auch ein massiver Vertrauensbruch gegenüber der Kommunalpolitik und gegenüber den Menschen im ländlichen Raum, die diese Dinge auf den Weg gebracht haben und denen jetzt gesagt werden müsste, dass Mittel in großem Umfang fehlen, nämlich – ich habe es angesprochen – bis zu einem Drittel.

Wir haben in unserem Haushalt für die ländliche Entwicklung im laufenden Jahr 172 Millionen Euro eingestellt. Davon sind 94 Millionen Euro aus der GAK, verteilt auf 45 Millionen Euro reguläre GAK-Mittel und 49 Millionen Euro aus dem Sonderrahmenplan. Wenn das wegfällt, kommt es zu dramatischen Veränderungen. Wenn in Berlin über das Land gesprochen wird, dann ausschließlich über Schutzgebiete, über Stilllegung der Landwirtschaft und der Wälder, über den Rückbau der Infrastruktur.

Deswegen setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, eine Heimatstrategie auf den Weg zu bringen, die Infrastruktur zu stärken und eine Landwirtschaftspolitik für die bäuerliche Landwirtschaft und insbesondere für die ländliche Entwicklung zu betreiben. Wir haben in den letzten fünf Jahren von 2018 bis 2022 250 Millionen Euro für die Flurneuordnung und knapp 400 Millionen Euro für die Dorferneuerung ausgegeben. Das ist unsere Bilanz. Diese Gelder müssen zunächst einmal zur Verfügung gestellt werden; sie müssen dann aber auch in entsprechende Projekte fließen. Deswegen gilt mein großer Dank den Ämtern für Ländliche Entwicklung, die in der gesamten Fläche eine ganz hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wissen: Auf dem Land schlägt das Herz Bayerns. Die Seele Bayerns sind die Bäuerinnen und Bauern und auch die Forstwirtschaft. Die Dorferneuerung ist eines unserer wichtigsten Förderinstrumente für lebendige ländliche Räume und vitale Dörfer. Deswegen kämpfen wir mit aller Macht dafür, dass die Mittelausstattung auf

Bundesebene zur Verfügung gestellt wird, damit wir unsere Programme in Bayern entsprechend fortführen können.

Deswegen – ich sage es noch mal –: Die Ampel muss sich bekennen. Wollen Sie für die ländliche Entwicklung eintreten und gerade auch die bayerische Position stärken und unterstützen, dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Wir stimmen den Anträgen von SPD und FDP nicht zu.

Eines, Klaus Adelt, will ich dir noch klar sagen: Im Antrag steht, dass die Bundesmittel von den Ländern nicht komplett abgerufen worden sind. Setzt euch dafür ein, dass Bayern auf Bundesebene frei werdende Mittel zusätzlich abrufen kann.

(Alexander König (CSU): Ein sehr guter Vorschlag! Genau!)

Wir können die Mittel brauchen. Wir stellen die Kofinanzierung zur Verfügung. Wir haben eine Verwaltung für Ländliche Entwicklung, die das auch umsetzen kann.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

Sagt dem Bundesfinanzminister: Wenn Gelder übrig sind, nehmen wir sie. Setzt euch mit uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Mittel zur Verfügung stehen.

(Alexander König (CSU): Leider hat die Bayern-SPD in Berlin nichts zu sagen!)

Das, was in den Anträgen steht, ist alles Ablenkungsmanöver, ist alles Zeitverschwendung.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist alles Wahlkampf!)

Ihr müsst euch heute bekennen: für den ländlichen Raum in Bayern oder für die Ampel in Berlin. Deswegen schlage ich vor: Kämpfen wir für Bayern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ohne die CSU ist Bayern verloren!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schöffel, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von der Kollegin Gisela Sengl. Frau Sengl, bitte.

**Gisela Sengl** (GRÜNE): Bevor wieder Fake News in Umlauf kommen: Der Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung bleibt bestehen; er wird nicht gestrichen.

(Alexander König (CSU): Das ist großzügig!)

Ich möchte schon gerne, dass so etwas nicht verbreitet wird.

(Alexander König (CSU): Damit war nicht unmittelbar zu rechnen!)

Martin Schöffel (CSU): Allein Kürzungen von 177 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro vorzusehen, schlägt doch dem Fass den Boden aus. Wir haben Jahr für Jahr darum gekämpft, dass diese Mittel erhöht werden konnten, weil wir genau wissen: Das kommt gerade den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben zugute. Kürzungen sind vorgenommen worden; bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gibt es entsprechende Kostensteigerungen. Setzen Sie sich dafür ein, dass das zurückgenommen wird, dass das nicht kommt; denn das trifft gerade die kleinen bäuerlichen Betriebe in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Alexander Muthmann (FDP).

**Alexander Muthmann** (FDP): Lieber Martin Schöffel, ich habe darauf hingewiesen – darauf wurde leider nicht eingegangen –, dass in der Begründung eures Antrags davon die Rede ist, dass der ländliche Raum weiter an Attraktivität verliert.

(Tobias Reiß (CSU): Wegen eurer Politik!)

Kannst du mir vielleicht erläutern, wodurch der ländliche Raum zuletzt an Attraktivität verloren hat?

Martin Schöffel (CSU): Ich kann nicht feststellen, dass der ländliche Raum in Bayern an Attraktivität verloren hat. Ich kann nur feststellen: Durch unsere Politik ist es in den letzten Jahren überall in Bayern deutlich vorangegangen – mit den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, aber auch in allen anderen Bereichen. Ich nenne die Heimatpolitik des Heimatministers, Behördenverlagerungen, Ausbau der Infrastruktur, Breitbandausbau, Stärkung der Kommunalfinanzen, aber auch die vielen Hochschulausgründungen in allen Landkreisen.

Im Antrag steht letzten Endes das, was passieren kann, wenn die Politik der Ampel immer weiter fortgesetzt wird. In Berlin wird von dieser Ampel eine Politik gemacht, die total großstadtorientiert und gegen den ländlichen Raum gerichtet ist. Es gilt, sich dagegen zu wehren.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Muthmann (FDP))

Dabei ist auch die FDP in besonderer Weise gefordert. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Dass ausgerechnet eine rot-grün dominierte Bundesregierung Förderprogramme zur Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt sowie zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ersatzlos streichen will, erscheint als ein besonderer Treppenwitz und ist ein weiteres Zeichen für all die vielfältigen Irrwege, die derzeit auf Bundesebene gegangen werden.

Werte Kollegen von den GRÜNEN, sind nicht gerade Sie es, die den Bürger tagtäglich mit Themen wie Klimawandel, dem mit diesem einhergehenden Anstieg des Meeresspiegels und den zunehmenden Wetterextremen traktieren und in Panik versetzen? Gerade bei einer solchen prekären Entwicklung müsste doch dem Küstenschutz eine geradezu überragende und unverzichtbare Rolle zukommen. Oder etwa nicht? Aber dass derart wichtige, relevante Themen in den zuständigen Ministerien oft ignoriert und ausgeblendet zu werden scheinen, zeigt Bundeswirtschaftsminister Robert Habecks Vorhaben, die Insel Rügen zum Umschlagplatz für Flüssigerdgas zu machen – ein Vorhaben, das nach einem aktuellen Gutachten einer Expertin hinsichtlich des Vorranggebietes "Prorer Wiek" offenbar mit dem Wasserschutz und Küstenschutz völlig unvereinbar und damit unzulässig ist.

Meine Damen und Herren, die Förderung der ländlichen Entwicklung muss auch in Zukunft ein selbstverständlicher und unverzichtbarer Bestandteil im Haushalt des Bundes bleiben; denn ländliche Regionen prägen auch künftig mit ihren Siedlungen und Kulturlandschaften ganz maßgeblich das Bild unseres Landes. Schließlich

sind immerhin 91 % Deutschlands stark oder überwiegend ländlich geprägt. Über die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung, nämlich 57 %, lebt in ländlichen Regionen, Tendenz steigend.

Diesen nicht unerheblichen Anteil mal eben so hinten runterfallen lassen zu wollen, lässt eine mangelnde Wertschätzung und Achtung der zahlreichen hiervon betroffenen Bürger und ihrer alltäglichen Belange erkennen. Beenden Sie diesen Irrweg, und behalten Sie dabei sehr gerne auch im Hinterkopf: Es sind gerade überwiegend die ländlich geprägten Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg, die seit vielen Jahren den Länderfinanzausgleich am Laufen halten. Dies zeigt, wie enorm wichtig eine gut ausgebaute Infrastruktur auch im ländlichen Raum ist, nicht nur für die dort lebenden Bürger. Den allergrößten Anteil des Länderfinanzausgleichs schröpft dabei alljährlich unsere Bundeshauptstadt ab, und das, obwohl dort gerade mal etwa 3,8 Millionen von insgesamt fast 84 Millionen Einwohnern Deutschlands leben.

Die Bundesregierung muss daher aufhören, mit ihrer konfusen und oft von ideologischen Gedanken geprägten Politik die Gesellschaft in Deutschland weiter zu spalten. Deutschland braucht flächendeckend gleichwertige und für alle Bürger attraktive Lebensverhältnisse. Ich stimme daher dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu.

Zum Schluss – ich habe jetzt noch drei Sekunden – möchte ich mich beim Präsidium und der Landtagsverwaltung für die gute, konstruktive Arbeit bedanken und wünsche weiterhin viel Erfolg und alles Gute. Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke schön. – Das Wort hat nun die Staatsministerin Michaela Kaniber für die Staatsregierung.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In schwierigen Zeiten muss man sich natürlich Gedanken machen, wie man einen Haushalt aufstellt. Ich habe Verständnis dafür, dass man auf den Haushalt schauen muss. Aber wir haben kein Verständnis dafür, dass dann Schulden gemacht werden, die im Bundeshaushalt als Sondervermögen deklariert werden.

(Alexander König (CSU): Taschenspielertricks!)

Lieber Herr Muthmann - - Jetzt ist er leider nicht mehr da. - Doch, er ist da!

Lieber Herr Muthmann, es ist eigentlich traurig: Wenn die Bundesregierung etwas Positives macht, dann sind Sie sofort mit dabei und stellen sich an ihre Seite. Aber wenn es einmal nicht so läuft, sind Sie die Ersten, die die Segel streichen. Das hat auch nichts mit Mut zu tun, und das finde ich, ehrlich gesagt, sehr schade.

(Alexander König (CSU): Mit Mut hat das nichts zu tun!)

Mit Mut, mit Zusammenhalt, auch einmal für Bayern einzustehen und --

(Tobias Reiß (CSU): Kein Mut und kein Mann!)

- Das hast du jetzt gesagt!

Liebe Kollegin Sengl, ich bin ehrlicherweise genauso entsetzt, nicht zu wissen, wie der Bundeshaushalt tatsächlich aufgestellt wird. Die Kürzungen hat einzig und al-

lein Bundesminister Özdemir zu verantworten. Er entscheidet, wo und wann mit welchem Budget in seinem Ressort an welcher Position gespart wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Es tut mir leid: Die GRÜNEN schaffen es einfach, Fakten und Wahrheiten regional den Zuhörern anzupassen. Ich glaube, da hat jemand Regionalisierung falsch verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Es ist und bleibt ein fatales Signal. Es sind massive Kürzungen im ländlichen Raum zu erwarten, genauso bei dieser Mammutaufgabe, den ökologischen Landbau voranzutreiben. Wir fallen mit dieser Streichung bei der Finanzierung in die Jahre 2015 und 2016 zurück. Es werden 70 Millionen Euro Bundesmittel fehlen.

Wenn ich jetzt auf Bayern blicke, und schaue, was aktuell bei den Dorferneuerungen passiert, bedeutet diese Streichung ganz klar: Da haben wir aktuell 2.200 Ortsteile mit 650.000 Menschen im ländlichen Raum, die ganz explizit von diesen Programmen profitiert haben. Das erreicht unglaublich viele Menschen. Es stimmt nicht, wie die FDP es formuliert hat, dass wir mit der Gießkanne fördern und einfach nach Möglichkeit irgendwie, wischiwaschi, Geld ausschütten. Das passiert in Bayern nicht.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wenn Sie nämlich zurückschauen, lieber Herr Muthmann, dann sehen Sie ganz genau, dass wir mit der Förderoffensive Nordostbayern das beste Beispiel hatten und haben, dass hier ganz klar Regionen gefördert wurden, die eben nicht die entsprechende finanzielle Ausstattung haben. Wir haben versucht, für die Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genauso geht es uns immer wieder in dieser Staatsregierung, dass wir natürlich hier das klare Bekenntnis zum ländlichen Raum haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass der ländliche Raum Zukunftsraum ist und dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger auf keinen Fall alleinlassen.

Dieser finanzielle Einschnitt, bedeutet tatsächlich Förderstopp für neue Maßnahmen, Förderstopp und vor allem Verzögerung bei den Auszahlungen schon bewilligter Zuwendungen. Das gilt nicht allein für die allgemeine Dorferneuerung und den ländlichen Raum, sondern es geht darum, dass das Geld für ländlichen Wegebau, für die Stärkung der Biodiversität, für den Wasserrückhalt in der Fläche, aber genauso auch für den Waldumbau fehlen wird.

Liebe Kollegin Sengl, wenn man davon spricht, dass wir die Hausaufgaben über das Volksbegehren hätten lösen sollen: Das haben wir. Zusätzlich 70 Millionen Euro, das hätte kein anderes Bundesland in dieser Größenordnung zur Verfügung gestellt. Das machen wir alleine, ganz ohne den Bund.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube sagen zu können, dass mit den Kürzungen auch die Tierhaltung und das Tierwohl beschnitten werden. Mir ist unverständlich, dass die Streichung des Sonderrahmens für den ökologischen Landbau passiert ist. Genau das Ziel, das wir eigentlich für uns ausgemacht haben, aber auch die Bundesregierung für sich festgeschrieben hat, nämlich 30 % Ökolandbau in Deutschland zu erreichen, wird

damit von Ihnen beerdigt. Damit schaden Sie auch Bayern. Uns fehlen dabei knapp 32 Millionen Euro für den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums, aber auch im Vertragsnaturschutzprogramm – VNP – im Umweltministerium. Im Grunde geht Ihr Plan damit eben nicht auf. Sie geben dieses Ziel regelrecht auf. So herum muss man es eigentlich formulieren.

Liebe Kollegin Sengl, Sie haben vorhin gesagt: Na ja, dann wird man das in einem Rahmenplan neu organisieren. – Wir finden keine Gelder in all diesen Programmen. Selbst Bundesministerin Lemke hat aktuell vier Milliarden Euro aufgelegt. Wir finden darin nicht einen Cent für den ökologischen Landbau. Wenn das Ihre Unterstützung ist, um hier diesem Ziel näher zu kommen, dann muss ich sagen: Schade, schade! Diese Bundesregierung hat nichts verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur sagen, warum es in Bayern anders läuft: weil wir einen Bayerischen Landtag haben, der als Souverän diesen Haushalt aufstellt, der Kofinanzierungen möglich gemacht hat, weil Bayern das Geld auch immer wieder gerne für den ländlichen Raum, aber auch für den Ausbau des ökologischen Landbaus zur Verfügung gestellt hat.

Ich danke an dieser Stelle deshalb nur denjenigen, die dem bayerischen Haushalt immer zugestimmt haben. Das sind wahrlich nicht die Oppositionsfraktionen,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

sondern es waren in der Regel immer die Regierungsfraktionen. Ich danke explizit unserem bayerischen Finanzminister, der einfach ein Herz für den ländlichen Raum hat, der ein Herz für Bayerns Landwirte hat. – Lieber Albert Füracker, auch dafür wirklich ein herzliches Vergelts Gott! Du lenkst die Geschicke immer auch in der Positionierung der Häuser sehr gut und richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern daher diese Bundesregierung auf, wirklich aufzuhören, krampfhaft in Eigenregie nach neuen Förderwegen zu suchen. Es ist wirklich traurig, was hier passiert. Wir brauchen die Gelder in der GAK. Wir haben hier etablierte Verfahren. Wir haben wirklich einen superguten und zügigen Mittelabruf, der für die Maßnahmen passt und ihnen gerecht wurde. Wir müssen deswegen alles daran setzen, dass Nachbesserungen passieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der beste Beweis dafür, dass diese Bundesregierung überhaupt kein Interesse am ländlichen Raum hat. Ihre Politik ist einzig und allein auf den städtischen Raum, auf den urbanen Raum ausgelegt. Man hat das Augenmerk für den ländlichen Raum gänzlich verloren. Ich kann nur sagen: Wir brauchen diese Unterstützung. Wir brauchen diese finanziellen Töpfe. Sie legen gerade einige dieser Töpfe trocken. Nicht jedes Bundesland wird den finanziellen Aufwand alleine stemmen können.

Es bleibt dabei: Diese Bundesregierung agiert auch in der Agrar- und Umweltpolitik zutiefst ideologisch, abgehoben und zentralistisch. Sie setzt sich auch über Länderzuständigkeiten hinweg. Dadurch verliert man auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich halte das nicht nur für bedauernswert, sondern auch für brandgefährlich. Ich appelliere an die Vertreter im Bundestag, diesen riesengroßen Fehler zu korrigieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie bitte die Menschen im ländlichen Raum nicht alleine. Geben Sie den Menschen im ländlichen Raum Perspektiven. Geben Sie Ihnen die gebührende Anerkennung. Geben Sie

Ihnen vor allen Dingen nicht das Gefühl, Menschen zweiter Klasse in Deutschland zu sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Herrmann und Klaus Holetschek)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Frau Ministerin, es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion vor. – Herr Muthmann, bitte

**Alexander Muthmann** (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich will an die Ankündigung Ihres Vorgängers Helmut Brunner erinnern, den Kernwegebau großartig voranzubringen. Es ist bei dieser großartigen Ankündigung geblieben, da keine zusätzliche Mittelausstattung erfolgt ist.

Aber mir geht es jetzt vielmehr um Ihre letzte Bemerkung, wonach der ländliche Raum nicht als Raum zweiter Klasse gesehen werden soll. Ja, wir wollen auch Korrekturen in den Positionen, um die es heute geht. Wir wollen das aber nicht dadurch erreichen, indem wir den ländlichen Raum schlechtreden. Sie reden von ausbluten lassen und suggerieren, dass die Attraktivität des ländlichen Raumes schon länger infrage gestellt wäre. Das ist aber nicht die richtige Art und Weise, um hier vorwärts zu kommen. Wir wollen es nicht so wie Sie machen. Wir versuchen, noch einmal mit der Bundesregierung ins Gespräch zu kommen, um Korrekturen anzumahnen. Das scheint mir sehr viel erfolgversprechender, als den ländlichen Raum derart infrage zu stellen, wie es in der Begründung Ihres Antrags der Fall ist.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wenn Sie ein wahres Interesse am ländlichen Raum hätten, hätten Sie im Vorfeld jede mögliche Kürzung im Bundesetat verhindert. Sie sagen jetzt, dass Sie das gar nicht gewollt haben und man mehr hätte tun sollen. Faktum ist doch vielmehr, dass sich Bayern immer wieder auf den Weg gemacht hat, gerade den ländlichen Raum zu stärken. Ich habe sogar persönlich Gelder im eigenen Ressort umgeschichtet, um noch mehr möglich zu machen; das waren damals 20 Millionen Euro. Ich würde mir mehr Engagement von Ihnen wünschen. Es tut mir aufrichtig für Sie persönlich leid, dass Sie keinen Zugang zu Ihren Leuten in Berlin haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Herrmann und Klaus Holetschek)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/30347 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Busch. Gegenstimmen! – Das sind die FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/30364 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Bayerbach, Klingen, Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30365 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen! – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Busch. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD) Pro Bargeld - Bürger aufklären und Bargeldabschaffung verhindern! (Drs. 18/30348)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten! (Drs. 18/30366)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sogenannte Europäische Union und ihre Ampelkoalition in Berlin planen einmal mehr, das zu tun, was sie am besten können: nämlich die Freiheit der Bürger mehr und mehr einzuschränken. Jetzt soll die Freiheit der Wahl des Zahlungsmittels faktisch abgeschafft und die endgültige Bargeldabschaffung vorbereitet werden. Die EU plant nämlich unter dem Deckmantel der Geldwäschebekämpfung eine generelle EU-weite Bargeldobergrenze von 7.000 bis 10.000 Euro einzuführen. Es wird bereits über ein weiteres Absenken der Obergrenze diskutiert. Auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser wünscht sich eine sehr niedrige Bargeldobergrenze. Sie plant die Einführung einer allgemeinen Bargeldobergrenze von deutlich unter 10.000 Euro. Bargeldeinkäufe von Schmuck und Uhren sollen bald der Vergangenheit angehören. Bestimmte Gegenstände werden irgendwann gar nicht mehr mit Bargeld erworben werden können. Die politisch verursachte Inflation tut ihr Übriges. Dies ist aber nur der erste Schritt hin zur totalen Kontrolle über das Eigentum der Deutschen, die von der EU-Kommission geplant und von ihren willfährigen Vollstreckern in Berlin und hier im Hohen Haus umgesetzt werden soll.

(Beifall bei der AfD)

Nach der De-facto-Abschaffung des Bankgeheimnisses 2005 und der Einführung des sogenannten Transparenzregisters 2017 soll nun das EU-Vermögensregister kommen und damit die vollständige Durchleuchtung des Eigentums aller Bürger.

Neben ausländischem Immobilienbesitz, Fahrzeugen, Bargeldbeständen und Kryptowährungen sollen auch Vermögenswerte wie Schmuck, Antiquitäten und Kunstwerke erfasst werden. Verbraucherverbände und Datenschützer schlagen zu Recht massiv Alarm. Neben Behörden sollen auch Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschuleinrichtungen Zugang zu den Vermögensdaten des Registers erhalten. Das EU-Vermögensregister wird zum vollkommen gläsernen Bürger führen. Wenig später wird das Bargeld dann ganz abgeschafft werden.

Das ist auch mittels digitalen Zentralbankgeldes bereits in Planung. Dann wird jeder Bürger verpflichtet, sein Konto direkt bei der Zentralbank zu führen. Danach wird das kommen, was viele von Ihnen bereits heute fordern, nämlich der sogenannte Lastenausgleich. Das ist ein harmlos klingendes Wort für die faktische Enteignung der Bürger.

Meine Damen und Herren, die AfD und die AfD-Fraktion werden sich Ihren Plänen mit allen Mitteln entgegenstellen und die Freiheit, das Eigentum und somit die Existenz des deutschen Volkes verteidigen.

Bargeld ist geprägte Freiheit. Deshalb fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, eine Informations- und Aufklärungskampagne "Pro Bargeld" ins Leben zu rufen. Diese Kampagne soll über die EU-Pläne zur Abschaffung des Bargeldes aufklären und über die treibenden Kräfte hinter diesen Plänen informieren. Sollten wenigstens einige von Ihnen noch Politik für Deutschland und Bayern machen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt kann ich Ihnen recht geben, Frau Kollegin Ebner-Steiner: Bargeld ist gedruckte oder geprägte Freiheit. Das war aber auch fast schon alles. Insofern teile ich die Zielsetzung. Aber wer seine Rede damit beginnt, dass die "sogenannte Europäische Union" das Bargeld abschaffen will, zeigt: Da ist jedes Maß verloren gegangen, und allein deshalb können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kommen wir zu dem nachgezogenen Antrag. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es wichtig, Bargeld zu erhalten; es ist die gedruckte Freiheit. Wenn man sich mal überlegt, was bei Bezahlung im Internet über Überweisungen oder Zahlungsanweisungen an Daten mitgesandt wird! Letztendlich ist das ein offenes Datenloch, bei dem kein Mensch weiß, was mit den Daten passiert. Mit Bargeld kann man anonym zahlen. Natürlich kann man es auch kriminell auszunutzen. Aber das ist ja nicht der Grund. Der Grund ist, dass ein Bürger frei und unabhängig vom Staat machen kann, was er will, solange er keine anderen schädigt. Immer nur vom Worst Case auszugehen, dass jede Handlungsart gleich kriminell ist, ist ein Missbrauch der staatlichen Machtposition und ein Misstrauen gegenüber dem Bürger.

Deswegen brauchen wir das Bargeld, und deswegen lehnen wir im Übrigen auch eine Begrenzung des Bargelds ab. Natürlich gibt es gute Gründe dafür. Das will ich gar nicht abstreiten. Aber allein das Argument vorhin bei der Kollegin Sengl, dass man bei Nahrungsmitteln eine feste Bioquote einführen muss! Lasst die Leute doch selber entscheiden. Ich will keine feste Quote. Ich will auch keine feste Quote hier beim Bargeld. Dann wird sie immer weiter heruntergesetzt, bis das Bargeld abgeschafft wird.

Damit komme ich zu meinem eigentlichen Thema: Passt in der Zukunft auf. Die EU will den digitalen Euro einführen. Das ist richtig. Das ist wichtig aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen der Bürokratie. Das ist auch aus ökologischen Gründen wichtig. Das haben wir, Kollege Pargent, erst neulich bei der Bundesbank erfahren. Da sind wir uns sicherlich ziemlich einig.

Das hat auch ein paar Nachteile. Der Nachteil ist, wie es eingeführt wird. Da müssen wir aufpassen. Nicht dass es uns so wie bei den Regeln für Sustainable Finance geht! Wir merken gar nicht, dass da ein Zug auf dem Gleis steht, und bis wir es merken, ist der Zug abgefahren, und wir können nichts mehr ändern. Im Prozess, wenn der digitale Euro kommt – und er wird kommen –, müssen wir in Bayern und in Deutschland schauen, dass wir unsere Freiheitsrechte geltend machen; denn ansonsten kommt da etwas raus, was wir vielleicht nicht wollen. Insgesamt bitte ich Sie deswegen, unserem Antrag zuzustimmen. Er ist richtig und gut.

Bei den Kolleginnen und Kollegen bedanke ich mich für die kollegiale Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren. Es hat Spaß gemacht. Passt auf, dass es Bayern und seinen Bürgern in Zukunft genauso gut geht wie bisher! Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Das Wort hat nun der Kollege Tim Pargent von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der AfD-Antrag, wie er uns hier vorliegt, ist völlig unnötig. Niemand will das Bargeld abschaffen.

(Zurufe von der AfD: Oh! – Zuruf von der AfD: Niemand hat die Absicht!)

Hätten Sie letzte Woche an der Fahrt, die der Haushaltsausschuss nach Frankfurt zur Bundesbank und zur EZB durchgeführt hat, teilgenommen, hätten Sie das seitens der Bundesbank auch aus erster Hand erfahren. Deswegen ist Ihr Antrag völlig unnötig. Er ist stattdessen eine völlige Lügengeschichte, die Sie uns hier ausbreiten, indem Sie uns erzählen, es gäbe irgendwelche geheimen Pläne, das Bargeld gänzlich abzuschaffen. Davon wüsste ich jedenfalls nichts.

Beim Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU, der sich der Bargeldobergrenze widmet, ist die Sache schon ein bisschen diffiziler. Es gibt die EU-Vorgabe zur Bekämpfung der Geldwäsche, die als eine von mehreren Maßnahmen aus unserer Sicht richtig ist. Ihr Argument, der Kauf mit Bargeld auch über 10.000 Euro wäre geprägte Freiheit und würde Anonymität sichern, hat jetzt nur dummerweise ein kleines Logikproblem; denn Sie schreiben in Ihrem Antrag selbst, dass bei Barkäufen über 10.000 Euro rechtlich schon Melde- und Offenlegungspflichten bestehen.

Eigentlich, wenn Sie es ernst meinen würden, müssten Sie diese abschaffen wollen. Das heißt, die Anonymität, diese Freiheit, die Sie herbeireden, gibt es bei Bargeldkäufen über 10.000 Euro überhaupt nicht. Die gibt es nicht. Es gibt keine Anonymität mehr. Deswegen ist die einzige Frage: Sollen wir es überhaupt noch bar mit Offenlegungspflichten vorsehen? – Das hat die Konsequenz, rein praktisch, dass Sie Geldwäscheverdachtsmeldungen en masse produzieren, die dann zu Tausenden unbearbeitet bei der Financial Intelligence Unit in Köln liegen. Oder Sie erleichtern denen die Arbeit ein bisschen, indem Sie die Bargeldobergrenze einführen, dass die sich um die Fälle kümmern können, die wirklich auffallen, und die damit sozusagen von diesem Bürokratiewust, den man im Moment damit produziert, entlasten. Das ist die Abwägung, die wir bei der Bargeldobergrenze im Moment haben.

Was Sie uns hier mit geprägter Freiheit usw. wieder vorbringen, die gibt es bei Bargeldkäufen über 10.000 Euro aufgrund der Offenlegungspflichten jetzt schon nicht. Deswegen habe ich den Eindruck, dass Sie hier mit Ihrer Bargeldshow nur Wahlkampf machen wollen. Es tut mir leid, deswegen können wir auch Ihrem Antrag an der Stelle definitiv nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Pargent, Sie behaupten praktisch, niemand hat vor, das Bargeld abzuschaffen. Gehen Sie mal in ein Hotel, und kaum macht man den Geldbeutel auf und möchte mit Bargeld bezahlen, heißt es, nein, es geht nur mit Kartenzahlung. Wie erklären Sie sich dann so etwas? – Zum Teil ist es auch gar nicht mehr möglich. Was soll das also?

(Zuruf: Freie Wirtschaft!)

**Tim Pargent** (GRÜNE): Das ist die viel beschworene Freiheit des Unternehmers, in dem Fall des Hoteliers, der ja wohl frei entscheiden kann, wie er seine Zahlungsabwicklung bei sich im Hotel machen will, ob er Kartenzahlung anbietet oder, oder, oder.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

 Ja, das darf er aber frei entscheiden. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, dann dürfen Sie frei entscheiden, das Hotel zu wechseln. Das ist doch Ihr Problem dann.

Ich verstehe Ihren Popanz, den Sie hier aufführen, wirklich nicht. Sie betreiben hier schon wieder reine Stimmungsmache. Ich würde Ihnen dringend raten, zu den Fakten zurückzukehren. Aber das haben wir ja die letzten fünf Jahre hier schon vermisst, und ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass Sie dazu jemals bereit wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Das Wort hat nun der Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

**Volkmar Halbleib** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir aus Überzeugung ab. Bei Anträgen der AfD ist es immer eine gute Empfehlung, sie abzulehnen. Auch in diesem Fall sind wir nicht davon überzeugt, dass der AfD-Antrag richtig ist.

Das Gleiche gilt allerdings auch für den Nachzieher von FREIEN WÄHLERN und CSU. Wir haben auch bei früheren Initiativen dieser Art von CSU und FREIEN WÄHLERN bereits überzeugt mit Nein gestimmt. Warum? – Niemand will und wird das Bargeld abschaffen, nicht in Bayern, nicht in Deutschland und nicht in Europa. Was wir jedoch verhindern müssen und wollen – und ich hoffe, dass wir das gemeinsam verhindern wollen –, ist, dass Schwarzgeld, also unversteuertes Geld oder gar Geld aus kriminellen Machenschaften, durch Kauf von exklusiven und teuren Gütern gewaschen werden kann. Darum geht es bei diesem Thema.

Wir wollen nicht das Bargeld abschaffen, aber wir wollen das Schwarzgeld abschaffen. Wer Schwarzgeld hat, soll es verstecken müssen und soll nicht davon profitieren und sich ein angenehmes Luxusleben finanzieren können. Darum geht es bei dieser Frage.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass Deutschland in Zukunft, wie es sich auch bisher schon andeutet, ein Hort für Geldwäscher ist. Das müssen wir verhindern. Die Bargeldobergrenze ist dafür ein sehr wirksames Instrument, weil wir wissen, dass die

Instrumente des Geldwäschegesetzes immer wieder an ihre Grenzen stoßen. Deswegen ist es ein wirksames Instrument. Wer die Bargeldobergrenze nicht will, der begibt sich eines wichtigen Instruments gegen Mafia und Clankriminalität. Das ist die Wahrheit hinter diesem Thema.

Ich weiß auch nicht, liebe CSU, Sicherheits- und Ordnungspartei: Wenn dann von Ihnen noch mal die Aufforderung kommt, mehr gegen Clankriminalität zu machen, dann werden wir Sie daran erinnern, dass Sie ein wichtiges Instrument gegen die Clankriminalität, gegen die Mafia abgelehnt haben. Die Clankriminellen wird es freuen. Aber für die Sicherheit und für die Ordnung in diesem Land ist diese Ablehnung einer Bargeldobergrenze falsch.

Lassen Sie uns deswegen doch gemeinsam das machen, was wir machen müssen: Wir erhalten das Bargeld; daran gibt es auch nichts zu deuteln. Das will auch keiner abschaffen. Aber lassen Sie uns ein Instrument finden, wie wir mehr gegen Mafia und Clankriminalität machen können. Dafür ist die Bargeldobergrenze ein sehr wirksames Instrument. Wer das nicht will, der muss sich fragen lassen, ob er alles tut, um wirksam gegen Mafia und Clankriminalität vorzugehen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor dem nächsten Redner darf ich ankündigen, dass die SPD-Fraktion zu dem Dringlichkeitsantrag 18/30349 "Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung" namentliche Abstimmung beantragt hat.

Das Wort hat nun der Kollege Muthmann von der FDP-Fraktion.

**Alexander Muthmann** (FDP): Dieses Mal kann es ganz schnell gehen. Der Antrag der AfD schürt Ängste und fordert eine Aufklärungskampagne. Die Informationen zu diesem Thema sind alle offen zugänglich. Wer sich informieren will, kann sich informieren. Wir werden den Antrag ablehnen.

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, der bemerkenswerterweise ohne Ampel-Bashing auskommt und im Übrigen auch inhaltlich unseren Vorstellungen entspricht, werden wir zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Bargeld ist hier in Bayern doch völlig klar. Wir haben in zwei Jahren drei Beschlüsse dazu gemacht. Wir sagen deswegen: Der Freistaat Bayern, die CSU, ist klar gegen eine allgemeine Bargeldobergrenze, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Eine Bargeldobergrenze ist ein direkter Eingriff in die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen auch keine schleichende Abschaffung des Bargelds; wir von der CSU lehnen das natürlich entschieden ab. Wir werden das mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag noch mal bekräftigen.

Kollege Halbleib von der SPD, wir wollen natürlich auch Geldwäsche bekämpfen, Schwarzgeldzahlungen verhindern, Clankriminalität bekämpfen. Aber wir halten die Bargeldobergrenze trotz alledem für unverhältnismäßig, weil es eben schon zahl-

reiche andere Maßnahmen gibt. Ich glaube, der Kollege Pargent hat die vorhin auch schon angesprochen.

Bargeldzahlungen an sich bedeuten nicht automatisch den Versuch der Geldwäsche. Dieses Motiv wird aber leider von der Bundesinnenministerin Faeser unterschwellig unterstellt. Es gibt schon zahlreiche Prüf- und Meldepflichten. Ich glaube, das habe ich vorhin auch schon gesagt.

Kollege Muthmann, jetzt muss ich vielleicht doch noch ein bisschen Ampel-Bashing machen, weil das ja wieder in Richtung von Bevormundung und Unverhältnismäßigkeit geht. Das ist für die Ampel leider typisch. Kontrolle über Kontrolle wird aufgebaut, Bürokratie über Bürokratie. Und dann wundern wir uns, dass die Menschen mit der Regierung unzufrieden sind. Deswegen mein Appell: Überziehen Sie nicht! Das nutzt nur wieder den Falschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wir reden hier über einen AfD-Antrag! Wie substanzlos Sie im Wahlkampf unterwegs sind! – Tobias Reiß (CSU): Ihr habt ja nicht mal 10 % Substanz!)

 Wir reden über den AfD-Antrag schon noch. Das gehört zur Wahrheit aber leider auch noch mit dazu, Herr von Brunn; das haben Sie anscheinend noch nicht ganz verstanden.

Also, Sie bauen nur Kontrolle über Kontrolle auf, und das Schwarzer-Peter-Spiel, was hier auch immer gespielt wird, kennen wir natürlich auch.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Darum komme ich jetzt auch zum AfD-Antrag. Keine Sorge, Sie sind schon wieder von mir verschont; das ist vielleicht auch besser so.

(Florian von Brunn (SPD): Danke schön!)

Dann kann er sich wieder zurücklehnen und sonst noch was erledigen, ein bisschen im Internet surfen.

(Tobias Reiß (CSU): Bisschen dünnhäutig mittlerweile! Einstellig!)

Kollegen von der AfD, ich meine, wir müssen das ganze Thema nicht jede Woche großartig wiederholen. Ihr Antrag enthält zur politischen Positionierung auch nichts Neues. Die politischen Beschlüsse sind erst vor wenigen Wochen gefasst worden, also auch noch nicht lange her. Deshalb war ich über den Antrag der AfD schon etwas verwundert.

Was wollen Sie damit eigentlich erreichen? – Sie schreiben rein, Sie wollen eine offizielle Aufklärungskampagne machen. Also, wie gesagt, ich habe mir schon ein bisschen die Augen reiben müssen, weil es in der Regel doch ausgerechnet Sie von der AfD sind, die mit Halbwahrheiten und Polemik Stimmungen machen, die Menschen damit letztendlich verunsichern und daraus Kapital schlagen. Sie sind doch in der Regel diejenigen, die Propaganda machen, EU-Bashing, Bundesbashing betreiben, gegen den Euro sind, gegen die EU, gegen den Bund und gegen alle staatlichen Einrichtungen. Im Endeffekt schaffen Sie damit immer wieder Feindbilder.

Also, Sie von der AfD sind hier im Landtag durchschaut. Ich sage deswegen auch: Hören Sie mit diesen Provokationen auf! Wir lehnen den Antrag der AfD selbstverständlich ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Fackler, zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion gemeldet.

**Volkmar Halbleib** (SPD): Ich halte zunächst mal fest, dass die Anträge von CSU und AfD doch sehr stark beieinanderliegen. Ich wundere mich von daher, dass die Vehemenz der Ablehnung des Antrags der AfD bei der CSU so stark zum Ausdruck kommt, weil man inhaltlich doch sehr beieinander ist.

Ich frage Sie aber: Sind wir in diesem Land wirklich bei wirksamen Maßnahmen gegen Geldwäsche angelangt? Funktioniert das alles? – Sie müssen auch mal den bürokratischen Aufwand des Geldwäschegesetzes sehen; den müssen Sie ja im Blick haben, denn bei der Bargeldobergrenze gibt es keinen bürokratischen Aufwand. Da ist bei 10.000 Euro Schluss.

Sind Sie der Meinung, dass wir in Bayern und in der Bundesrepublik alles gegen Clankriminalität und gegen die Mafia tun? Wäre eine Bargeldobergrenze von 10.000 Euro wirklich kein wirksames Instrument, dem wir uns eigentlich annähern müssten, wenn man die Clankriminalität wirksam bekämpfen will? Das ist wirklich die Frage, die da im Mittelpunkt steht. Dazu haben Sie eigentlich gar nichts gesagt.

Wolfgang Fackler (CSU): Kollege Halbleib, da haben Sie scheinbar nicht zugehört. Die Ablehnung des AfD-Antrags ist klar, weil die eine Aufklärungskampagne wollen, wozu Sie wiederum – warum auch immer – gar nichts gesagt haben.

Noch einmal der andere Punkt: Es gibt bereits zahlreiche Maßnahmen, die auf Bundesebene eingeleitet wurden und werden. Letztendlich werden die vom Bundesfinanzminister vorbereitet. Das sorgt eben schon für mehr Bürokratie. Das sorgt eben schon für mehr Verwaltungsaufwand. Sie sind doch die Ersten, die wieder schreien, wir brauchen da Personal, weil wir ein neues Gesetz gemacht haben und es nicht kontrollieren können. So schaut's doch im Endeffekt aus!

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Hep Monatzeder (GRÜNE))

Kollege Halbleib, es gibt also bereits genügend Maßnahmen gegen dieses ganze Thema. Bitte überziehen Sie nicht! Ich sage es an der Stelle wieder: Es nützt nur den Falschen.

(Beifall bei der CSU – Doris Rauscher (SPD): Nichts verstanden!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Damen und Herren! Bargeld ist nicht alles, aber ohne Bargeld ist alles nichts. Die Abschaffung des Bargelds ist ein weiterer und entscheidender Schritt zur Abschaffung der Freiheit und der freien Entfaltung der Persönlichkeit der Bürger.

Nicht die Bekämpfung von Geldwäsche oder Kriminalität schlechthin oder Steuerhinterziehung sind – wie wir es heute immer gehört haben – das Motiv der EU-Kommission und der nationalen Regierungen, egal welche Partei sie gerade stellt, sondern ein mit dem freiheitlichen Prinzip unvereinbarer Kontrollwahnsinn zur Durchsetzung von Dirigismus.

Der bargeldlose Bürger wird durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche zum gläsernen Menschen. Der digitale Zahlungsverkehr, der digitale Reisepass, die digitale Gesundheitskasse, die digitale Staatsverwaltung sind nur einige Beispiele

der Wegweiserschaft zum Verlust von Freiheit und Selbstbestimmung auf EU-Ebene. Das raubt uns allen irgendwann unsere Würde.

Seit Jahren trifft man Maßnahmen, um das historische Ziel des digitalen Euro in Form einer Central Bank Digital Currency, also einer digitalen Währung, zu erreichen. Der EZB reicht es nicht, dass bereits jetzt 90 Prozent der Zahlungen digital erfolgen. Sie will das gesamte Zahlungs- und Nutzungsverhalten der Leute kontrollieren. Deren Wallets können dann zum Beispiel mit einem Impfzertifikat oder mit einem CO<sub>2</sub>-Guthabenkonto zur Klimarettung verknüpft werden. Ist das Guthaben verbraucht, weil man zum Beispiel zu viel reist, Auto fährt oder Fleisch isst, kann man Strafzinsen oder Vermögensabgaben schnell und effizient digital einziehen oder gar das Konto sperren, ohne dass sich der Betroffene dagegen wehren kann.

Schnell geraten wir so von der Bargeld-Marktwirtschafts-Demokratie in eine sozialistische digitale Score-Diktatur. Wollen Sie das? – Nein!

Bargeld ist gedruckte Freiheit; denn Geld auf einem Konto gehört einem nicht selbst, sondern eben der Bank. Auch im Fall eines Blackouts funktioniert nur noch Bargeld.

Wir haben heute einmal gehört, was die Regierungsparteien wollen. Sie wollen eigentlich den digitalen Zahlungsverkehr; denn Bargeld ist für Sie – so steht es auch in Ihrem Antrag – nur "Alternative". Fragt sich nur, wie lange noch; denn der Freistaat ist nicht zuständig. Auf Bundesebene könnte die CSU bei der nächsten Wahl unter die Fünf-Prozent-Hürde rutschen. Dann ist aus die Maus mit Berlin.

Damit ist klar, warum CSU und FREIE WÄHLER der AfD argumentativ so großen Beistand leisten. Sie wissen: Beim Bargeld hört beim Wähler die Freundschaft auf, genauso bei der EU. Die CSU spuckt deshalb mittlerweile die radikalen Töne der AfD entsprechend nach. Das haben wir vor Kurzem in der Migrationsfrage gehört und gesehen. Das tut sie jetzt auch in der Bargeldfrage. Da braut sich bei der CSU in Übereinstimmung mit der AfD eine radikale Grundhaltung zusammen, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): – ohne dass dieses Gebräu dem Reinheitsgebot unterliegt. – Danke sehr.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Dann gebe ich hiermit bekannt, dass die CSU zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/30366 betreffend "Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten!" namentliche Abstimmung beantragt hat. – Als Nächster spricht Herr Staatsminister Albert Füracker für die Staatsregierung. – Es wäre gut, wenn Sie 15 Minuten sprechen.

(Staatsminister Albert Füracker: Wie viel?)

15 Minuten wären praktisch.

(Staatsminister Albert Füracker: Kann ich machen!)

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker** (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht weitere Zeit stehlen. Aber bei so viel Unsinn muss man in aller Sachlichkeit ein paar Takte beitragen.

Der letzte Redner sprach davon, dass die CSU in irgendwas die AfD imitiert. Alleine das beweist, dass Sie den Dringlichkeitsantrag der CSU gar nicht gelesen

haben. Da steht nämlich drin, was wir hier schon oft beschlossen haben und was wir heute wieder beantragen. Deswegen braucht es auch keine Aufklärungskampagne, weil wir das seit Jahren beschließen. Wir haben unsere Meinung nicht gewechselt: Die CSU will keine Bargeldobergrenze. Ich weiß gar nicht, wie oft ich das schon erklärt habe, auch als Finanzminister. Das würde dann wieder für die Aufklärungskampagne sprechen. Aber ganz ehrlich: Wenn das, was wir bisher gemacht haben, nichts nützt, dann weiß ich auch nicht mehr.

Wir haben hier also seit Jahren eine klare Haltung, die unverändert ist: Wir sind für den Erhalt von Bargeld und gegen eine entsprechende Obergrenze. Die Auffassung der EU-Kommission, die Geldwäschebekämpfung müsste mit der neuen Verordnung optimiert werden – die 10.000 Euro-Obergrenze –, haben wir stets kritisiert.

Deutschland hat sich da im Rat der EU im Übrigen enthalten. Ich will das bloß mal sagen für alle leidenschaftlichen Kämpfer hier gegen die Geldwäsche. Ich glaube, das waren hauptsächlich die SPD und die GRÜNEN, die hier voller Leidenschaft der Meinung sind, ohne diese Obergrenze gehe die Bekämpfung der Geldwäsche nicht. Ich will Ihnen nur sagen: Die von Ihnen getragene Bundesregierung hat sich enthalten – was allerdings auch kein Wunder ist, weil die Bundesregierung sich meistens enthält oder meistens jedenfalls uneinig ist. Die SPD hat angemahnt – die Frau Faeser –, man braucht deutlich weniger als 10.000 Euro als Obergrenze. Die GRÜNEN wollen eine Obergrenze von maximal 5.000 Euro. Herr Lindner hat verkündet, er will das überhaupt nicht, hat allerdings bisher vermieden, seiner Ankündigung irgendeine Umsetzung folgen zu lassen. Wie halt immer: Da wird bei der Ampel etwas angekündigt, dann wird monatelang diskutiert und gestritten,

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

und im Bayerischen Landtag wird so getan, als würde man als bayerische Ampel-Partei in Berlin gar nicht dazugehören. Die kleine Ampel in Bayern ist unbayerisch, macht all das, was in Berlin gewollt wird, und verteidigt es hier. Hören Sie endlich auf, hier immer etwas anderes zu erzählen als das, was Sie in Berlin wirklich tun!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in kurzen Worten: Eine Bargeldobergrenze ist aus unserer Sicht unverhältnismäßig. Ja, Verhinderung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung wollen alle, selbstverständlich. Kein vernünftiger Mensch kann uns hier vorwerfen, wir würden Maßnahmen nicht unterstützen, die für Terrorbekämpfung und Geldwäschebekämpfung bestimmt sind. Wer so etwas überhaupt ausspricht, unterstellt Dinge, meine Damen und Herren, die eigentlich schon ungeheuerlich sind. Wir sind als Staatsregierung selbstverständlich uneingeschränkt für Geldwäschebekämpfung und für Bekämpfung von Terrorfinanzierung. Da braucht es doch überhaupt keine Diskussion.

Nur: Es geht hier um einen schwerwiegenden Eingriff auch in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedsstaaten sind selbst verpflichtet, ihre Maßnahmen zu ergreifen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nicht überall muss sich von Brüssel aus in letzter Instanz um jedes Detail gekümmert werden. Wir haben gerade gehört: Es gibt Meldepflichten, Sorgfaltspflichten in Risikobereichen – beim Edelmetallhandel, bei Immobilienfragen. Dass diese Maßnahmen, genauere zielgerichtete Maßnahmen, viel besser sind als pauschale Bargeldobergrenzen, leuchtet doch jedem normalen Menschen ein. Wir brauchen hier nicht wieder EU-weite Regeln. Immer, wenn die EU etwas EU-weit geregelt hat,

habe ich, jedenfalls aus meiner Erfahrung aus 35 Jahren Politik, nicht den Eindruck gehabt, dass es automatisch besser wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb ist es nicht bewiesen, dass Bargeldobergrenzen zur Kriminalitätsbekämpfung wirklich besser sind. Dafür hat im Übrigen auch die EU-Kommission laut eigener Aussage keine weitergehenden Erkenntnisse.

Die Bundesbank bemängelt 2021 das Fehlen fundierter wissenschaftlicher Belege für die Wirksamkeit einer Bargeldobergrenze. Sie wäre verfehlt. Deshalb lehnt die Bundesbank das auch ab. Das ist wirklich kein Institut, das im Verdacht steht, jemandem zu helfen, der kriminell tätig sein will.

Meine hochverehrten Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite dieses Parlaments, wir wissen schon, dass die Zahlungsströme weltweit heutzutage durch Cyberkriminalität möglicherweise schneller, höher und in unkontrollierterer Weise dazu führen, dass kriminelle Organisationen in der Lage sind, Geld zu verschieben. Ich sage Ihnen nur, dass es mit Cyberkriminalität möglicherweise – ich kann das nicht beweisen, weil es da, wie wir wissen, eine große Grauzone gibt – noch viel mehr Kriminalität geben kann, als es mit Bargeld überhaupt möglich ist. Deswegen müssen wir Cyberkriminalität bekämpfen, wenn wir kriminelle Organisationen bekämpfen wollen, mindestens so sehr wie im analogen Bereich.

Bargeld ist ein unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel und dessen Verwendung noch längst kein Indiz für illegales Handeln per se. Immer dieser Generalverdacht; das ist wirklich ein Witz. Wenn ich mein Auto für 15.000 Euro an jemanden verkaufe, den ich nicht kenne, möchte ich das Geld haben, bevor ich ihm meinen Kfz-Brief mitgebe. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren. Das ist doch ganz normal. Das ist doch überhaupt nichts, wo man hineingeheimsen könnte, dass da angedacht ist, etwas Illegales zu vertuschen. Deswegen stört mich dieser Generalverdacht. Das ist ein Eingriff in persönliche Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte. Es bevormundet. Jeder soll selber entscheiden, meine Damen und Herren, wie er bezahlen will. Das ist leben und leben lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eines muss ich Ihnen schon sagen, weil ich hier gehört habe, niemand will Bargeld abschaffen. – "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen." Das kennen wir.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage Ihnen nur eines: 10.000 Euro sind da noch längst nicht das Ende der Fahnenstange. Die EU-Kommission hat angekündigt, in drei Jahren eine Überprüfung vorzunehmen. Man hat sich als Ziel eine Vereinheitlichung der Bargeldobergrenzen in ganz Europa gesetzt. Frankreich hat zurzeit 1.000 Euro. Da ist also noch sehr viel Luft nach unten. Deswegen, meine Damen und Herren, bin ich dagegen, dass diese EU-Geldwäscheverordnung der Einstieg in die schleichende Abschaffung des Bargelds wird. Deswegen sind wir hier aus gutem Grund sehr hellhörig, denn 58 % der Transaktionen in Deutschland wurden zuletzt immer noch mit Bargeld vorgenommen. Das sind Menschen, die das, jedenfalls weit überwiegend, fast alle, ohne kriminelle Absichten tun.

Zu guter Letzt: Warum diskutieren wir ständig über Sachen, die in der Gesellschaft ohnehin jeder so regeln kann, wie er will? Wissen Sie: Natürlich werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, wenn ich die nächste Generation betrachte, sehr viel mehr Zahlungsvorgänge über das Internet und über Karte abgewickelt werden, als das vielleicht heute der Papa mit 55 Jahren tut. Das wird ein ganz normaler Prozess werden, dass Bargeldzahlungen zurückgehen. Aber man wird sich ab und zu freuen, wenn zum Beispiel die Technik ausfällt oder der Strom ausfällt

und die Bezahlterminals nicht funktionieren, dass man das gute alte Bargeld hat, wenn man miteinander ein Geschäft machen will.

Insofern würde ich sagen: verbal ein bisschen abrüsten. Was hier seitens der CSU vorgelegt wurde, ist die Bestätigung dessen, was man schon immer wollte. Wir geben diese Position auch nicht auf – ich sage das noch mal –, weil wir damit garantiert nicht die Funktionsfähigkeit von Kriminalitätsbekämpfung gefährden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Nachdem die 15 Minuten Wartezeit noch nicht abgelaufen sind, wird über die beiden Dringlichkeitsanträge später abgestimmt.

Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung
(Drs. 18/30349)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen! (Drs. 18/30351)

(Unruhe)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache, bitte um etwas mehr Ruhe im Plenum und erteile der Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Doris Rauscher** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin! Ich glaube, so gut wie alle haben mein besonderes Engagement in der Kindertagesbetreuung in den letzten zehn Jahren erleben können. Wer mich und meine politische Arbeit kennt, der kann sich vorstellen, dass es für mich natürlich besonders schön ist, am letzten Plenartag in dieser Legislaturperiode über genau dieses für mich und die ganze SPD-Landtagsfraktion zentrale Thema zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es heute um mehr Geld für gute Kindertages- und Ganztagsbetreuung. Die Kita, die ganze Frühpädagogik hat mich vor vielen Jahren im Grunde politisiert. Für mich war es eine große Freude, dieses Thema quasi auf der Seite der Legislative hier mitzugestalten; ich stelle aber auch seit vielen Jahren fest, wie dick diese Bretter in diesem wichtigen und äußerst sensiblen Themenfeld sind. Wir kämpfen als Fraktion seit vielen Jahren, fast Woche für Woche, für bessere Bedingungen in diesem Bereich.

Natürlich ist Geld am Ende nicht alles. Geld kann nicht alle Probleme lösen. Aber es ein wichtiger Bereich; denn ohne eine ausreichende Finanzierung geht halt auch nichts. Die Infrastruktur in der Ganztagsbetreuung ist am Ende womöglich gefährdet, und das zeichnet sich im Moment auch ab. Deshalb geben wir der Staatsregierung eine Aufgabe in die Sommerpause mit, die sie aus unserer Sicht

wunderbar erfüllen könnte. In diesem Antrag geht es darum, die Finanzierung der Kitas mittels des Basiswerts zu erhöhen, in der Mittagsbetreuung und im offenen Ganztag ausreichend zu stützen und – das ist Punkt drei – ein Sonderinvestitionsprogramm für den Ausbau auf den Weg zu bringen.

(Beifall der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Dr. Simone Strohmayr (SPD) und Ruth Waldmann (SPD))

Die Probleme sind groß. Wie gesagt: Die Finanzierung ist eine durchaus wichtige Stellschraube.

Ich fange mal mit den laufenden Finanzierungen an. Die Unterstützung der Kommunen und der Träger mit Förderungen – man kann das sehen – ging die letzten Jahre stetig nach unten. Zum Ausbau gibt es eine aktuelle Studie des Bundesfamilienministeriums. Sie lautet "Kindertagesbetreuung Kompakt" und zeigt, dass Bayern einen besonders hohen Ausbaubedarf in der Ganztagsbetreuung aufweist. 59 % der Eltern im Freistaat brauchen einen Betreuungsplatz, aber nur 36 % haben einen Platz. Um einer möglichen Kritik vonseiten der Staatsregierung gleich vorzugreifen, sage ich: Dies bezieht sich auf die Kriterien des Rechtsanspruchs, und der, wie wir alle wissen, wird 2026 kommen.

Die reine Mittagsbetreuung tut das im Moment in ihrer Form eben nicht. Die Betreuungen in den Rand- und Ferienzeiten fehlen. Auch bei den Kindern unter drei Jahren gibt es eine große Lücke zwischen dem Bedarf und der tatsächlichen Betreuungsquote. 30 % der Eltern haben einen Betreuungsplatz, während insgesamt 42,5 % einen benötigen würden. Fast 12 % der Eltern warten somit also auf einen Platz, obwohl die Kinder bereits einen Rechtsanspruch haben. Wir müssen also auch beim Ausbau den Turbo zünden. Hierfür brauchen wir Geld über ein Sonderinvestitionsprogramm. Ich habe mir das auch noch mal über eine AzP – für die Zuhörerinnen und Zuhörer: Das ist eine Anfrage zum Plenum – bestätigen lassen: Die Staatsregierung sagt, sie steuert quasi über solche Instrumente wie ein Sonderinvestitionsprogramm. Dann tun Sie das doch bitte auch, wenn wir schon wissen, dass uns in diesem Bereich so viele Plätze fehlen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf die laufende Finanzierung bin ich schon eingegangen. Der Freistaat muss auch hier wirklich tiefer in die Tasche greifen. Sicherlich lassen sich nicht alle Probleme in diesem Bereich von heute auf morgen lösen; aber setzen Sie doch bitte wenigstens da an, wo es doch bei einer wirklich ausreichenden Finanzierung relativ leicht sein sollte. Die Schere zwischen Sach- und Personalkosten in den Kitas, also in der staatlichen Refinanzierung, geht immer weiter auseinander. Der Basiswert deckt natürlich sowieso nicht alle entstehenden und tatsächlichen Kosten ab; aber sämtliche Rückmeldungen von Trägern und Kommunen sind genau diese, dass der laufend abnimmt. Hier müssen wir gegensteuern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wahnsinn ist doch, dass derzeit wieder die finanzielle Steuerung über die Erhöhung der Elternbeiträge Einzug erhält. Das ist doch die komplett falsche Richtung. Das Ziel sollte doch eigentlich sein, den Zugang zu Bildungseinrichtungen kostenfrei zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erwähnen möchte ich an der Stelle auch die nicht hinreichende Finanzierung des sogenannten Personalbonus, also die Umwandlung des Leitungs- und Verwaltungsbonus hin zum Personalbonus. Auch das deckt nicht mehr annähernd die Kosten, die den Trägern entstehen. Das Resultat ist, dass Personal in der Verwaltung, also in diesem Stützbereich, wieder ausgestellt werden muss. Die Unterfinan-

zierung in der Mittagsbetreuung und in den offenen Ganztagsschulen ist dramatisch. Ich habe mich dazu auch schon an das Ministerium gewandt, aber der Hinweis war, man hätte sowieso im Ganztag um 1,5 % und in der Mittagsbetreuung bereits um 25 % erhöht.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, hier klafft nach wie vor eine riesige Finanzierungslücke. Auch das ist wirklich ein Wahnsinn. Bildung ist wirklich die wichtigste Ressource, die wir haben. Geben Sie mehr Geld hinein – das ist im Moment von zentraler Bedeutung –, sonst werden wir die sowieso nicht ganz ideale Betreuungsinfrastruktur künftig noch reduziert wissen, weil sich Träger zurückziehen.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben schon vor zwei Wochen ein Antragspaket zur Kitaqualität eingebracht. Deswegen gehe ich jetzt nicht mehr in der Tiefe auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ein; aber wir stimmen den Forderungen zu. Sie decken sich im Grunde genau mit denen, die wir bereits diskutiert haben.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Bei der Gelegenheit erinnere ich noch mal daran, dass zum aktuell aufgerufenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt ist. – Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsministerin Ulrike Scharf hat gestern in ihrer Rede gesagt, dass das Kitapersonal in Bayern eine hervorragende Arbeit macht und sie es deswegen nicht mehr zulässt, dass über die schwierigen Arbeitsbedingungen so kritisch gesprochen wird. Sie hat mich ermahnt und daran erinnert, dass ich mitwirken kann, damit vieles besser geht.

Nun, Frau Ministerin, das mache ich. Ich wirke daran mit, damit vieles besser geht, aber nicht indem man die Probleme verschweigt und so tut, als wäre alles heile Welt, sondern indem die Regierung endlich nach langen Jahren leerer Worte Taten folgen lässt und indem die Arbeitsbedingungen in den Kitas grundlegend verbessert werden. Dafür kämpfe ich, dafür kämpfen die GRÜNEN. Wir werden keine Ruhe geben, bis sich die Realität verbessert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die frühkindliche Bildung in Bayern ist am Limit. Das bedarf dringender Verbesserungen. Das müsste eigentlich inzwischen auch der oder die Letzte mitbekommen haben, aber offenbar nicht in der Staatsregierung. Da heißt es: Der Status quo ist besser, als man denkt. – Das kam neulich beim Kitagipfel mit Markus Söder raus, und dass Bayern natürlich das Familienland Nummer eins ist. – Wenn es nur wirklich so wäre! Die Bayerische Staatsregierung hat seit Jahren die nötigen Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen für das Personal in den Kitas und in der Kindertagespflege nicht getätigt. Stattdessen wurden in den letzten fünf Jahren im Speziellen Milliarden Euro für einkommensunabhängige Transferleistungen ausgegeben. Das rächt sich jetzt. Inzwischen sind viele Erzieherinnen und Erzieher aus dem Berufsfeld geflohen. Die verbliebenen Mitarbeiter\*innen arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Die Öffnungszeiten von Kitas müssen vielerorts gekürzt werden. Betreuungsgruppen werden geschlossen. Das ist doch die Realität.

Natürlich macht das Kitapersonal einen großartigen Job, und natürlich ist diese Aufgabe absolut sinnstiftend. Es ist eine unwahrscheinlich wichtige Aufgabe, die Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger leisten. Sie begleiten Kinder in ihren ersten Lebensjahren und geben ihnen etwas mit. Sie legen mit dieser Betreuung die Basis für das gesamte spätere Leben der Kinder. Das ist eine unwahrscheinlich wichtige Aufgabe und ist auch unwahrscheinlich verantwortungsvoll. Meine Damen und Herren, genau deswegen haben sie doch das Recht, dass sie von der Politik besser unterstützt und nicht ständig überlastet, sondern entlastet werden.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Staatsministerin, selbstverständlich kann ich daran mitwirken, dass vieles besser wird; aber am meisten kann man natürlich bewirken, wenn man das Sozialministerium leitet. Dann stellt sich die Frage: Was kann man denn tun? – Unsere konkreten Vorschläge für die kurzfristigen Verbesserungen – mittel- und längerfristig gibt es noch weitere Ideen; ich verweise auf die ganzen Anträge, die wir gestellt haben – summieren sich in unserem Dringlichkeitsantrag auf sieben Punkte.

Erstens. Hundertprozentige Verwendung der Bundesmittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz für Qualität. Bayern erhält 530 Millionen Euro aus Berlin von der viel gescholtenen Ampel – 530 Millionen Euro in eineinhalb Jahren! Davon werden 220 Millionen für einkommensunabhängige Beiträge abgezwackt und nicht in die Qualität investiert. Dieses Geld brauchen wir aber in den Kitas. Meine Damen und Herren, das ist notwendig.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Schließung der Finanzierungslücke in der gesetzlichen Betriebskostenförderung. Es kann doch nicht sein, dass Kitaträger Geld mitbringen müssen, wenn sie für die Gesellschaft die Aufgabe der Kinderbetreuung und Bildung übernehmen. Heute gibt es dazu übrigens eine aktuelle Resolution des Evangelischen KITA-Verbandes. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns für eine auskömmliche Förderung sorgen, damit die Kitaträger leben können.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für das Kitapersonal. Das beginnt bei der Entlastung durch Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte. Der bereitgestellte Fördertopf ist sicherlich nicht ausreichend. Dazu gehört die Refinanzierung von Zeitkontingenten für mittelbare pädagogische Tätigkeiten, weil man sich auch in der Kita darauf vorbereiten muss, was man mit den Kindern unternimmt. Dazu gehört auch die Verbesserung des Anstellungsschlüssels, die Stärkung der Leitungen, die eine ganz zentrale Funktion haben. Perspektivisch müssen wir zu kleineren Gruppen kommen. Meine Damen und Herren, das sind die Entlastungen, die das Personal benötigt.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Verbesserung der Bedingungen in der Ausbildung, insbesondere die Reform der Kinderpflegeausbildung. Zwei Jahre ohne Gehalt, viel Theorie, ganz wenig Praxis – das ist doch kein Zustand, das kann doch nicht sein! Wir brauchen eine Vergütung ab dem ersten Tag. Wir brauchen viel mehr Praxis und eine Refinanzierung für die Kitas, die dann natürlich einen Teil der Ausbildung übernehmen. Meine Damen und Herren, ein solches System ist im Handwerk gang und gäbe; das muss doch auch im Sozialbereich möglich sein.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Verbesserung der Attraktivität des Quereinstiegs. Ja, da ist etwas passiert. Es gibt die Module zur Fach-, Ergänzungs- und Assistenzkraft. Dazu kann man sich weiterbilden. Das ist in Bayern aktuell ein Selbstzahlermodell. Es kostet Tausende Euro, wenn sich jemand zur Kitafachkraft weiterbilden möchte. Wir haben doch einen Mangel, auf den man irgendwann einmal reagieren muss. Meine Damen und Herren, diese Kosten müssen weg.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Sechstens. Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Wir scheitern dabei oft genug an der Bürokratie. Gut ausgebildete Fachkräfte leben bei uns in Bayern, die im Ausland eine Ausbildung absolviert haben und die bei uns gebraucht werden. Dann dauert es aber Wochen und Monate, bis die Betroffenen grünes Licht bekommen und bis man sie einsetzen kann. Das kann auch nicht so weitergehen. Meine Damen und Herren, wir müssen hier dringend schneller werden.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Siebtens. Eine Maßnahme, die man wirklich machen kann, ist die Stärkung der Kindertagespflege, der Ausbau der Fachberatung, die Vernetzung, die Erhöhung der Qualifikation und der entsprechenden Vergütung. Die Kindertagespflege wird so gern vergessen; aber sie ist auch wichtig. Sie ist auch ein wichtiger Baustein. Die Vergütung liegt meist aber weit unter dem Mindestlohn. Das kann nicht sein. Vergessen Sie die Kindertagespflege nicht! Meine Damen und Herren, auch für sie braucht es Verbesserungen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Forderungen sind allesamt dringlich, weil die Lage brisant ist; sie sind aber gar nicht so neu. Fast alle finden sich bereits in den Handlungsempfehlungen des Bündnisses für frühkindliche Bildung wieder, das die Staatsregierung ja selber einberufen hat, um sich beraten zu lassen. Fast alle diese Forderungen finden sich regelmäßig in Petitionen aus der Praxis, die wir dann im Sozialausschuss rauf und runter diskutieren; aber was hilft das alles, wenn es nicht umgesetzt wird? Sie müssen als Staatsregierung endlich einmal auf die Praxis hören und nach den vorgebrachten Vorschlägen handeln; denn, meine Damen und Herren, nur dann wird die reale Lage in Bayern besser.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausstattung unserer Kitas und der Kindertagespflege ist kein "Nice-to-have". Da geht es um die Kinder, da geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Kindertagespflege legt den Grundstein für die Bildungslaufbahn der Kinder, den Grundstein für Zukunftschancen. Alle Kinder – alle! – haben ein Recht auf gute Bildung, und zwar von Anfang an. Unsere Familien brauchen Planungssicherheit, brauchen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kitafachkräfte brauchen gute Arbeitsbedingungen. Wenn diese Regierung das nicht schaffen kann oder will, dann braucht es eine neue Staatsregierung, die die Arbeitsbedingungen in den Kitas endlich ernsthaft verbessert.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Matthias Enghuber für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, mit welchem Schaum vor dem Mund und mit welcher gespielten

Aufregung hier zum x-ten Mal ein Thema vorgetragen wird, das in Bayern eine hervorragende Entwicklung nimmt.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist doch Wahnsinn!)

Die GRÜNEN schreiben in ihrem Dringlichkeitsantrag von "Nebelkerzen", die die Staatsregierung zünden würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einzigen, die hier Nebelkerzen zünden, und zwar zum wiederholten Male, sind Sie selber.

Die Zahlen sprechen für sich. Im Koalitionsvertrag von 2018 ist das Ziel ausgegeben, 42.000 Betreuungsplätze im Ganztagsbereich zu schaffen. Fakt ist: Wir haben bis heute tatsächlich 82.500 Plätze geschaffen. Das heißt, wir haben unser Ziel nahezu um das Doppelte übertroffen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist Familienland Nummer eins, während die Ampel in Berlin Familienleistungen zu streichen und zu reduzieren beabsichtigt. Auch das gehört zur Wahrheit.

Unser Ministerpräsident hat das klargestellt. Am 3. Juli 2023 fand der Bayerische Kinderbetreuungsgipfel in München statt. Nicht nur unsere Sozialministerin Ulrike Scharf, sondern auch der Ministerpräsident persönlich haben sich persönlich mit den Fachleuten ausgetauscht und damit gezeigt, wie wichtig ihnen das Thema ist. Das Thema ist für uns als CSU-Fraktion, aber auch für unsere Bayerische Staatsregierung eines der wichtigsten überhaupt. Es ist schon faszinierend, dass Ihnen jetzt, gerade zum Schluss der 18. Legislaturperiode, das Ganze noch einmal einfällt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Seit ganzen fünf Jahren weisen wir darauf hin!)

Im Bereich der Ausbildung arbeiten wir daran, den Einstieg in den Bereich der Betreuung zu vereinfachen und ihn attraktiver zu machen. Von 2011 bis 2022 haben wir es geschafft, von 63.900 auf 114.000 Beschäftigte zu steigern. Das ist ein Zuwachs von 78 % Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich.

Wir fördern 12.000 Teamkräfte mit Landesmitteln ab dem Jahr 2024. Die Behauptung, zu dem, was vom Bund kommt, lege der Freistaat nichts drauf, stimmt nicht. Zu den 127 Millionen Euro vom Bund legt der Freistaat Bayern wie viel drauf? – Genau, er legt 127 Millionen aus Landesmitteln oben drauf. Das sind Fakten.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Herr Becher, hören Sie mir bitte bis zum Ende zu. Ich habe das auch getan. Danach können wir gerne weiter diskutieren.

Teamkräfte tragen zur Verbesserung der Qualität in den Kitas bei. Sie ermöglichen mehr Zeit für die Zuwendung zum Kind, für die Erziehung, für die Bildung und für die individuelle Förderung. Die Arbeitsaufteilung kann optimiert und verbessert werden. Die Attraktivität und Motivation für das Berufsfeld wird durch verbesserte Arbeitsbedingungen beständig gesteigert, auch dank der Zuschüsse des Freistaats Bayern an die Kommunen und an die Träger; denn nicht nur der monetäre Anreiz bei den Mitarbeitern, sondern auch die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld müssen stimmen. Hier leisten unsere Kommunen Beachtliches, und das seit vielen, vielen Jahren. Vielen Dank an unsere Kommunen im gesamten Freistaat Bayern!

(Beifall bei der CSU)

Auch für die Durchführung der Mittagsbetreuung, die sonst keine staatliche Förderung erhält, können staatliche Zuschüsse gewährt werden. Die finanzielle Gesamtverantwortung liegt beim Träger. Ja, richtig, dieser kann auch Elternbeiträge erheben. Die Beiträge der staatlichen Förderung für die Mittagsbetreuung werden zum kommenden Schuljahr je nach Angebotsform um sage und schreibe 33 % erhöht. Dies ist alles schon beschlossen. Für die Mittagsbetreuung werden pro Schuljahr je nach Ausgestaltung und Dauer des Angebots zwischen 4.200 und 12.000 Euro je Gruppe zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet für die Mittagsbetreuung bis 14:00 Uhr eine Erhöhung der Förderung um 26 % von 3.300 auf 4.200 Euro, für die verlängerte Mittagsbetreuung bis 15:30 Uhr eine Erhöhung um 29 % und für die Mittagsbetreuung bis 16:00 Uhr eine Erhöhung um 33 %. Das Finanzvolumen dieses Pakets beträgt 12 Millionen Euro.

Der Freistaat Bayern ist hier auch starker Partner der Kommunen, die das Ganze umsetzen. Die Kommunen leisten immens viel. Ich bin selbst Kindergartenreferent im Stadtrat meiner Heimatstadt. Ich kann Ihnen sagen, kein Jahr vergeht ohne Neubau einer Einrichtung oder Generalsanierung einer bestehenden Einrichtung. Die größte Herausforderung besteht darin, neben dem Personal auch die Grundstücke, die Räumlichkeiten und die Gebäude zu finden. Hier sind unsere Bürgermeister und unsere Gemeinderäte vorbildlich dran.

Ich danke an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dass er das Familienland Bayern in seinem Bestreben an die erste Stelle setzt. Ich danke den vormaligen Staatsministerinnen Kerstin Schreyer und Carolina Trautner sowie unserer Staatsministerin Ulrike Scharf, die das Anliegen der guten Kinderbetreuung ganz nach vorne stellt in ihrem Bemühen im Sozialministerium. Ich möchte an der Stelle auch ganz besonders unserer Kollegin Sylvia Stierstorfer danken, die dieses Thema in den letzten Jahren im Sozialausschuss immer kraftvoll vertreten und nach vorne gebracht hat.

Bayern kann stolz auf das bisher Erreichte sein. Wir bleiben dran. Wir sind noch nicht fertig. Wir geben weiter Gas für unsere Familien und unsere Kinder. Ich danke sehr herzlich allen, die hier mitmachen, mithelfen und mitziehen. Herzlichen Dank! Weiter Vollgas für unsere Familien!

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, nach diesem Selbstgefälligkeitsanflug verweise ich auf eine vor zwei Tagen herausgekommene Studie, wonach Bayern beim Ausbau von Ganztagsplätzen Schlusslicht ist und bei Kitaplätzen für Kinder unter drei Jahren im hinteren Mittelfeld liegt. Man kann natürlich von einem niedrigen Status quo von ich weiß nicht vor wie vielen Jahren ausgehen und sagen, wir haben die Anzahl gesteigert, aber Fakt ist, im Vergleich liegt Bayern sehr weit hinten. Dies korreliert damit, dass auch die Bundesmittel für den Ausbau des Ganztags und der Kitas für Kinder unter drei Jahren sehr wenig abgerufen wurden. Auch hier sind wir – vor allen Dingen beim Ganztag – Schlusslicht. Woran liegt es, dass die Mittel nicht abgerufen wurden? Sind Bayerns Kommunen dümmer als andere Kommunen? Letztere haben die Mittel zum Teil zu 100 % abgerufen, wir zu 19 %. Sind vielleicht die Förderrichtlinien zu kompliziert, oder was ist hier eigentlich los?

Matthias Enghuber (CSU): Liebe Frau Kollegin Sandt, ich weiß nicht, wie es aus der Münchner Großstadtwarte aussieht, wenn man auf das Land Bayern blickt, aber Ihre Frage offenbart ein sehr seltsames Bild, das Sie hier im Hohen Haus des Bayerischen Landtags zeichnen. Unsere Kommunen sind sicherlich nicht zu

dumm, die Fördermittel einzusetzen. Ich verbitte mir, dass so etwas hier ausgesprochen wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gerade versucht, Ihnen in der Rede darzulegen, dass neben der Herausforderung, ausreichend Personal zu finden, auch die Herausforderung besteht, im ländlichen Raum genügend Flächen zu finden, auf denen man bauen kann, und genügend Firmen zu finden,

(Florian von Brunn (SPD): Das ist in der Stadt viel leichter! So ein Unfug!)

die die Bauvorhaben in einer angemessenen Zeit umsetzen. Dies mag vielleicht in Bayern aufgrund unserer immer noch sehr guten Situation in der Wirtschaft ein bisschen schwieriger sein, als es in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen oder sonst irgendwo der Fall ist. Unsere Kommunen sind dran. Sie lösen das Problem, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Antwort.

**Matthias Enghuber** (CSU): – und wir unterstützen die Kommunen nach Kräften erfolgreich.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Jan Schiffers.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Die angespannte Situation in Kitas und im Bereich der Ganztagsbetreuung, insbesondere im Hinblick auf fehlendes Personal, ist weder neu noch ist sie vom Himmel gefallen. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich war ein großer Fehler, der die ohnehin angespannte Situation nochmals erheblich verschärft und die Kommunen in riesige Schwierigkeiten bringt. Dementsprechend gab es auch in jüngster Zeit Forderungen, zum Beispiel des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler zu verschieben oder in manchen Regionen, in denen der Anspruch schlichtweg nicht erfüllt werden kann, auszusetzen.

(Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Entschuldigung, Herr Kollege. – Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Wenn Sie Einzelgespräche zu führen haben, führen Sie diese bitte draußen auf den Gängen, aber nicht hier im Plenarsaal.

**Jan Schiffers** (AfD): Die SPD war es, die als Teil der damaligen Bundesregierung maßgeblich an der Einführung dieses Rechtsanspruchs beteiligt war.

Unabhängig davon besteht Handlungsbedarf, und die Staatsregierung hat hier in den letzten Jahren zu spät zu wenig auf den Weg gebracht. Berechtigt ist aus meiner Sicht die Kritik an den PR-Nebelkerzen der Staatsregierung. Der Anfang Juli kurzfristig angesetzte Kitagipfel ist offensichtlich dem nahenden Wahltag geschuldet; denn in den letzten Jahren hat sich das Interesse des Bayerischen Ministerpräsidenten für dieses Themenfeld ja in sehr, sehr engen Grenzen gehalten, um es einmal höflich auszudrücken. Das Interesse für das Themenfeld Kindertagesbe-

treuung entspricht ungefähr der Wertschätzung, die der Bayerische Ministerpräsident hier dem Bayerischen Landtag entgegenbringt.

Das von der SPD geforderte Sonderinvestitionsprogramm mag gut gemeint sein, allerdings wird das Hauptproblem, Fachkräfte für das Berufsfeld zu gewinnen und zu halten, hierdurch nicht gelöst.

Ich erlebe in meiner Heimatstadt Bamberg, dass in letzter Zeit zwar viel investiert wurde, Einrichtungen gebaut wurden und aktuell immer noch in Planung sind, gleichzeitig aber schon bestehende Kitas Öffnungszeiten reduzieren oder ganze Gruppen schließen müssen. Hier ist offenbar ein Punkt erreicht, an dem der Ausbau und verfügbares Fachpersonal deutlich auseinanderklaffen und eine ungebremste weitere Schaffung von Betreuungsplätzen nicht mehr angezeigt ist. Diese Erfahrung machen derzeit viele Kommunen in Bayern. Die Handlungsempfehlung des Bündnisses für frühkindliche Bildung liegen vor und werden bislang von der Staatsregierung immer noch zu wenig beachtet. Eine echte Reform der Ausbildung ist überfällig, ebenso die Entbürokratisierung des Arbeitsalltags und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte in den Einrichtungen. Statt den Fokus auf die Schaffung weiterer Plätze zu richten, ist aus unserer Sicht die Qualität zu verbessern.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN enthält hierzu konkrete Punkte, die zum Teil in die richtige Richtung gehen. Wir werden uns zu dem Antrag enthalten. Der Antrag der SPD setzt aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte, sodass wir ihn ablehnen werden.

Das Thema haben wir hier im Plenum und auch in den Ausschüssen schon mehrfach intensiv besprochen. Ich möchte deshalb noch ein paar übergeordnete Gedanken äußern. Wir sollten uns meiner Meinung nach von dem Narrativ verabschieden bzw. uns dieses gar nicht erst aufdrängen lassen, dass Ganztagsbetreuung für Grundschüler und umfassende Kinderbetreuung von früh bis spät in Einrichtungen ein Allheilmittel sind und unbedingt um jeden Preis erstrebenswert sind. Natürlich ist für viele Familien eine Ganztagsbetreuung wichtig, in den allermeisten Fällen aber aus purer wirtschaftlicher Notwendigkeit, weil beide Eltern zwangsläufig arbeiten und Steuern zahlen müssen. Wir dürfen uns dieser Tatsache nicht verschließen. Viele Familien würden gerne mehr Zeit für die Eigenbetreuung ihrer Kinder aufbringen, können dies aber schlichtweg nicht. Hier müssen wir in den nächsten Jahren ansetzen. Wir brauchen echte Steuerentlastung, eine Reduzierung der Abgabenlast und eine echte Neuausrichtung der Familienpolitik, die Familien und Kinder in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor vielen Jahren gab es eine politische Kraft in der Bundesrepublik, die Sozialpolitik wenigstens versucht hat, die wirklich und ehrlich eine Partei der arbeitenden Menschen war, die Arbeiterpartei SPD. Was ist daraus geworden? – In Bayern macht jetzt die Bayernkoalition – Gott sei Dank – eine Sozialpolitik für die Menschen und vor allen Dingen mit Menschen, die wissen, wovon sie reden.

Das "Landesförderprogramm Ganztagsausbau" der Bayerischen Staatsregierung erweitert die Ganztagsbetreuung. Jeden Ganztagsplatz der Kommunen für Grundschulkinder, der bis 2029 geschaffen wird, will der Freistaat finanziell unterstützen. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder tritt stufenweise ab dem Schuljahr 2026/2027 in Kraft. Bis 2029 kommt jedes Jahr ein weiterer

Jahrgang hinzu. Damit haben ab dem Schuljahr 2029/2030 alle Kinder im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung. 428 Millionen Euro kann Bayern an die Kommunen zur Schaffung neuer Plätze weitergeben.

Der im Juli durchgeführte Kinderbetreuungsgipfel bringt das Thema weiter voran. Angestrebt wird eine Verdoppelung der Teamkräfte und eine Förderung von rund 12.000 Teamkräften mit Landesmitteln ab 2024. Der Ausbau der Teamkräfte entspricht dem Wunsch der Praxis und ist ein Beitrag zur Wertschätzung des pädagogischen Personals.

Stichwort "Landesförderprogramm Ganztagsausbau": Der Ministerrat hat im Dezember die Eckpunkte für das Landesförderprogramm Ganztagsausbau beschlossen. Danach wird jeder neu geschaffene Betreuungsplatz für ein Grundschulkind in Bayern zusätzlich gefördert: 6.000 Euro pro Platz in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem für Horte, 3.900 Euro pro Platz in einer Kombi-Einrichtung – kooperativer Ganztag –, 3.000 Euro pro Platz in Angeboten unter Schulaufsicht.

Ich bleibe bei den Zahlen: Der Freistaat gibt 37,5 Millionen Euro für Sprach-Kitas aus. In den Jahren 2023/2024 werden es über 40 Millionen Euro für Kita-Härtefallhilfen sein, zur Verhinderung höherer Elternbeiträge aufgrund der Energiekosten. Seit 2020 wurden 114 Millionen Euro Krippengelder ausgezahlt, und 537,2 Millionen Euro flossen in Beitragszuschüsse für die gesamte Kindergartenzeit im Jahr 2023.

Erst im Dezember haben wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, mit einem Dringlichkeitsantrag auf den Bedarf an Fachkräften hingewiesen und erreicht, dass sich die Staatsregierung im engen Dialog mit den Berufsfachschulen für Kinderpflege und den Fachakademien für Sozialpädagogik sowie im Bündnis für frühkindliche Bildung für eine Verbesserung bei der Vergütung während der Ausbildung zur staatlich geprüften Kinderpflegerin bzw. zum staatlich geprüften Kinderpfleger einsetzt, um Fachkräfte zu generieren. Diese Liste könnte ich jetzt noch beliebig fortführen. So viel nur, weil immer behauptet wird, hier im Freistaat passiert nichts.

Blicke ich auf die beiden vorliegenden Dringlichkeitsanträge von den GRÜNEN und der SPD, so ist klar: Die GRÜNEN haben – wie soll es anders sein? – jeglichen Bezug zur Realität verloren, wenn sie mit "Kita-Krise" in der Überschrift die Leute verunsichern. Alarmismus scheint ein neues Mittel zum Zweck zu sein, egal welches Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Die SPD nun, mit Blick zum Anfang meiner Rede, sie sollte Sozialpolitik denen überlassen, die wirklich etwas davon verstehen, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Und das sind dann wohl die FREIEN WÄHLER?)

Ich vermisse schmerzlich die Willy Brandts und die Helmut Schmidts in Ihren Reihen. Sie sollten die Förderprogramme und die Unterstützungsinitiativen der Staatsregierung erst einmal richtig durchlesen. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich das Wort Herrn Kollegen – –

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, langsam drängt sich der Eindruck einer neunten Schulklasse am letzten Tag vor den Ferien auf.

(Alexander König (CSU): So falsch ist der Vergleich nicht!)

Der Zeitrahmen ist doch überschaubar. Den Kolleginnen und Kollegen, die hier vorne stehen, teilweise zu ihrer letzten Rede, sollte man doch ein bisschen Respekt entgegenbringen. Bitte verlagern Sie doch – und das gilt auch für Herrn Kollegen Gotthardt – Ihre Pausen – und Ihre Urlaubs- und Feriengespräche möglichst auf die Zeit nach dieser Sitzung. Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

So, nun hat Herr Kollege Becher das Wort.

**Johannes Becher** (GRÜNE): Herr Vizepräsident, vielen Dank. Sie würden sich auch als Lehrkraft für unsere Schulklasse gut machen.

(Heiterkeit)

Aber Spaß beiseite. – Frau Kollegin Enders, ich wollte noch nachfragen, zum einen zum Thema Kinderpflegeausbildung. Wann tut sich denn da etwas? Sie haben gesagt, Sie haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Das war der Nachzieher zu unserem Antrag. Aber wann ist es denn so weit, dass in der Kinderpflegeausbildung tatsächlich ab dem ersten Tag Vergütung bezahlt wird, dass endlich mehr Praxis statt Theorie gegeben ist? Ich würde mir doch erhoffen, dass wir da noch eine klare Botschaft, eine klare Antwort bekommen.

Das Zweite ist: Sowohl für den Ganztag als auch für Verbesserungen in den Kitas braucht man Geld. Die FREIEN WÄHLER sind dabei, sehr viele Einnahmen abzuschaffen und sehr viele Ausgaben an anderer Stelle zu steigern. Wie soll denn das Ganze finanziert werden, wenn das, was Sie sich vorstellen, Realität wird?

(Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Lieber Herr Kollege Becher, ich würde sagen: Vorrücken nicht gefährdet.

(Johannes Becher (GRÜNE): Danke!)

Für die Herren, die sich da hinten schon wieder unterhalten, trifft das nicht so ohne Weiteres zu. – Bitte. Frau Kollegin Enders hat das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ja, Herr Becher, natürlich: Wann endlich? – Genau deshalb haben wir unseren Antrag gestellt, damit das geprüft wird. Auch Sie werden das abwarten müssen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Um aber auf die Sprüche in Ihrer Rede vorhin zurückzukommen, da haben Sie gesagt, Sie wollen eine neue Staatsregierung in Bayern, damit hier endlich – ich sage es einmal im übertragenen Sinne – alles gut wird. Ich schaue aber in den Bund und sage: Nein danke, GRÜNE in der Regierung, bitte nicht in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Julika Sandt. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nein, das ist nicht mal eben Ende der Legislaturperiode, wo so ein Thema auf-

poppt. Wir haben die ganze Zeit Positionspapiere, Antragspakete, Anträge, Gesetzentwürfe zu diesem Thema vorgelegt und Verbesserungen eingefordert. Es ist aber nichts passiert. Ich muss sagen, dass wir jetzt diese Debatten noch einmal führen, wirft ein Schlaglicht auf dieses wichtige Thema. Wenn wir jetzt die letzten drei Sitzungstage erleben, stelle ich fest: Gestern ging es um Steuermilliarden, die in der Stammstrecke versenkt wurden wegen dilatorischer Behandlung. Heute geht es um Dilettantismus im Kita- und im schulischen Bereich. Mein Resümee dieser Legislaturperiode und der Staatsregierung ist: Dilatorisch, dilettantisch! Anders kann ich es nicht ausdrücken.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Hast es ja bald hinter dir!)

Die frühkindliche Bildung, die Kitas und der Ganztag sind immens wichtig. Sie sind entscheidend für die Chancen jedes einzelnen Menschen. Deshalb müssen wir uns einfach darum kümmern. Deshalb müssen wir uns hier dringend engagieren. Wir wissen aus sämtlichen Studien, dass jeder Euro, der in frühkindliche Bildung fließt, besonders gut investiert ist.

Was aber macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie brüstet sich noch im Herbst damit, dass sie drei Milliarden Euro Familiengeld mit der Gießkanne verteilt hat, ohne Effekt, an alle möglichen Leute, egal wie das Einkommen ist, einfach mit der Gießkanne. Sie hat nicht gesagt, was sie damit erreicht hat. Sie hat nur gesagt: Wir haben viel Geld ausgegeben.

Gleichzeitig fehlt das Geld in der frühkindlichen Bildung. Das Ergebnis ist doch, auch beim Ausbau für die Kinder unter drei Jahren gehen 12 % leer aus. 12 % erhalten keinen Platz. Beim schulischen Ganztag gehen 20 % leer aus. Bayern ist hier nun einmal – das sagt die neue Studie – Schlusslicht. Bayern ist bundesweit Schlusslicht. Das ist eine Watschn für die Familie, das ist eine Watschn für die Gleichstellung. Wenn ein Elternteil, meist die Mutter, dann zu Hause bleiben muss, obwohl es gerne arbeiten würde und einen Job hat, dann ist das auch eine Watschn für die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

– Genau. Gut, dass Sie den Daumen hochmachen. Richtig so! Das ist eine Watschn für die Wirtschaft. Wir haben einen Wirtschaftsminister und einen Bildungsminister – jetzt sind sie nicht einmal da –, und die hätten das doch zu ihrem Projekt machen können. Die hätten doch sagen können: Wir schaffen Ganztagsplätze, damit diese Eltern als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaft zur Verfügung stehen. – Aber was machen sie? – Sie beschäftigen sich mit Winnetou und Kuhfladen.

(Unruhe)

Wir von der FDP fordern Investitionen in frühkindliche Bildung. Die Bertelsmann Stiftung hat gesagt, Anfang der Legislatur haben 7.000 Fachkräfte gefehlt. Mittlerweile sind es 40.000. Das ist Ihre Bilanz. Eigene Erhebungen haben Sie gar nicht; denn die Fachkräfte-Bedarfsanalyse, die wir seit Jahren einfordern, fehlt immer noch. Die Ministerin kündigt sie ständig an; ich hoffe, dass sie irgendwann kommt. Dann kann man sagen: Die Opposition wirkt. Die Fachkräfte-Bedarfsanalyse ist aber bis jetzt nicht gekommen, weil offensichtlich die Zahlen so schlecht sind, dass Sie sich lieber bedeckt halten und weiter im Nebel herumstochern.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern höhere Pauschalen pro Kind, mehr Zeit für die Vorbereitung und Verwaltung und eine vergütete Erzieherausbildung für alle Erzieherinnen und Erzieher

als grundsätzliches Modell. Wir brauchen eine bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; in dem Bereich läuft so viel schief, dass hoch qualifizierte Fachkräfte mit Hochschulabschluss nicht als Erzieherinnen und Erzieher arbeiten dürfen. Wie dumm ist das denn angesichts des Fachkräftemangels! Das kann ich nicht nachvollziehen.

Wir brauchen auch bessere Anstellungsschlüssel, weil wir doch die Fachkräfte, die wir hier haben, wertschätzen und die Arbeitsbedingungen verbessern wollen. Da gibt es auch die Massenpetition. Wir brauchen einen besseren Anstellungsschlüssel, statt ihn immer noch weiter zu verschlechtern, wenn dann der Mangel sichtbar wird.

Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, wir brauchen Visionen für die frühkindliche Bildung und mehr Verbindlichkeit in der Schulvorbereitung. Die Vorkurse Deutsch müssen verbindlich stattfinden, und zwar mit qualifiziertem Personal. Wir von der FDP fordern Sie auf: Behandeln Sie Kitas und den Ganztag nicht weiter als Aufbewahrungsorte; behandeln Sie das als Orte frühkindlicher Bildung! – Das müssen uns die Kinder wert sein.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Frau Staatsministerin Ulrike Scharf.

(Unruhe)

 Ich darf noch einmal darum bitten, die letzten Stunden noch mit Anstand über die Bühne zu bringen. Führen Sie Ihre Gespräche – wenn überhaupt – draußen, hören Sie der jeweiligen Rednerin oder dem jeweiligen Redner zu und zollen Sie dadurch Respekt. – Bitte, Frau Staatsministerin, wir versuchen es.

**Staatsministerin Ulrike Scharf** (Familie, Arbeit und Soziales): Vielen Dank, Herr Vizepräsident, wir versuchen es. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Julika Sandt, es ist schon wirklich schwer auszuhalten, was hier präsentiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Davon zu sprechen, dass nichts passiert, von Dilettantismus und bei der Nachfrage vom Kollegen Enghuber von Selbstbeweihräucherung zu sprechen, zeugt eigentlich nur davon, dass Sie nichts verstehen, dass Sie nichts dazugelernt haben, dass Sie sich nur empören

(Thomas Huber (CSU): Keine Ahnung!)

und falsche Fakten verbreiten können. Hören Sie vielleicht jetzt einmal zu!

Deshalb danke ich für die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der SPD, weil wir jetzt endlich noch einmal alles klarstellen, die Fakten auf den Tisch legen und uns einmal ein Bild davon machen können, wie es wirklich um die Kinderbetreuung in Bayern steht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ziemlich schlecht!)

Meine Damen und Herren, erstens sichern wir die Qualität in den Kitas. Dafür nehmen wir für die Teamkräfte ab 2024 noch einmal 127 Millionen Euro in die Hand. Wir verdoppeln die Zahl der Teamkräfte von 6.000 auf 12.000. Damit wird eine spürbare Entlastung für unser pädagogisches Personal und mehr Qualität für die frühkindliche Bildung erreicht. Vielleicht kann man sich die Zahlen auch einmal mitschreiben, damit man es dann irgendwann einmal nachlesen und verinnerlichen

kann. Zusammen mit den Mitteln aus dem KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz sind das dann ab 2024 254 Millionen Euro für die Teamkräfte.

Was Sie fordern, setzen wir längst um. Wir ermöglichen den Einsatz von zusätzlichen Hauswirtschafts-, Verwaltungs- und Assistenzkräften sowie Praktikanten. Der bisherige Leitungs- und Verwaltungsbonus ist von über 7.000 Kitas in Bayern in Anspruch genommen worden. – Lieber Kollege Johannes Becher, vielleicht kann man das auch einmal verinnerlichen. Wir erweitern das jetzt noch einmal. Somit hat das pädagogische Personal mehr Zeit für die Kinder und mehr Zeit für Bildung und Erziehung. Damit werden die Leitungen entlastet.

Im Übrigen verwenden wir einen Teil der Bundesmittel für die Beitragsentlastung – wie es das KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz auch vorsieht –, und das kommt spürbar – –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Frau Staatsministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Nein, das machen wir am Schluss. – Wir verwenden einen Teil der Bundesmittel für die Beitragsentlastung. Das hilft unseren Familien spürbar. Ihre Forderung, die Mittel jetzt ergänzend für die Qualität zu verwenden, hat einfach einen total faden Beigeschmack; denn der Freistaat trägt rund die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben in der Kinderbetreuung. Wenn man einmal aufsummiert, was die Betriebskostenförderung und die Investitionen betrifft, dann sind das 5 Milliarden Euro. Aber das werden Sie auch nicht verstehen, weil Sie diese Zahlen einfach nicht verinnerlichen wollen.

Die Qualität hängt also nicht allein von den Bundesmitteln ab. Wenn wir uns darauf verlassen würden, dann wären wir verlassen. Das zuverlässige Finanzgebaren, das wir vom Bund erwarten sollten, wird so nicht gelebt; das ist irgendwie ein Fremdwort geworden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag ist also in der Sache falsch. In der Art ist er vor allen Dingen scheinheilig und in der Summe überflüssig.

Qualität und Quantität sind zwei Seiten einer Medaille. Daher investieren wir auch weiter in die Kinderbetreuung. Wir haben ein starkes Ziel. Kollege Enghuber hat es vorhin auch schon dargestellt. Wir haben am 3. Juli einen Kinderbetreuungsgipfel abgehalten; unser Ministerpräsident hat klar formuliert, 180.000 neue Betreuungsplätze bis 2028 für unsere Kinder zu schaffen. Das sind noch einmal zusätzlich 50.000 Plätze für die Unter-Sechsjährigen und 130.000 für die Grundschulkinder; so setzt sich die Zahl von 180.000 Plätzen zusammen, und so geht Familienpolitik in Bayern. Wenn Sie das als Nebelkerze bezeichnen, dann muss ich sagen: Sie zünden sie doch selbst.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Ich möchte gerne mit den Fakten weitermachen. Wir haben die staatlichen Zuschüsse für die Mittagsbetreuung um bis zu 33 % pro Gruppe deutlich angehoben; dafür nimmt der Freistaat jährlich zusätzlich noch einmal 12 Millionen Euro in die Hand. Wir zahlen beim Einsatz einer pädagogischen Fachkraft im offenen Ganztag einen Qualitätszuschlag in Höhe von 5.000 Euro pro Schuljahr für die kleineren Standorte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles sind Landesmittel. Der Bund will sich an den aufwachsenden Betriebskosten für den Ganztag beteiligen. – Ja, irgendwann; er formuliert, circa ab 2026. Wir haben aber keine Zeit; denn die Wirklichkeit ist hier und jetzt. Deswegen handeln wir entschlossen,

weil wir es auch nicht zulassen können, dass die Handlungsunfähigkeit des Bundes und der Berliner Ampel zulasten unserer Kinder und Familien geht.

Zweitens stehen wir an der Seite der Kommunen, und zwar seit Langem, aus innerer Überzeugung und vor allen Dingen mit großer Kraftanstrengung. Ich wiederhole es noch einmal: Der Freistaat trägt über die Hälfte der öffentlichen Ausgaben im Kitabereich, weil wir uns auch darin einig sind, dass die Startchancen unserer Kinder nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen können. Noch einmal: Die Betriebskostenförderung lag allein im letzten Jahr bei über 2 Milliarden Euro.

Wir haben in Bayern bereits eine wuchtige Investitionskostenförderung im Kitabereich; Kollege Enghuber hat es auch erwähnt. Unser Ziel im Koalitionsvertrag war, über 42.000 neue Plätze zu schaffen. Fakt ist – Frau Sandt, zum Mitschreiben: Wir haben 82.500 Plätze geschaffen.

Beim Ganztagsausbau für die Grundschulkinder sind wir bereits seit 2020 mit einem eigenen bayerischen Hortprogramm in Vorleistung gegangen. Auch dafür wurden Landesmittel in Höhe von 67 Millionen Euro bereitgestellt. Leider wissen wir nicht, welche Mittel vom Bund jetzt als Nachfolge zum KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz ab 2025 kommen und zur Verfügung stehen werden. Wir wissen auch nicht, welches neue Bürokratiemonster sich hinter dem Qualitätsentwicklungsgesetz verbirgt, das die Ampel plant. Aber so oder so: Wir gehen in Vorleistung. Wir steigen hier ein.

Wenn ich Richtung Berlin schaue, dann sehe ich vor allen Dingen leere Versprechungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Ampel verspricht im Koalitionsvertrag ein neues Sonderinvestitionsprogramm für den Kita-Ausbau; versprochen ist es. Ich frage mich, was passiert ist. – Ich glaube, nichts; zumindest ist nichts wahrnehmbar, weil für unsere Kinder kein Geld da ist. Dass die Ampel-Parteien solche Anträge vorlegen, hat schon wirklich etwas Dreistes. – Jetzt wende ich mich direkt an Sie: Wenn Sie mit einem Finger auf Bayern zeigen, zeigen drei Finger auf Sie selbst zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drittens setze ich mich wirklich mit aller Kraft dafür ein, dass wir mehr Personal für einen der schönsten und sinnstiftendsten Berufe überhaupt gewinnen können. Neue Fach- und Ergänzungskräfte kommen unter anderem dann, wenn die Ausbildung attraktiv ist. Ihre Forderung nach einer praxisnahen Kinderpflegeausbildung ist genau das Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Wollen wir wirklich, dass die Ausbildung noch länger dauert? Wollen wir wirklich eine Ausbildungsdauer, die von zwei auf drei Jahre erhöht wird? Das hätte nämlich zur Folge, dass der Weg zur Erzieherin plötzlich sechs Jahre dauert. Die dafür Interessierte möchte ich gerne finden; Sie können sie mir dann auch zeigen.

Ich habe erst kürzlich dem Landtag einen schriftlichen Bericht vorgelegt, wie es um die Kinderpflegeausbildung und die Modernisierung steht. – Lieber Herr Kollege, wenn Sie den gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass wir längst mit den Kitaträgern, den Verbänden und Schulträgern in engem und konstruktivem Austausch dazu stehen. Wir arbeiten gemeinsam daran, dass diese Ausbildung attraktiver und modernisiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt mit einer weiteren Falschbehauptung aufräumen. Bei 56 % der Beschäftigten, die an unserem Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung teilnehmen, übernimmt der Arbeitgeber die Kursgebühren ganz oder anteilig. Weitere 14 % erhalten eine andere Unterstützung, zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit. 30 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlen die Kursgebühr selbst. Im Rahmen der Ergänzungs- und Fachkraftqua-

lifizierung bekommen die Leute sofort ein Gehalt. Auch das ist die Wahrheit – aber nicht die Behauptung, die Sie in den Mittelpunkt stellen.

Diese Kurse und dieses Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung sind unglaublich attraktiv und werden gut angenommen. Auch hier braucht es Zahlen, die untermauern, was genau läuft. Das heißt, 19 Kurse mit rund 300 Absolventinnen und Absolventen sind abgeschlossen. 45 Kurse mit weiteren 650 Absolventinnen und Absolventen sind bald fertig; 99 sind in Planung. Das sind insgesamt rund 1.500 Absolventinnen und Absolventen. Das ist ein großer Erfolg. Ich freue mich wirklich über diesen großen Zuspruch, den wir gerade von Menschen erfahren, die den Quereinstieg in die Kinderbetreuung suchen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich erkennen wir ausländische Qualifikationen von Sozial- und Kindheitspädagogen sehr wohl an; was denn sonst? Die Einzelfallgenehmigung halte ich für richtig, weil sie ein schnelles und flexibles Mittel ist, um auch Menschen mit anderen Abschlüssen in diese Berufe bringen zu können. Wenn Sie sich die Statistik mit den Zeiten, die man zur Anerkennung der Qualifikation braucht, anschauen, werden Sie feststellen, dass die Sozialberufe diejenigen Berufe sind, die in der Anerkennung am schnellsten sind. Wenn alle Unterlagen vollständig sind, liegen wir bei 24 Tagen, ansonsten im Durchschnitt bei einem Monat. Hier wird also eine Falschbehauptung in den Mittelpunkt gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu Ihrer Forderung nach Stärkung der Kindertagespflege, die Sie seit Jahren wiederholen. Ich würde mir wünschen, dass Sie eine andere Platte auflegen. Ich habe bereits unzählige Male auf die fehlende Zuständigkeit des Freistaats hingewiesen; denn das Begehren liegt in der Zuständigkeit der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Stichwort: kommunale Selbstverwaltung.

Ein Letztes in Richtung der Kollegin Julika Sandt und der SPD: Die Studie, die wir in der letzten Woche von der Bundesfamilienministerin zur Kindertagesbetreuung gehört haben – "Kindertagesbetreuung Kompakt" – ignoriert die Realität und die Wünsche unserer Eltern vollkommen; denn sie blendet die Mittagsbetreuung aus. Die Mittagsbetreuung ist in dieser Studie nicht berücksichtigt, obwohl sie im Ganztag künftig rechtsanspruchserfüllend ist, wenn sie bis 16 Uhr angeboten wird. Das sollte man wissen.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen in Bayern bei der Kinderbetreuung auf einen Mix, nämlich aus dem offenen und gebundenen Ganztag und der Mittagsbetreuung. Es wird bei uns in Bayern so individuell und so regional unterschiedlich angenommen, wie es Eltern für ihre Kinder wünschen und brauchen, nicht wie es sich eine Bundesfamilienministerin vorstellt.

Zu den Fakten bei der Nachmittagsbetreuung unserer Grundschüler: Wir sind hier bei einem Wert von 56 %. Diese Studie stellt die Fakten falsch dar, stimmt also nicht; denn dann wären wir bei 36 %. 56 % unserer Grundschulkinder haben eine Nachmittagsbetreuung.

(Florian von Brunn (SPD): Wenn Sie die Omas mitrechnen!)

 Herr von Brunn, ich kann Ihnen noch die Zahlen geben und Ihnen genau sagen, wie viele Kinder im offenen und im gebundenen Ganztag sind, wie viele Kinder in der Mittagsbetreuung und im Hort sind, und zwar so, wie es die Eltern für ihre Kinder wünschen und brauchen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihre Forderungen sind wie ein Kratzer in der guten alten Schallplatte: Sie bleibt immer an derselben Stelle hängen.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie es nicht schaffen, es zu verändern!)

Es gibt keine Bewegung und keine Weiterentwicklung.

(Unruhe)

Falsch ist obendrein Ihre Defizittheorie. Wir setzen die Zahlen und Fakten entgegen. Hören Sie damit auf! Es ist schön, dass Sie dieses Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir sind auf einem unglaublich guten Weg für die beste Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder. Deshalb bitte ich, beide Dringlichkeitsanträge abzulehnen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Frau Staatsministerin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Florian von Brunn, das Wort. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Frau Scharf, die Situation in den Kitas – darauf will ich mich jetzt beschränken – ist leider ganz anders, als Sie es gerade schöngeredet haben. Ich kann es selber sagen, weil ich Vorsitzender der AWO München bin und wir viele, viele Einrichtungen haben. Ich habe in den letzten zwei Jahren viele Einrichtungen besucht. Egal ob in Mittelfranken oder in Oberbayern, überall stelle ich fest, dass Kitagruppen im notwendigen Maße nicht mehr betrieben werden können, weil das Personal fehlt. Was machen Sie in dieser Situation? – Sie haben den Leitungs- und Verwaltungsbonus abgeschafft und einen Personalbonus eingeführt. Das ist im Vergleich zu 2022 eine Kürzung der Mittel um 50 %. Sie legen in dieser brenzligen Situation die Axt ans Personal der Kitas. Alles, was Sie hier ankündigen, ist nichts anderes als Wahlkampf. Die Realität sieht anders aus. Da haben Sie versagt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Ulrike Scharf** (Familie, Arbeit und Soziales): Die arme AWO in München, wenn Sie da Vorsitzender sind und die Fakten nicht kennen! Das ist nicht sehr zuträglich.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie kennen die Fakten nicht!)

Was den Leitungs- und Verwaltungsbonus betrifft, wurde vom Begriff her ein Personalbonus eingeführt.

(Florian von Brunn (SPD): Minus 50 %!)

– Was Sie hier behaupten, ist überhaupt nicht wahr. Wir haben im Gegenteil bei den Assistenzkräften sogar draufgelegt. Damit es für Sie und für die Abrechnung der AWO als Träger richtig klappt und Sie Ihr Personal gewinnen und einsetzen können, bekommen Sie von mir ein Faktenblatt. Darin sehen Sie ganz genau, was zu beantragen ist. Wir können auch einen Kursus im KiBiG.web anbieten, damit Sie genau sehen, wie man es beantragt. (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Julika Sandt, FDP-Fraktion, das Wort.

Julika Sandt (FDP): Erstens: Sie sagen, die Ganztagsangebote gebe es nach Bedarf. Wo in Bayern können sich die Eltern noch frei entscheiden, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen, ob sie eine Mittags- oder Ganztagsbetreuung wollen? Ich kenne überall in Bayern viele Eltern, aber ich kenne keine Eltern, die sich das frei aussuchen können, wo es nach dem Bedarf geht und nicht nach der Mangelverwaltung vor Ort.

Zweite Frage: Wann veröffentlichen Sie die Förderrichtlinie für den Ganztagsausbau 2023, wie es andere Bundesländern schon getan haben?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Die Förderrichtlinie wird dann veröffentlicht, wenn sie verabschiedet und abgestimmt ist. Aber wir haben ein Ganztagsversprechen abgegeben und werden jeden zusätzlichen Platz, der im Ganztagsbereich ausgebaut ist, neben den Bundesmitteln mit Landesmitteln fördern. Zu diesem Versprechen stehen wir ganz klar. – Was war Ihre erste Frage?

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

– Frau Sandt, jetzt müssen wir von ganz unten und ganz vorne anfangen. Kinderbetreuung ist kommunale Pflichtaufgabe. Die Kommunen sind dafür zuständig, dass die Kinderbetreuung klappt. Wir stehen fest an ihrer Seite. Die Kommunen ermitteln nach dem Bedarf und den Wünschen ihrer Familien und Eltern, was sie vor Ort denn gerne möchten. In München haben wir sehr viel mehr Horte. In anderen Regionen ist die Mittagsbetreuung das bevorzugte Mittel. Wenn ich wieder andere Orte anschaue, beispielsweise Erding, dort ist der offene und gebundene Ganztag wahnsinnig nachgefragt. Wir orientieren uns also nicht daran, was Sie sich vorstellen, sondern daran, was die Eltern wünschen und was für die Familien gut ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Wir kommen zunächst zu dem Dringlichkeitsantrag, über den mit einfacher Abstimmung abzustimmen ist.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/30351 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Busch. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Plenk, Swoboda, Klingen und Rieger. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30349. Nehmen Sie bitte hierzu Ihre Abstimmgeräte. Die Abstimmung dauert drei Minuten. – Die Abstimmungszeit beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 12:40 bis 12:43 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Gibt es noch jemand, der seine Stimme abgeben will? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Dann ist hiermit die Abstimmung geschlossen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die vorher unter Ziffer 2 aufgerufenen Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen zuerst zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/30348, über den einfach abgestimmt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/30348 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda sowie der fraktionslose Abgeordnete Müller. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Sauter, Rieger und Busch. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Bis zur nächsten namentlichen Abstimmung müssen wir noch ein paar Sekunden warten.

Ich möchte die Zeit nutzen, um mich recht herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren zu bedanken. Danke, dass Sie mir das Leben nicht viel schwerer gemacht haben als die sprichwörtliche neunte Klasse. Danke auch für die Nachsicht, wenn hier irgendetwas nicht funktioniert hat. Danke auch für die gelegentliche Einsicht in sitzungsleitende Maßnahmen.

Allen, die nicht mehr antreten, wünsche ich ganz viel schöne Zeit für all die Dinge, die auch wichtig sind. Allen anderen wünsche ich, dass wir uns hier wiedersehen und uns in der nächsten Periode mit viel Respekt gegenübertreten können. Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Zeitlich war das eine Punktlandung. Wir können zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen.

Es geht um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREI-EN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/30366. Die Abstimmungszeit beträgt nun zwei Minuten. – Die Abstimmung ist hiermit eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12:46 bis 12:48 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn noch jemand im Sitzungssaal ist, der oder die noch nicht die Gelegenheit hatte, die Stimme abzugeben, dann möge er oder sie sich bitte melden. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Ich rufe nun noch zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern (Drs. 18/30350)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD) Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen (Drs. 18/30367)

(Unruhe)

Wenn im Hohen Haus wieder Ruhe einkehrt und die Plätze eingenommen sind, eröffne ich die Aussprache und erteile dem Kollegen Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es etwas gibt, das unsere bayerische Bildungspolitik in den letzten zwanzig Jahren beschreibt, dann ist es das inoffizielle Mantra: Bitte keine Veränderungen! Es ist also kein Wunder, dass eine der großen Reformen, die unserer Tage stattfindet, die Rückabwicklung einer alten, großen Reform ist, nämlich die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium.

Es ist kein Wunder, dass die Digitalisierung an Bayerns Schulen über zwanzig Jahre verschlafen worden ist und es erst eine existenzielle Krise brauchte, um die Mühlen unserer Kultusbürokratie endlich in Bewegung zu setzen, allerdings viel zu spät und auch viel zu langsam.

Draußen bricht mit künstlicher Intelligenz gerade ein neues Zeitalter individueller Fördermöglichkeiten an – adaptive Lernangebote, Learning Analytics usw. Doch für eine Umsetzung Bottom-up mit neuen Innovationen fehlt dieser Staatsregierung leider ein wirkliches Konzept.

In Zeiten von großen Veränderungen muss man leider festhalten: Stillstand ist eben Rückschritt. Diesen sehen wir mittlerweile deutlich, zum Beispiel in internationalen Vergleichsstudien, PISA oder IGLU, aber auch national beim IQB-Test oder bei den VERA-Vergleichsarbeiten, deren Ergebnisse wir als Parlament leider nicht mal auf Landkreisebene von dieser Staatsregierung zugeleitet bekommen können.

Nicht zuletzt sieht man diesen Rückschritt bei dem großen Schmerzthema für die Bildungsqualität, nämlich dem immer deutlicheren Lehrermangel an Bayerns Schulen. Hier braucht es endlich eine Strategie und kein Stückwerk. Wir müssen endlich vor die demografische Welle kommen und ihr nicht weiter hinterherlaufen.

Wir können es uns jetzt nicht mehr leisten, nur auf diejenigen zu setzen, die für eine Beamtenstelle auch bereit sind, im Zweifel vom Kultusministerium auf den letzten Drücker an das andere Ende von Bayern geschickt zu werden, weil eben dort gerade eine Stelle frei ist.

Wir müssen den Lehrerberuf für mehr junge Menschen attraktiv machen und diesen ein passendes Angebot liefern. Deshalb schlagen wir Ihnen heute einen echten Paradigmenwechsel vor. Dieser Paradigmenwechsel ist vom Gedanken der Eigenverantwortung getragen. Geben wir unseren Schulen also endlich mehr Freiheit, auch beim Personal. Wunschschulen und Wunschlehrkräfte müssen sich freier finden können. Ich sage dazu mal ganz einfach "It's a match" statt "It's a Stellenzuweisung". – Das ist es, was ein attraktives Lehramt in Bayern braucht.

Ich weiß, dann kommt von den Kritikern oft die Entgegnung: Ja, aber was ist denn dann mit den unattraktiven Schulstandorten in unserem Land? Da geht ja dann keiner mehr freiwillig hin. – Diesen rufe ich entgegen: Gerade wenn wir davon ausgehen, dass es unattraktive Schulstandorte in Bayern geben könnte, müssen wir uns doch endlich Gedanken darüber machen, wie wir diese wieder attraktiv machen können, zum Beispiel über Strukturzulagen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Dafür brauchst du ein Verfahren!)

Diese Problematik wird leider bisher unter den Teppich der Selbstherrlichkeit von CSU und FREIEN WÄHLERN gekehrt.

(Lachen des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Zukünftigen Lehrern sagt man damit eigentlich nur eines, nämlich: Wenn ihr eine Stelle haben wollt, dann müsst ihr eigentlich erst mal eine Weile in den sauren Apfel beißen.

Aber wer das sagt, der signalisiert generell: Wer Lehrer werden möchte, muss erst mal in den sauren Apfel beißen. Das ist ein Signal, das es nicht geben sollte. Wenn wir aber schauen, was zum Beispiel gerade bei der Anstellung von neuen Lehrkräften passiert, bei der Besetzung von freien, neuen Lehrerplanstellen, dann stellen wir zum Beispiel bei Realschulen fest, dass im letzten Jahr von den über 500 angebotenen Stellen 47 % nicht angenommen wurden, also weit über 200 Stellen. Das ist ein Problem, das kommt nicht von irgendwoher, darüber sollten wir uns Gedanken machen, und das müssen wir auch ändern.

Wir sagen, deshalb braucht es eine neue Dynamik, einen Wettbewerb um beste Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte in Bayern; denn nur wenn jede Schule individuell ihr Angebot verbessert und versucht, sich für Lehrkräfte attraktiver zu machen, werden der Beruf und das Arbeitsumfeld insgesamt attraktiver. Diese Dynamik können und sollten wir anstoßen.

Die Frage der Arbeitsbedingungen ist nämlich eine der zentralen Fragen für unsere Lehrkräfte in Bayern. Wenn wir ihnen also echte Wahlfreiheit geben, dann ermöglichen wir ihnen auch, dass das Druck ausübt und damit auch zu einer zentralen Frage für Sach- und Personalaufwandsträger wird, die sich dann auch stärker um die Zukunft von Schulstandorten bemühen müssen.

Lassen Sie uns also diese Dynamik durch mehr Freiheit anstoßen. Lassen Sie uns das auch vonseiten des Freistaats begleiten, indem wir unseren Schulen auch die Möglichkeit geben, konkurrenzfähige Angebote zu machen, und zwar auch für diejenigen, die gerade nicht auf die Vorzüge des Beamtensystems aus sind. Es braucht also gleichwertige Übertragungsmöglichkeiten der Mittel für eine Beamtenstelle inklusive der Pensionsvorsorge auf ein Budget für angestellte Lehrkräfte, das dann auch mit der Möglichkeit einer leistungsorientierten Bezahlung verbunden ist. Das ist auch eine Frage der Wertschätzung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist der Paradigmenwechsel, den wir für ein attraktiveres und ein moderneres Bildungssystem, ein attraktives Lehramt auch in Bayern möchten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen braucht es mehr Freiheit an unseren Schulen.

(Beifall bei der FDP)

Bildungsforscher wie zum Beispiel der von den PISA-Studien bekannte Andreas Schleicher sagen schon lange und klar: Diejenigen Bildungssysteme in der Welt, die klare Verantwortlichkeiten haben und mehr Freiheiten vor Ort ermöglichen, sind erfolgreich. So liegen zum Beispiel in den Niederlanden 85 % der für die Bildungspolitik relevanten Entscheidungsmöglichkeiten bei den Schulen vor Ort. In Deutschland sind diese bildungsrelevanten Entscheidungen nur zu 13 % vor Ort zu treffen. Auch in Bayern ist das ein Problem. Der Großteil wird hier zentral entschieden, und deshalb müssen wir das ändern. Wir müssen die Kultusbürokratie radikal

entmachten. Geben Sie unseren Schulen mehr Freiraum und das nötige Vertrauen!

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich zunächst die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt:

Erstens zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten!" auf Drucksache 18/30366: Mit Ja haben 97 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Weiter gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung" auf Drucksache 18/30349 bekannt: Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 105 Abgeordnete gestimmt. Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Dringlichkeitsantrag damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als Nächster erteile ich der Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Dr. Simone Strohmayr** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem kleinen Resümee beginnen. Diese Legislaturperiode war für die Schulen von riesigen Herausforderungen geprägt: COVID, Integration, Inklusion und Digitalisierung bei gleichzeitigem massiven Lehrkräftemangel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider setzt die Staatsregierung bei ihren Lösungsversuchen immer wieder auf die falschen Initiativen. Gestern habe ich erneut in den Medien gelesen, dass es diese Prämie geben soll, mit der Lehrkräfte aus anderen Bundesländern angeworben werden, zu uns nach Bayern zu kommen. Das sorgt erneut für Riesenunmut, und das ist verständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn das ist bildungspolitischer Raubzug. Schließlich haben sich die Länder untereinander geeinigt, sich nicht gegenseitig pädagogisches Personal abzuwerben.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Mecklenburg-Vorpommern macht das seit 2014 intensiv!)

Dabei sollten wir es einfach belassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung muss sich vielmehr selbst auf den Weg machen, ihre eigenen, selbstgemachten Probleme hier in Bayern zu lösen. Dazu wollen wir Ihnen heute noch einige Vorschläge mit in die Sommerpause geben. Wichtigster Schritt wäre –

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Untaugliche Vorschläge!)

– Hören Sie erst mal zu!

Wichtigster Schritt wäre, dass wir mit den vorhandenen Lehrkräften ordentlich umgehen, Herr Minister. Wenn ich ordentlich sage, dann meine ich: Wir müssen Lehrkräfte wertschätzen. Ich möchte – –

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Es gibt ja A 13!)

- Wertschätzen! Hören Sie gut zu, Herr Kollege! Dazu gehört eben auch, dass wir sie nicht kurz vor den Sommerferien, wie es in diesem Jahr wieder ist, zum Arbeitsamt schicken, weil sie den August nicht bezahlt bekommen. Diese Praxis ist schäbig. Im letzten Jahr waren es 713 Lehrkräfte. Für Sie ist das vielleicht eine kleine Zahl. Aber ich sagen Ihnen eines: Für jeden Einzelnen dieser 713 ist das eine höchst unangenehme Situation, und das ist schäbig im reichen Bayern, dass wir auf solche Mittel setzen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Wertschätzung, lieber Herr Kollege Gotthardt, Wertschätzung, sehr geehrter Herr Piazolo, sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit bekommen wir viel Post von angestellten Lehrerinnen und Lehrern und von Betriebsräten. Da schreibt zum Beispiel ein angestellter Lehrer – ich zitiere –:

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Lehrende, die verbeamtet sind, gehaltsmäßig wesentlich besser gestellt sind, da höhere Eingruppierungen möglich sind. Bei angestellten Lehrern wurde mir mehrfach versichert, dass auch bei besonderen Tätigkeiten solche Höhergruppierungen eben nicht vorgesehen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach so: Das aktuelle Besoldungssystem, das Gehaltsgefüge, ist immer noch ungerecht. Es ist nicht mehr zeitgemäß. Gerade in so einer Zeit, in der wir massiven Lehrermangel haben, in der wir händeringend Personal für unsere Schulen suchen, ist diese Politik doch kontraproduktiv. Das müssen wir doch ändern.

Dabei ist nicht nur die Bezahlung das Problem. Es geht auch darum, dass Menschen, die den Quereinstieg in die Schulen wagen, eine solide fachliche Begleitung bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es war schön, dass wir gestern A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte beschlossen haben. Das war wunderbar. Wir haben lange dafür gekämpft, liebe Margit Wild. Du hast mit mir viele Jahre gemeinsam im Bildungsausschuss gesessen, und wir haben dafür gekämpft, dass die Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich A 13 bekommen. Das war also schön.

Aber jetzt müssen wir uns eben auch den Lehrkräften widmen und denen Verbesserungen geben, die angestellt sind. Wir dürfen sie nicht vor der Sommerpause entlassen. Wir brauchen unbefristete Verträge. Wir brauchen höhere Entgeltgruppen. Wir brauchen eine angemessene Bezahlung, und wir brauchen vor allen Dingen Wertschätzung und Honorierung zusätzlicher Aufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Unsere angestellten Lehrkräfte leisten hervorragende Arbeit. Sie sind in so einer Zeit wie jetzt dringend erforderlich. Sie dürfen nicht zu Lehrkräften zweiter Klasse werden. Sie haben auch ein Recht auf Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns beim FDP-Antrag enthalten. Herr Piazolo, mit diesen Hausaufgaben, mit dieser Mehrarbeit für Sie möchte ich mich an dieser Stelle in die Sommerpause verabschieden. Ich möchte zum Schluss Danke sagen an alle Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. Sie haben in diesen schwierigen Zeiten ihren Mann und ihre Frau gestanden und haben uns geholfen, an den bayerischen Schulen zurechtzukommen. Seien Sie versichert, die Sozialdemokraten werden sich auch in Zukunft – wer auch immer hier an dieser Stelle stehen wird – für die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler einsetzen, damit es an unseren bayerischen Schulen gut vorangeht. Ich möchte mich auch herzlich für die gute Zusammenarbeit mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Haus bedanken. Es war nicht immer einfach, wir hatten oft unterschiedliche Ansichten. Es wird sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode noch einiges zu tun geben. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir in der Tat in diesen Sekunden eine ganz besondere Freude, hier zu sprechen. Ich möchte mich ganz eng an die Ausführungen des Vorredners und der Vorrednerin zu den Dringlichkeitsanträgen halten, in denen immer wieder von Wertschätzung die Rede war. Ich stelle fest, Bayern ist das Bildungsland Nummer eins. Wir als Regierungskoalition haben die höchste Wertschätzung für die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern sowie für alle Schulfamilien.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grund weise ich die Behauptungen in den beiden gegenständlichen Dringlichkeitsanträgen zurück, wonach keine Wertschätzung vorhanden wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Herr Kollege Fischbach, hören Sie ausnahmsweise einmal zu, dann könnten Sie vielleicht ausnahmsweise mal etwas lernen. Ich beginne gleich mit Ihrem Dringlichkeitsantrag. Ich schicke voraus, dass ich aus Zeitgründen nur wenige Anmerkungen machen kann, weil es sonst zu weit führen würde. Herr Fischbach, ich werde auch die Stellen nennen, die Sie nachlesen können, wenn Sie denn könnten. Aber irgendwie scheint eine permanente Verstockung vorhanden zu sein. Sie müssten nämlich eigentlich – so meine ich – lesen können.

Im Bildungsland Nummer eins ist es eindeutig so, dass es die wesentliche Aufgabe der Schulverwaltung ist, für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lehrkräfte zu sorgen, um in Bayern ein möglichst gleichmäßiges und bedarfsgerechtes Bildungsangebot bereitzustellen. Das wird gemacht. Als objektive Größe können nur die Schülerzahlen im jeweiligen Regierungsbezirk herangezogen werden mit dem Ziel einer gleichmäßigen Verteilung des Lehrpersonals.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das entscheidende Kriterium für die Personalverteilung, Herr Kollege, ist der Bedarf und nichts anderes. Der Bedarf hat an vorderster Stelle zu stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

 Jetzt hören Sie doch einmal zu. Ich möchte, dass Sie die Gelegenheit haben, am Ende dieser Legislaturperiode noch eine Kleinigkeit zu lernen. Individuelle Einsatzwünsche von Lehrkräften werden sehr wohl intensiv geprüft, um eine gewünschte Ortszuweisung zu ermöglichen. Bei dieser Ortszuweisung werden immer –

(Matthias Fischbach (FDP): Berufliche Schulen!)

– Herr Kollege Fischbach, das ist schon vor Ihrer Zeit so gewesen. Landtagsbeschlüsse sind zu berücksichtigen. Soziale Kriterien wie zum Beispiel die Pflege eines Angehörigen oder die Betreuung minderjähriger Kinder werden berücksichtigt. Wenn Sie das bayerische Bildungswesen aufmerksam studieren, werden Sie feststellen, dass das von Ihnen gewünschte Direktbewerbungsverfahren bereits dort, wo es möglich ist, gegenständlich ist. Das ist an den beruflichen Schulen aufgrund der Besonderheit dieses Lehramts der Fall. Das wird seit über 20 Jahren so durchgeführt. Neueinstellungen erfolgen dabei nach dem vorhandenen Bedarf an den jeweiligen Schulen. Das Direktbewerbungsverfahren wird von einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Versorgungsverfahren – einem Zuweisungsverfahren – ergänzt. Das geschieht dort, wo es möglich ist.

Sie weisen in Ihrem Dringlichkeitsantrag darauf hin, dass Faktoren wie Zusatzqualifikationen bei der Auswahl stärker berücksichtigt werden sollten. Ich sage Ihnen hierzu: Für Einstellungen gibt es eine gesetzliche Grundlage. Eine Einstellung muss nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Individuelle Einsatzwünsche werden möglichst in Einklang mit den individuellen Wünschen gebracht – das habe ich gerade erläutert. Sie wollen für die Anstellung leistungsorientierte Konditionen. Ich kann Ihnen nur sagen: Genau diese Leistungsgrundsätze – Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – stellen die gesetzliche Grundlage dar.

Sie fordern, dass das Personalbudget einer unbesetzten Beamtenstelle in gleicher Höhe für ein attraktives Angestelltenverhältnis zur Verfügung gestellt werden sollte – so steht es wörtlich drin. Hierzu sage ich Ihnen: Es ist Ihnen wohl entgangen, dass in dem Fall, in dem eine Stelle nicht mithilfe einer Planstelle besetzt werden kann, die Schulen Mittel erhalten, um Lehrkräfte befristet einzustellen. Die Bezahlung erfolgt dann je nach Qualifikation.

Liebe FDP-Fraktion, Sie fordern Leistungsprämien. Hier stelle ich die Frage, wo Sie denn zu Hause sind. Das Instrument der Leistungsprämie ist in Artikel 67 des Bayerischen Besoldungsgesetzes längst geregelt. Darüber hinaus können auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Geltungsbereich des TV-L – ich hoffe, Sie wissen was der TV-L ist, das ist der Tarifbereich – gehören, Leistungsprämien im Rahmen einer außertariflichen Maßnahme erhalten.

Alle Forderungen sind also erfüllt. Bitte schauen Sie sich das an. Schauen Sie sich auch die Webseite des Ministeriums an. Das kann man der SPD auch ins Stammbuch schreiben. Das gilt in gleicher Weise. Auch Sie reden von mangelnder Wertschätzung. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD wissen leider nicht, was sie geschrieben haben. Ihr müsstet euren Dringlichkeitsantrag eigentlich zurückziehen.

Als Erinnerung möchte ich Folgendes sagen: Wir hatten in puncto Planstellen bereits am Ende der letzten Legislaturperiode durch ein Programm zur Entfristung – aufgesetzt vom damaligen Staatsminister Bernd Sibler – Mittel im Umfang von 808 Planstellen bereitgestellt. Diese Verträge konnten dann für das Schuljahr verwendet werden. Das Schuljahr endet zum 31.07. eines Jahres und nicht zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt, wie das die SPD haben möchte.

Auf der Zielgeraden sage ich, wenn – so die SPD wörtlich – das Verfahren des Quereinstiegs fachlich besser begleitet und vereinfacht werden soll, um die Quali-

tät des Unterrichts zu sichern, kann man nur sagen, dass für die kommenden Jahre natürlich ein erhöhter Einstellungsbedarf besteht. Das Kultusministerium weitet daher bedarfsgerecht und zielorientiert längst die Angebote zum Quereinstieg an verschiedenen Schularten auch zum kommenden Schuljahr aus. Bitte lest das auf der Webseite des Ministeriums nach.

Sie fordern, dass die angestellten Lehrer eine Chance auf Verbeamtung haben sollten. Es ist heute von den Gegebenheiten her so, dass für voll ausgebildete und befristet beschäftigte Lehrkräfte stets die Möglichkeit besteht, sich um eine Verbeamtung oder eine unbefristete Stelle im Angestelltenverhältnis zu bewerben. Aktuell bestehen insgesamt gute Einstellungschancen, aber man muss die entsprechenden Anträge stellen. Wer das nicht in dieser Form machen kann oder will, dem steht immer noch der Quereinstieg offen. Da schließt sich der Kreis. Es ist für jeden nach den gesetzlichen Grundlagen – Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – im Bildungsland Nummer eins alles geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Hinsicht darf ich als Schlusssatz am Ende dieser Legislaturperiode an die demokratischen Fraktionen, vorrangig an die Regierungskoalition, Folgendes sagen: Unabhängig von den Ergebnissen am 8. Oktober sage ich Dank für diese Legislaturperiode, sage Dank für das gute Miteinander – wohlgemerkt an die demokratischen Fraktionen – über die Fraktionsgrenzen hinweg in 20 Jahren im Bayerischen Landtag.

(Ferdinand Mang (AfD): Warum betonen Sie das?)

Ich bedanke mich ganz herzlich und verneige mich vor euch.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN der Kollege Thomas Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FDP geht in die richtige Richtung. Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit; Schulen müssen mehr selber entscheiden können. Das ist für die Bildungspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz existenziell. Wir können so ein differenziertes Wesen wie ein Schulsystem nicht nur von München aus steuern. Die örtliche Situation an den Schulen ist unterschiedlich. Schulen müssen ein Profil entwickeln, und die Lehrkräfte müssen dafür arbeiten und das miteinander entwickeln. Deswegen brauchen Schulen mehr Selbstständigkeit.

Ich glaube aber, die Idee, die gesamte Lehrereinstellung nur den Schulen zu überlassen, greift nicht richtig. Wir haben genau dieses Problem, dass wir den Schulen mehr Selbstständigkeit geben wollen, dass wir aber gleichzeitig natürlich die Lehrerversorgung im ganzen Land sichern müssen.

Deswegen plädieren wir für dieses zweistufige Verfahren, das Verfahren der schulscharfen Einstellung: Zunächst kommen Lehrkräfte und Schulen zusammen, und Leute können sich dort bewerben. Man schaut, ob es passt, was sehr wichtig ist; denn wenn Schulen unterschiedliche Profile haben, dann müssen auch die Lehrkräfte zu diesen Profilen passen.

Wir haben diese schulscharfen Einstellungen schon an den beruflichen Schulen. Wir fordern und werden uns dafür einsetzen, dies an allen Regelschulen, an allen allgemeinbildenden Schulen entsprechend einzuführen, sodass zunächst Schule

und Leute zusammenfinden und dann die Lehrkräfte über das ganze Land verteilt werden können.

Wir sind da im Verzug. Wir müssen uns beeilen. Andere Bundesländer machen uns das vor. Ich habe jetzt mehrmals erlebt, dass ich mich mit Referendaren unterhalten habe – Alexander, du warst mit dabei –, die dann gesagt haben: Ja, ich habe in Bayern studiert, ich habe mein Referendariat gemacht, aber ich habe jetzt schon in einem anderen Bundesland die Wunschstelle an der Schule, an die ich eigentlich will; dann mache ich das, bevor ich warte, bis ich in Bayern ein Angebot kriege, von dem ich nicht weiß, ob es mir passt. – Ich glaube, wir müssen uns tatsächlich beeilen, den Arbeitgeber Land attraktiver zu machen als bisher.

Lieber Kollege Waschler, zum Land als Arbeitgeber muss man einfach sagen: Überheblichkeit ist aus der Zeit gefallen. Es ist einfach nicht mehr so wie zu unserer Zeit, als man froh war, dass man vier Tage vor Schuljahresbeginn eine Stelle bekommt und 400 Kilometer woandershin in Bayern muss und seinen Lebensmittelpunkt dahin verlegt. Heute ist es nicht mehr so. 10 % der Referendarinnen und Referendare treten ihre Stelle nicht mehr an, obwohl sie verbeamtet werden, und sagen: Nein, das passt mir nicht, da mache ich was anderes. Ich gehe in ein anderes Bundesland, oder ich gehe zu einem privaten Träger und mache etwas anderes.

Deswegen geht es wirklich darum, die Attraktivität und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um die jungen Leute und die Menschen für die Schulen zu gewinnen; denn wir haben tatsächlich ein Problem mit der Unterrichtsversorgung in Bayern.

(Alexander König (CSU): Vielleicht sollte man die Teilzeit mal einschränken!)

 Lieber Herr König, Sie waren ja lange in der Regierungsfraktion. Vielleicht sollten Sie sich mal überlegen, warum Sie nie den Mut hatten, die Teilzeit einzuschränken.
 Aber ich denke, die nächste Staatsregierung wird sich mit diesem Thema beschäftigen müssen.

(Alexander König (CSU): Da sind wir mal einer Meinung!)

Tatsächlich geht es darum, in der jetzigen Situation schnell zu handeln. Deswegen unterstützen wir auch den Antrag der SPD. Beim Antrag der FDP werden wir uns enthalten. Im SPD-Antrag geht es um konkrete Maßnahmen, wie wir die Situation an den Schulen, die einfach prekär ist, schnell verbessern können. Dazu gehört es eben auch, die angestellten Lehrkräfte besser in den Blick zu nehmen und attraktivere Arbeitsangebote zu machen. Wir sind in einer Konkurrenz. Wenn man da Ende Juli ausgestellt wird und vielleicht hofft, dass man im September wieder einen Vertrag bekommt, dann ist das nicht attraktiv. Man muss diese Leute durch solche Maßnahmen halten. Auch die weiteren Dinge sind sinnvoll. Wir werden sicherlich überlegen müssen, wie wir generell die Situation für Angestellte verbessern können.

Ein wichtiges Thema ist der Quereinstieg. Wer werden Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger über längere Zeit brauchen, weil über die Jahre hinweg nicht genügend Lehrkräfte eingestellt worden sind, viele Lehrkräfte auf der Straße gelandet sind und nicht im Schuldienst sind. Wir werden die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger brauchen. Da gibt es Angebote.

Aber man muss einfach sehen: Momentan können diese Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger oft nicht genügend begleitet werden. Eine Begleitung geht vor allem oft zulasten derer, die unterrichten, die eben nicht die Zeit haben, sich um diese Leute zu kümmern. Sie brauchen entsprechende Qualifikation. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir sehr schnell so etwas wie einen berufsbegleitenden Master-

Quereinstieg für Lehramt schaffen müssen, um Leute, die aus anderen Studiengängen oder anderen Berufen kommen, Leute, die vielleicht auch schon ein bisschen älter sind, zu begleiten und in die Schulen zu bringen.

Damit sind wir dann schon bei zwei Schlüsselthemen, auf die ich noch mal eingehen will. Das eine ist das Thema Lehrkräftebildung. Ich finde es ja schon immer bezeichnend für die Art und Weise, wie wir hier im Landtag miteinander Politik machen. Wir GRÜNEN haben kürzlich den Antrag gestellt, eine Kommission Lehrerbildung einzuberufen, um mit breiter Fachlichkeit das Thema zu diskutieren und dann Vorschläge für eine Lehrerbildungsreform zu machen, die ansteht, die auch der Ministerpräsident angemahnt hat. Unser Antrag ist dann abgelehnt worden, und kurz darauf erfährt man von einzelnen Leuten, dass sie irgendwie angerufen worden seien und jetzt doch so etwas wie eine Kommission kommen solle. Also ich finde, öffentlich klarer zu sagen, was Sache ist, und grüne Vorschläge gleich umzusetzen, wäre wirklich besser als dieses etwas verschwiemelte Verfahren, das wir jetzt gerade haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleich lief es ja beim Thema A 13 für Grund- und Mittelschullehrer\*innen. Das hat der Ministerpräsident, nachdem wir das Thema jahrelang gebracht haben, für die nächste Legislaturperiode angekündigt, zunächst mal für die Mittelschullehrer, so hieß es relativ unklar. Dann haben wir hier einen Gesetzentwurf eingebracht, das Besoldungsgesetz zu ändern. Dann haben Sie reagiert, und dann kam dieser Gesetzentwurf, dem wir gestern alle zugestimmt haben.

Ich würde mal sagen: Grüne Bildungspolitik gibt vor, wie es geht. Sie machen es dann gelegentlich nach. Aber uns allen ist klar: Die Zeiten, da wir einfach gelobt haben, wie grandios das Bildungssystem in Bayern ist, sind vorbei. Die Probleme sind zu groß. Wir brauchen eine andere Bildungspolitik nach der Landtagswahl. Wir brauchen einen inhaltlichen und personellen Wechsel. In diesem Sinne: Alles Gute und bis dahin!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Tobias Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich jetzt quasi dreifach: Zum Ersten hat mir mein Büro heute Morgen gesagt, dass das meine 170. Rede in dieser Legislatur hier am Pult ist. Zum Zweiten habe ich für diese Rede noch 8 Minuten und 13 Sekunden, eine Wahnsinnszeit. Aber keine Sorge, ich schöpfe sie nicht aus. Zum Dritten habe ich noch ein wunderschönes Schmankerlthema, das mir wieder der Kollege Fischbach aus der FDP-Fraktion präsentiert.

(Matthias Fischbach (FDP): Gerne!)

"Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern". Als ich diese Überschrift gelesen habe, war ich ja fast geneigt zu sagen: Super, ja, machen wir! Machen wir in Bayern. – Aber dafür brauche ich weder die FDP noch ihre Vorschläge, die dann kommen;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

denn diese Vorschläge haben nichts mit dem Titel zu tun. Sie schlagen alleine ein marktwirtschaftliches Zerschlagen unseres Beamtensystems vor. Der Ansatz bringt unsere Lehrer von der Sicherheit weg, die sie haben, die wir auch brauchen für un-

sere Lehrkräfte. Das bringt uns keinen Vorteil, weder in der Qualität noch in der Quantität unserer Lehrkräfte. Was Sie vorschlagen, ist kontraproduktiv für beste Bildung in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Kollege Waschler hat es ja schon sehr gut ausgeführt. Deswegen brauche ich auch keine 8 Minuten. Gerhard, vielen Dank dafür. Er hat ausgeführt, was Sie alles falsch sehen und falsch sagen. Wir haben schon vieles von dem, was Sie haben wollen. Die Leistungsorientierung; natürlich gibt es die Leistungsorientierung. Wir haben Leistungsorientierung im Beamtensystem, und die werden wir auch beibehalten.

(Matthias Fischbach (FDP): Sie müssen die rosarote Brille abnehmen, Herr Kollege!)

Die werden wir beibehalten. Wir werden das Beamtensystem nicht aufgeben.

Dann stellen Sie sich hier vorne hin und sagen, wir müssten Lehrkräfte an irgendwelche schlechteren und unbeliebteren Standorte bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Ich kenne in Bayern keine schlechte und unbeliebte Schule. Wir haben nur gute Schulen in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Allerdings haben wir Schwerpunkte. Wir haben Ballungszentren. Da brauchen wir Lehrkräfte. Deswegen schicken wir zum Beispiel aus der Oberpfalz Lehrkräfte nach Oberbayern, weil wir sie hier brauchen, aber nicht, weil die Schulen hier schlechter sind – das ist nicht der Ansatz –, sondern wir schicken die Lehrkräfte dorthin, wo wir sie brauchen, bedarfsorientiert. Das wird auch weiterhin so bleiben.

Trotzdem schauen wir genau darauf, wo wir den Lehrkräften entgegenkommen können. Auch da muss ich Ihnen widersprechen. Das tun wir doch jetzt schon. Wir tun es. Sie können sich drei Schulen aussuchen. Wir versuchen, den Wünschen nachzukommen, soweit es denn bedarfsgerecht geht. Ich kann Ihnen aus den vielen Erfahrungen, die ich habe, und aus den vielen Briefen, die ich als Bildungsausschussvorsitzender bekomme, sagen: Wir versuchen, in allen Fällen Einzelfallprüfungen durchzuführen, Sozialpunkte anzuerkennen und Lehrkräfte dorthin zu schicken, wo sie hinwollen. Das geht nicht immer, aber das ist doch auch klar: Sie sind Lehrkraft für Bayern, und in Bayern werden Sie eingesetzt; seien Sie froh, dass Sie nicht nach Rumänien oder sonst irgendwohin müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Matthias Fischbach (FDP): Ist das die Botschaft?)

Ganz kurz noch zur Kollegin Strohmayr. Frau Kollegin Strohmayr, wissen Sie, was mich bei Ihnen immer ärgert? – Sie sagen und schreiben immer Dinge – Frau Kollegin Strohmayr, wollen Sie mir zuhören? – Sie schreiben Dinge in Ihren Anträgen und sagen Dinge hier – Sie hört immer noch nicht zu. Frau Kollegin Strohmayr!

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Fünf Jahre lang hört sie nicht zu!)

Hören Sie doch einmal zu! Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen. Sie stellen sich hier vorne hin und sagen, wir würden zum Schuljahresende Lehrkräfte entlassen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Das stimmt nicht. Die Verträge laufen alle bis zum vorletzten Ferientag. Damit sorgen wir dafür, dass wir die Lehrkräfte, die wir weiter übernehmen können, ohne Bruch weiter einstellen können. Wir übernehmen unsere Lehrkräfte!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben die Zahl der befristeten Verträge auf das Minimum, das wir brauchen, zurückgefahren! Also stellen Sie sich hier nicht hin und erzählen so einen Schmarrn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Das stimmt einfach nicht! Was Sie erzählen, stimmt nicht. Und es stimmt auch nicht, wenn Sie sagen, wir würden jetzt plötzlich als einziges Bundesland Lehrkräfte von anderen abwerben. Das stimmt nicht. Das war ein guter Vorschlag vom Ministerpräsidenten, gemeinsam mit dem Kultusminister, den Staatssekretären und uns allen. Andere Länder machen das seit 2014.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: So ist es!)

Mecklenburg-Vorpommern wirbt seit 2014 händeringend um Lehrkräfte im Netz!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Gegensatz zu uns kriegen Sie aber keine. Sie kriegen keine, weil sie nicht die Guten sind!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, gerne auch der GRÜNEN, das Letzte, was ich Ihnen ins Stammbuch schreibe: Wenn Sie in Ihren Bundesländern, in denen Sie regieren, immer alle so gut sind, ja, warum haben Sie denn dann Angst vor Wettbewerb? Wenn Sie so gut wären, dann würde keine Lehrkraft von irgendeinem SPD- oder grüngeführten Land nach Bayern wechseln. Aber anscheinend sind Sie nicht so gut.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Deswegen werben wir weiter um Lehrkräfte. - Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Staatssekretär Roland Weigert: Hört, hört!)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächste spricht für die AfD-Fraktion die Kollegin Anne Cyron.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Anne Cyron** (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Zu beiden Anträgen gibt es eigentlich nicht besonders viel zu sagen,

(Florian von Brunn (SPD): Dann lassen Sie es doch! – Heiterkeit bei der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

außer: Es ist reines Wahlkampfgetöse – und nichts weiter.

Zum Antrag der FDP möchte ich ein paar Worte verlieren: "Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern". – Nun, mit der weltbesten Bildung an bayerischen Schulen wird es so schnell nichts werden, wenn wir die Bildung an die bayerischen Schulen nicht wieder zurückholen, die ideologische Indoktrination unserer Schüler beenden und die queeren Kabarettprogramme unseres Kultusministers aus den Schulen verbannen.

(Beifall bei der AfD)

Die gehören ins Rotlichtmilieu und nicht an die bayerischen Schulen. Wenn wir diesen Schritt nicht gehen, nützen auch alle Aktionsprogramme zur Gewinnung der besten Lehrer nichts.

Die Forderungen aus den vorliegenden Anträgen – ob sinnvoll oder nicht – könnten weder kurz- noch mittelfristig umgesetzt werden, gerade was die Besoldung betrifft; wir haben schließlich ein Bayerisches Besoldungsgesetz. Wir haben Tarifvereinbarungen für Lehrer im Angestelltenverhältnis, und darüber hinaus dürfte es keine Abweichungen geben.

Was ich noch nebenbei bemerken möchte: Sicher, Bayern mag attraktiv sein. Geografisch grenzt Bayern aber an Hessen an. Da müssen wir doch sagen, dass es in Hessen zum Beispiel bessere Verbeamtungs- und Einstellungsbedingungen gibt, an manchen Orten in Hessen vielleicht auch geringere Lebenshaltungskosten als in Bayern. Wir werden da – trotz der Prämien bei der Abwerbung der Lehrer aus anderen Bundesländern – sicher nicht besonders erfolgreich sein.

(Hans Urban (GRÜNE): Tschechien nicht vergessen!)

Positiv an diesem Antrag ist die direkte Bewerbung an den Schulen. Es muss möglich sein, dass sich Lehrer die Schulen aussuchen bzw. sich Schulen ihre Wunschlehrer aussuchen. Aber auch das wird im zentralistisch ausgerichteten Kultusbereich Bayerns nie möglich sein; denn die Gängelung der Lehrer war immer schon das Privileg des bayerischen Kultusministeriums.

Alles in allem ein wenig fundierter Wunschkonzertantrag, einzig passend für den Wahlkampf, wenn man noch mit letzter Kraft versuchen muss, ein paar Wählerstimmen zu erhaschen, um über die 3 % hinauszukommen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Michael Busch.

**Michael Busch** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Lehrerberuf muss dringend reformiert werden.

Mein Sohn ist Berufsschullehrer als Quereinsteiger und hat sich letztendlich mithilfe der Sondermaßnahme bei seiner Schule beworben. Er hat aber auch die Hürden erleben müssen, die so ein Einstieg mit Familie, aus einem Beruf kommend, mit sich bringt. Einer der tatsächlich unattraktiven Aspekte ist, dass ein normaler Lehrer einfach einer Schule zugewiesen wird – und das häufig auch noch sehr kurzfristig. Ich werde dem DA deshalb zustimmen. Er ist Teil einer notwendigen Reform. Da muss noch viel mehr folgen.

Ich werde meine Abschiedsrede nach nur fünf Jahren aber auch nutzen, um ein paar Gedanken aus Sicht eines fraktionslosen Abgeordneten loszuwerden. Einige von Ihnen haben ja bereits ihre letzte Rede nach 15 oder mehr Jahren hier in diesem Hause gehalten und, wie ich es sonst eigentlich nur von Trauerreden kenne, die schöne Zeit und die nahezu ausnahmslos gute Zusammenarbeit gelobt.

Nun, für Sie mag das vielleicht überwiegend sogar stimmen. Ich bin nach zehneinhalb Jahren als pragmatisch agierender Landrat nur fünf Jahre in diesem Parlament und habe deshalb vielleicht eine etwas andere Wahrnehmung, vor allem was den Umgang miteinander hier im Plenum angeht.

Ich habe ein teilweise arrogantes und respektloses Übereinanderschimpfen – wie auch gestern beim Schlussbericht des Untersuchungsausschusses –, ein Bashing gegen die Bundesregierung und wenig konstruktive, zielorientierte Zusammenarbeit wahrgenommen,

(Alexander König (CSU): Manche Abgeordnete sind monatelang gar nicht gekommen!)

ganz besonders bei den Regierungserklärungen, den Aktuellen Stunden und den sogenannten Dringlichkeitsanträgen. Das haben mir übrigens auch alle meine Besuchergruppen, die an Plenarsitzungen teilgenommen haben, so gespiegelt.

Dieser Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion ist ein wirklich gutes Beispiel. Er ist nämlich gut und richtig und durchaus wert, tiefer diskutiert zu werden. Nur wird er, wie alle Dringlichkeitsanträge aus den Reihen der Opposition zuvor, natürlich von der Mehrheit von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt werden. Als Showantrag, liebe FDP, Dringlichkeitsantrag genannt, also eigentlich viel zu schade.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was ich während der Zeit als fraktionsloser Abgeordnete als befreiend empfand? – Dass ich nicht mehr Gründe suchen musste, warum ich einen Antrag ablehne, sondern warum ich einem Antrag zustimme – und das quer über die Fraktionen; denn auch andere haben gute Ideen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie wieder in dieses Parlament einziehen, bedenken Sie, dass Politik mehr als je zuvor zusammenarbeiten muss, um gemeinsam Lösungen für die komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Nur die Fehler der anderen zu suchen, führt dazu, dass Sie die stärken, die hier im Parlament ganz rechts außen sitzen. Das macht mir, als einer, der aufhört, Sorgen.

Ich bedanke mich dennoch für viele interessante und gute Gespräche, für Begegnungen und Erfahrungen in diesen fünf Jahren. Ich wünsche Ihnen allen in Ihrem politischen wie privaten Leben alles Gute. Ich bedanke mich auch besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, vor allem beim Offiziantendienst, für ihre geleistete Hilfe und Unterstützung. Danke, Servus, leben Sie wohl!

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Abschließend spricht der Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der, wenn auch kurze, Beitrag aus der AfD-Fraktion hat wieder deutlich gemacht, warum Sie in diesem Haus nichts zu suchen haben

(Martin Böhm (AfD): Oje! – Andreas Winhart (AfD): Ihr werdet abgewählt! – Franz Bergmüller (AfD): Das ist eines Ministers nicht würdig!)

und warum wir in den nächsten Monaten im Wahlkampf alles versuchen werden, damit Sie nicht mehr in dieses Haus hineinkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Andreas Winhart (AfD): Träum weiter, du Kasperl!)

Das ist eine ganz bewusste Kampfansage. Was wir in den letzten Jahren in diesem Haus erlebt haben, das soll sich nicht wiederholen. Deshalb werden wir uns auch in diesem Wahlkampf alle gemeinsam – über die Grenzen hinweg – entsprechend anstrengen, das zu verhindern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ferdinand Mang (AfD): Macht nur so weiter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will konkret zu den Dringlichkeitsanträgen einiges sagen und zu den Grundprinzipien, die unsere Bildungspolitik seit Jahren und Jahrzehnten tragen. Eines der Grundprinzipien – das möchte ich deutlich unterstreichen – ist der Beamtenstatus. Daran wird schon wieder, gerade in dem Antrag, der jetzt von der FDP eingebracht wurde, gerüttelt. Das kennen wir. Da schließt sich der Kreis. Ich erinnere an die allererste Rede in dieser Legislaturperiode, damals von dem an Jahren ältesten Abgeordneten, die klar gegen die Beamtenschaft gerichtet war. Auch hier spürt man wieder, dass man am Grundprinzip rütteln möchte.

Wir stehen zu unseren verbeamteten Lehrern, es sind weit über 95 %. Das ist ein Erfolgsgarant in Bayern. Wir stehen zu allen Beamten in Bayern. Deshalb werden wir auch weiter daran festhalten, weil es Qualität sichert und Sicherheit schafft. Wir werden es wieder schaffen, den Großteil derjenigen, die sich bewerben, beinahe alle, auf Lebenszeit zu verbeamten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gehört zu den Grundprinzipien unserer Schulpolitik, und das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweitens. Qualität, hohe Leistung. Ich hatte das gestern erwähnt. Ich war gestern in der Aula der LMU. Dort waren tausend Lehramtsabsolventinnen mit Staatsexamina. Ich kann noch mal betonen – das kam vorher von der Opposition –: Ja, wir haben eine Kommission zur Lehrerbildung eingerichtet, übrigens nicht geheim, sondern es gab eine Pressemitteilung. Insofern kann man immer alles noch verbessern; aber wir stehen in Bayern zu unseren beiden Staatsexamina, zu hoher Fachlichkeit und zu schulartspezifischer Ausbildung. Natürlich kann man kritisieren. Das ist das Recht der Opposition. Das gehört zu einem solchen Haus dazu. Wir tauschen uns über die einzelnen Vorschläge auch intensiv aus.

Aber über unabhängige Studien, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nicht drum herumreden. Die unabhängigen Studien weisen nun mal seit Jahren Bayern als Bildungsland Nummer eins aus, entweder auf dem ersten oder zweiten Platz. Bayern ist auch jetzt zur Digitalisierung wieder das Flächenland, das am besten dasteht. Das ist die Arbeit von vielen Jahren, insbesondere auch der letzten Jahre. Da kann eine Opposition zwar andere Vorschläge machen, aber diese Arbeit ist Ausweis guter Bildungspolitik. Dafür vielen Dank an die Kollegen und insbesondere an die Regierungsfraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will das betonen: Dazu gehört selbstverständlich Wertschätzung – das leisten wir auch – und gute Bezahlung. Ich will daran erinnern, was wir hier gestern verabschiedet haben: ein Gesetz zur Schulfinanzierung mit zwei großen Bereichen. Auf der einen Seite nach jahrelangem Kampf und Anstrengungen A 13 als Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer – ein Riesenschritt und ein großer Kraftakt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auf der anderen Seite eine Privatschulfinanzierung, die sich auch nicht nur sehen lassen kann, sondern die hervorragend ist und wo wir überall – ich zähle es jetzt nicht auf – draufgesattelt haben. Beides zusammen – gestern ist es gesagt worden – wird in der nächsten Legislatur 700 Millionen Euro kosten. Das ist Wertschätzung: 700 Millionen Euro!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist eine riesige Summe, für die ich auch persönlich sehr dankbar bin. Das hat manches Haus nicht mal als Gesamtetat pro Jahr. Wir haben das zusätzlich bekommen, beschlossen von dieser Regierung unter großer Unterstützung beider Regierungsfraktionen.

Jetzt zu dem Thema, das der SPD-Dringlichkeitsantrag mit anspricht, nämlich Unterrichtsversorgung, Lehrerversorgung. Das ist eine große Herausforderung, aber nicht erst seit gestern

(Zuruf)

– hat auch niemand gesagt, nein –, sondern die ganze Legislatur. Ich will es noch mal erwähnen: Wir haben jedes Jahr das gleiche Verfahren. Selbst bei dem einen oder anderen Bildungspolitiker kommt es nicht an.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir hatten bei den Einstellungen in jedem der fünf Jahre einen höheren Bedarf, als die Zahl der Bewerber war. Das ist übrigens in den meisten Bundesländern so. Wir kennen diese Zahl ziemlich genau im Voraus und arbeiten jedes Jahr daran, diese Lücke zu schließen. Ich will Ihnen sagen, was wir in den Jahren jeweils gemacht haben.

2019: Schwerpunkt Zweitqualifikation. Tausende von Stellen wurden geschaffen. Wenn wir es nicht getan hätten, und ich weiß, dass SPD, GRÜNE und FDP damals dagegen waren, dann hätten wir Tausende von Lehrern weniger an unseren Grund- und Mittelschulen.

2020: Freiwillige Maßnahmen, dienstrechtliche Maßnahmen, übrigens als einziger Kultusminister in diesem Staat Deutschland. Wir haben es gemacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir es gemacht haben, was übrigens nicht leicht war – zu Recht haben sich Lehrer und Lehrerverbände auch beklagt –, um die Unterrichtsversorgung zu sichern, stehen wir so gut da im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

2021: Seitdem haben wir schon den Quereinstieg und die Sondermaßnahmen plus entsprechende freiwillige Maßnahmen.

2022: Intensive Werbung bei den Schülerinnen und Schülern und bei den Lehrern.

Jetzt, 2023: Sondermaßnahmen Quereinstieg mit Hunderten von Quereinsteigern. Aber ich sage auch dazu: hohe Qualität. Bei uns soll jeder Quereinsteiger die Referendarzeit absolvieren und sein zweites Staatsexamen machen. Das zeigt die hohe Qualität, während andere Bundesländer Bachelor-Abgänger einstellen, die einfach unterrichten. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal: Lehrerin und Lehrer zu sein, ist ein Qualitätsberuf, bedeutet eine hohe Professionalität. Daran werden wir auch nicht rütteln, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht bei unseren Quereinsteigern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zusätzlich – damit schließe ich diesen Bereich ab – haben wir Regionalprämien, übrigens genau in den Bereichen, wo wir die Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Genau da steuern wir per Regionalprämie. Das ist etwas, was in den Medien groß thematisiert wurde, was aber andere Bundesländer auch machen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Entschuldigung, aber ich habe jetzt mal ein bisschen für Ruhe gesorgt.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Kein Problem, danke schön. – Noch mal – die SPD wollte es wissen –: Entfristungen. Ich mache es in Stichpunkten: Wir haben schon 2019/2020 Entfristungsprogramme gemacht, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, um weniger befristete Verträge zu haben. 519 Stellen haben wir dafür aufgebracht, 2021/2022 noch einmal rund 300 Stellen. Diese Dinge haben wir alle klar geregelt. Auch jetzt sind die Regelungen für die Entfristung deutlich.

Lassen Sie mich zum Abschluss an unsere Schulgemeinschaft Dank sagen. Gerade die Corona-Jahre, aber auch das vergangene Jahr waren an der Schule sehr intensiv und sehr herausfordernd. Jetzt kam mit der Aufnahme von über 30.000 ukrainischen Schülerinnen und Schülern noch mal eine Riesenherausforderung. Ich will mich herzlich bedanken, natürlich bei den Lehrkräften und bei den Schulleitungen als Manager dieser großen Herausforderungen, aber auch bei unseren Fachund Förderlehrern, bei den Verwaltungskräften, bei den Eltern sowie auch bei den Schülerinnen und Schülern, dass sie diese Jahre mit Corona, aber auch die Herausforderungen der letzten anderthalb Jahre in dieser Art und Weise gemanagt und bestanden haben.

Trotz all dieser Herausforderungen wird deutlich: Bayern ist als Bildungsland unglaublich stark, nicht nur was Wissen und Können anbetrifft, sondern auch – das ist das Entscheidende, und da schließt sich auch der Kreis zu meiner Bemerkung am Anfang – weil wir Werte vermitteln und an unseren Schulen Persönlichkeiten entwickeln. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler – ich merke das bei jedem Schulbesuch – als Persönlichkeiten in unsere Gesellschaft hineinführen, und das gelingt uns; denn sie sind es, die Demokratie leben.

Ich darf an dieser Stelle, an der wir vor einem Wahlkampf stehen, sagen: Ich persönlich wünsche mir einen angemessenen Wahlkampf. Es wird ein streitreicher Wahlkampf, aber immer vor dem Hintergrund, dass wir Demokratie verteidigen und dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern jeden Tag ein Kampf um sie geführt wird. Dafür werden unsere Schülerinnen und Schüler entsprechend entwickelt durch politische Bildung und durch das, was an unseren Schulen stattfindet.

Deshalb sage ich meinen Dank an die gesamte Schulgemeinschaft und meine Hochachtung, meinen Respekt für das, was sie in den letzten Jahren geleistet hat. Wir werden uns bemühen, weiterhin mit voller Kraft Bayern als Bildungsland voranzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Bevor ich jetzt noch zwei Zwischenbemerkungen aufrufe, will ich darauf hinweisen, dass die Staatsregierung ihre Redezeit um sechs Minuten überzogen hat. Wird von den Fraktionen das Recht auf Widerrede in Anspruch genommen? – Das sehe ich nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Sitzungsunterbrechung! – Heiterkeit)

Dann rufe ich zur ersten Zwischenbemerkung den Kollegen Alexander König auf.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, können Sie uns vielleicht zum krönenden Abschluss noch mitteilen, wie hoch der prozentuale Anteil der in Teilzeit arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen ist? Sind Sie der Meinung, dass durch eine Einschränkung der Möglichkeit der Teilzeitarbeit die, wie Sie sagten, seit Jahren anhaltenden Probleme bei der Unterrichtsversorgung maßgeblich reduziert werden könnten?

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch mal ein Wahlkampfschub!)

Werden Sie, falls Sie in der neuen Legislaturperiode wieder der Kultusminister der FREIEN WÄHLER sein werden, dieses Problem in diesem Sinne angehen?

Präsidentin IIse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr König, natürlich haben wir hohe Teilzeitquoten, gerade auch an den Grundschulen; aber insbesondere an den Grundschulen sind über 90 % weibliche Kräfte tätig, die – und davon gehe ich aus – Kinder und Jugendliche schätzen, lieben und mögen. Deshalb wählen sie diesen Beruf, und deshalb liegt es auch nahe, dass man sich selber eine Familie wünscht und auch Kinder haben möchte. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir haben vorher über Wertschätzung und über Attraktivität geredet. Ich sage es ganz offen: Die Teilzeitmöglichkeiten, die wir Lehrerinnen und Lehrern einräumen, tragen ganz entscheidend zur Attraktivität dieses Berufs bei. Teilzeit macht attraktiv.

Sehr geehrter Kollege, deshalb wird das auch weiter Bestand haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ist das alles, was Ihnen dazu einfällt? Das ist ja lächerlich! – Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist ja eine gute Stimmung bei euch!)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Böhm.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ich habe eine Minute Zeit.

(Alexander König (CSU): Jämmerliche Antwort!)

Präsidentin Ilse Aigner: Martin Böhm macht die nächste Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Minister, genau dieses von Ihnen anfangs Ihrer Rede gepflegte AfD-Bashing, vollkommen ohne Not, ist das, was andernorts in Thüringen meinen Freund Robert Sesselmann in die Position des Landrats gehoben hat. Beginnen auch Sie hier bei uns im Hohen Haus, sich mit den wirklich guten Ideen unserer AfD-Fraktion auseinanderzusetzen. Wenn Sie das tun, dann kann es durchaus auch mit Aiwangers geflügeltem Wort klappen: Wir holen uns, in diesem besten Sinne, unsere Demokratie zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo** (Unterricht und Kultus): Ich habe meinen vorher geäußerten Bemerkungen nichts hinzuzufügen. Sie stehen für sich, und ich stehe dahinter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/30350 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Kollege Busch. Gegenstimmen! – Das sind die CSU und die FREIEN WÄHLER, die AfD und die fraktionslosen Kollegen Bayerbach, Klingen, Plenk, Swoboda und Sauter. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30367 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die fraktionslosen Kollegen Sauter, Swoboda, Plenk, Klingen und Bayerbach. Enthaltungen? – Keine.

(Zuruf: Doch, der Herr Busch!)

Der Herr Busch, danke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

# Schluss der Tagung und Einsetzung eines Zwischenausschusses (s. a. Anlage 3)

Bevor wir über die Einsetzung eines Zwischenausschusses einen Beschluss fassen, muss gemäß § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag geklärt werden, ob auch diesmal, wie in früheren Wahlperioden, vor dem Ende der Wahlperiode die Tagung geschlossen werden soll.

Wer damit einverstanden ist, dass am Ende dieser Sitzung die Tagung geschlossen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD und SPD und die fraktionslosen Kollegen und Busch. Gegenstimmen! – Das ist die FDP und die fraktionslosen Kollegen Plenk, Swoboda und Sauter. Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht.

(Unruhe)

Damit ist die Tagung am Ende dieser Sitzung geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Einsetzung des Zwischenausschusses. Nach Artikel 26 der Verfassung des Freistaates Bayern muss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung und zur Behandlung dringlicher Staatsangelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagung durch den Landtag ein Zwischenausschuss bestellt und dabei gemäß § 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch dessen Stärke bestimmt werden. Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass der Zwischenausschuss aus 51 Abgeordneten bestehen soll. Das entspricht einem Viertel der Mitglieder des Landtags. Außerdem ist für jedes Mitglied des Zwischenausschusses eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestellen.

Wer damit einverstanden ist, dass ein Zwischenausschuss mit 51 Mitgliedern eingesetzt wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD, FDP und die fraktionslosen Kollegen Bayerbach, Klingen und Busch. Gegenstimmen! – Das sind die fraktionslosen Kollegen Sauter, Swoboda und Plenk. Enthaltungen? – Keine. Dann ist hiermit beschlossen, dass wir einen Zwischenausschuss mit 51 Abgeordneten einsetzen.

Nach § 21 Absatz 2 der Geschäftsordnung richtet sich die Zusammensetzung des Zwischenausschusses nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen gemäß Sainte-Laguë/Schepers. Danach entfallen auf die CSU-Fraktion 21, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 7, auf die AfD-Fraktion 4, auf die SPD-Fraktion 6 und auf die FDP-Fraktion 3 Mitglieder. Außerdem haben die Fraktionen das Recht, für jedes Mitglied eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vorzuschlagen. Die Vorschläge der Fraktionen wurden in einer Liste zusammengefasst, die in Plenum Online einsehbar ist.

#### (Siehe Anlage 3)

Wer damit einverstanden ist, dass die in der Liste genannten Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt werden, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD, FDP und der fraktionslose Kollege Busch. Gegenstimmen! – Das sind die fraktionslosen Kollegen Sauter, Swoboda und Plenk. Enthaltungen! – Die fraktionslosen Kollegen Bayerbach und Klingen. Damit ist das so beschlossen. Die von den Fraktionen benannten Kolleginnen und Kollegen sind damit zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

## **Schlussworte**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Das war die letzte Vollsitzung dieser Legislaturperiode, und für einige Kolleginnen und Kollegen heißt es auch, Abschied aus diesem Parlament zu nehmen. Rund 50 von Ihnen, von euch kandidieren nicht mehr für eine weitere Legislaturperiode. Ich kann mir gut vorstellen, dass deshalb diese letzte Sitzung auch aufwühlend ist und bewegende Emotionen mit sich bringt. Sie haben, ihr habt mit viel Einsatz, mit viel Herzblut und mit viel Verantwortung für die Menschen hier in Bayern einen ganz besonderen Dienst an der Demokratie geleistet. Ich meine, das hat eine Würdigung verdient.

(Lang anhaltender allgemeiner Beifall)

Deshalb lassen wir diesen Dienst auch heute nicht einfach so ausklingen, sondern wir machen das anständig. Für die ausgeschiedenen und die neuen Mitglieder des Parlaments habe ich am 24. Oktober 2023 eine Veranstaltung geplant, bei der alle zusammenkommen können – um es mit den Beatles zu sagen: "Hello, Goodbye".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten November wurden bei Bauarbeiten im Maximilianeum historische Waffen und Munition aus der Zeit bis 1918 gefunden. Darunter war ein MG 08/15. Ganz und gar nicht "08/15" war diese 18. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags.

Was waren das für fünf Jahre? – 2018 sind zwei neue Fraktionen in den Bayerischen Landtag eingezogen, es gab eine neue Regierungskoalition, das Maximilianeum hat neue Fundamente und ein neues Dach erhalten, wir haben eine große Baustelle im Haus. In dieser Zeit ist die ehemalige Landtagspräsidentin Barbara Stamm verstorben. Auch haben wir eine neue Agenda für das Amt. Mir war es

insbesondere ein Anliegen, den Landtag in die Fläche, in die Regionen zu bringen, und zwar mit den "Orten der Demokratie", mit dem "LandTruck" und mit Projekten wie den "Isar-Detektiven". Das Motto: Wir feiern die Demokratie. Wir werben für die Demokratie. Wir stärken die Demokratie, und – unsere Zeit braucht es unbedingt – wir leben die Demokratie.

(Allgemeiner Beifall)

Niemand hat mit der Corona-Pandemie gerechnet. All das, was unser Miteinander ausmacht und wovon auch die Politik und speziell der Parlamentarismus lebt, war nicht mehr in gewohnter Weise möglich. Wir können nicht auf alles stolz sein, was während der Corona-Pandemie politisch und gesellschaftlich geschehen ist. Ich bleibe aber dabei: Wir haben nach dem Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle der Menschen in Bayern gehandelt, und wir haben Leben geschützt und Leben gerettet.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Der Bayerische Landtag ist in der sogenannten "Stunde der Exekutive" zur Höchstform aufgelaufen, und zwar als Ort der Debatte und als Ort der Entscheidung. Der Bayerische Landtag war zu jeder Zeit arbeits- und beschlussfähig. Die Demokratie war nicht im Shutdown. Die Parlamentsbeteiligung haben wir, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zusammen mit der Staatsregierung sichergestellt. Darauf dürfen wir definitiv stolz sein.

Trotz oder auch wegen Corona haben wir in dieser 18. Legislaturperiode mit 152 Sitzungen eine Rekordzahl an Sitzungen abgehalten. Es gab 5.248 Anfragen zum Plenum. 1.232 Ausschusssitzungen haben stattgefunden. 6.839 Schriftliche Anfragen hat es gegeben. Regierungserklärungen hat es 32 gegeben. 18 Befragungen der Staatsregierung haben stattgefunden. Man kann wirklich sagen: Dieses Parlament war in der 18. Legislaturperiode überaus fleißig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄH-LER und der SPD)

Inklusive der Haushaltsgesetze haben wir 124 Gesetzentwürfe verabschiedet. In dieser Woche haben wir allein über 23 Gesetzentwürfe und 2 Staatsverträge beraten. Zum Ende der Legislaturperiode hatten wir 4 Untersuchungsausschüsse. Unsere personellen, technischen und räumlichen Kapazitäten wurden ausgeschöpft. Die Abgeordneten und die Mitarbeitenden in der Verwaltung haben unter wirklich schweren Bedingungen beste Arbeit geleistet. Das ist eine umfangreiche und wirklich starke Bilanz. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Der Dank ist ein fester Bestandteil meiner Schlussworte. Ich möchte ihn an dieser Stelle aussprechen, weil ich weiß, wie schwer die Belastungen gerade während der Monate der Corona-Pandemie gewesen sind.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, dem Ältestenrat und dem Präsidium. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Amt, jenen in den Fraktionen und auch jenen in den Ministerien. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke den Diensten, die die Sitzungen im Plenum, in den Ausschüssen und in den Gremien vorbereiten und betreuen. Auch dafür vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke den Offiziantinnen und Offizianten, die stets ein Auge auf uns haben und auf unsere Bedürfnisse achten. Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke dem Stenografischen Dienst für – man muss wirklich sagen – Höchstleistungen, dem Besucherdienst, dem Fahrdienst, der Druckerei, der Pforte, der Poststelle, der Hausverwaltung, dem Reinigungsteam, der Telefonzentrale, den Mitarbeiterinnen im Kinderhaus MiniMaxi. Ich danke stellvertretend für alle Abteilungen und Stäbe ganz besonders unserem Amtschef Peter Worm sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch der Landtagspresse und allen Medien sowie der Polizei und dem Roten Kreuz. Vielen herzlichen Dank allen, die hier bei uns mitgearbeitet haben!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Corona-Pandemie hinter uns gelassen. Sie war auch für unsere Demokratie eine echte Herausforderung. Nach wie vor ist meine Diagnose: Die Demokratie ist zwar stark und hat sich auch während der Krise bewährt; aber sie steht massiv unter Beschuss, und zwar von innen und von außen. Viele hatten die Demokratie bereits für eine Selbstverständlichkeit gehalten. Aber deutlich wie schon lange nicht ist uns heute klar: Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen täglich für sie arbeiten und um sie kämpfen. Ja, wir müssen sie auch verteidigen.

Unsere Demokratie wird durch Feinde von außen bedroht. Putins Angriffskrieg gegen die freie, souveräne Ukraine ist auch ein Angriff auf den Westen, auf unsere Werte, auf Freiheit und Demokratie. Das war ein Schock, aber wir halten dagegen, weil wir auf der richtigen Seite stehen.

(Allgemeiner Beifall)

Wer die Ukraine – wie auch wenige hier im Landtag – nicht unterstützen will, argumentiert nicht nur zynisch und menschenverachtend, sondern auch kurzsichtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄH-LER und der SPD)

Es ist kurzsichtig; denn dann müssten wir Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine bei uns dauerhaft eine neue Heimat geben. Ich ahne, dass genau diejenigen, die lauthals A schreien, dann nicht bereit sind, auch nur B zu flüstern. Was bleibt? – Prorussische Propaganda ohne Sinn und Verstand!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Und damit bin ich schon bei den Gefahren von innen: Extremisten am rechten und linken Rand, islamistische Terroristen, radikalisierte Anhänger von Verschwörungserzählungen. Die Phänomene sind nicht neu; neu aber ist die teilweise enthemmte Stimmung, die aus den sogenannten sozialen Netzwerken und von den Straßen in die Parlamente hinüberschwappt – auch zu uns in den Bayerischen Landtag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin seit 33 Jahren gewähltes Mitglied verschiedener Volksvertretungen auf kommunaler Ebene, auf Landes- und Bundesebene. Mein Eindruck ist: Es ist kein Zufall, dass der Ton auch hier im Landtag spürbar verroht ist, seitdem im Jahr 2018 eine neue Fraktion in den Bayerischen Landtag eingezogen ist. Das ist eine Zäsur!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Von hier oben behandle ich alle Abgeordneten und Fraktionen gleich. Ich stelle sicher, dass alle Abgeordneten im Parlament dieselben Arbeitsbedingungen erhalten sowie die Interessen der Abgeordneten und der Fraktionen gewahrt werden. Ich übe mein Amt als Parlamentspräsidentin unparteilsch aus, und dafür stehe ich auch ein. Ich bin aber keine neutrale Person. Ich bin Demokratin, und ja, ich lasse mir den Mund nicht verbieten,

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

erst recht nicht von einer Partei, die sich am äußersten rechten Rand positioniert, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet und als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird und die hier im Haus vor allem durch Streit, Eklats und Provokationen aufgefallen ist.

Dazu war zu lesen, man habe den "Kuschelmodus" im Bayerischen Landtag beendet. Nun, ich kann Ihnen aufgrund meiner langjährigen Abgeordnetentätigkeit und insbesondere auch aus Erfahrung als Staatsministerin hier im Haus sagen: Kuschelig war es hier noch nie, sondern immer wettbewerbsorientiert.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Der Bayerische Landtag ist bekannt für klare Worte, sowohl bei der Regierung als auch bei der Opposition, eine scharfe Auseinandersetzung in der Sache und eine mitunter auch harte inhaltliche Debatte. Davon lebt der politische Wettstreit, davon lebt die Demokratie.

Was neu ist und was wir hier bis 2018 nicht kannten, sind permanente Störungen, die Verächtlichmachung des politischen Gegners, und – noch schlimmer –: des Parlaments und der Verfassungsorgane. Es gab Entgleisungen: der bewusste Eklat bei der Gedenkstunde mit der Shoah-Überlebenden Charlotte Knobloch, die Gasmaske am Rednerpult, die Märtyrer-Inszenierung auf eigenen Kanälen, etwa weil einem Abgeordneten die reguläre Redezeit ausgegangen war, die Bewerbungsrede zum Vizepräsidenten des Hohen Hauses, in der es ein Kollege fertigbringt, mehrere Verschwörungstheorien in einem Satz unterzubringen, die Mär von der "Islamisierung des Abendlandes" und vom "Bevölkerungsaustausch" verbreitet und über irgendeine "Besatzungsmacht" schwurbelt. Ganz klar: So redet kein Vizepräsident, so redet ein Spaltpilz!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zusätzlich gibt es die unzähligen kleinen Sticheleien, Spott, Schmähungen, Ablenkungsmanöver und Unsachlichkeiten. Das schadet nicht nur unserer Debattenkultur, das schadet auch unserer Demokratie. Das ist inakzeptabel.

25 Rügen wurden in dieser Wahlperiode ausgesprochen, davon die meisten in eine Richtung. Über Jahrzehnte gab es überhaupt keine Rüge, und zwar nicht, weil hier "gekuschelt" wurde, sondern weil hier bei allen Unterschieden und allem Streit Respekt geherrscht hat – Respekt vor dem Gegenüber, Respekt vor dem Volk, das wir vertreten dürfen, Respekt vor unserem Land und Respekt vor unserer Demo-

kratie. Dieser Respekt wird jetzt von einigen mit Füßen getreten, und zwar genau von denen, die sich selbst als Patrioten inszenieren. Das ist keine Stärkung der Demokratie und keine Stärkung der Meinungsfreiheit. Das schwächt unser Land.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Für mich steht fest: Das nächste Präsidium sollte alles in seiner Macht Stehende tun, um die Debattenkultur in unserem Land und in diesem Haus zu schützen, um sie zu stärken und um Entgleisungen künftig schärfer zu sanktionieren. Wenn Rügen, für die sich jeder vernünftige Abgeordnete schämt, in manchen Kreisen als Trophäe gelten, brauchen wir ein neues Instrument. Wer glaubt, Hass und Hetze gehörten zur Leistungsbilanz eines Volksvertreters, muss für diesen Irrtum dann eben bezahlen.

Ich bin fest entschlossen zu verhindern, dass der Demokratie auf der Nase herumgetanzt wird.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Deswegen bin ich auch für eine schärfere Hausordnung. Jedem muss klar sein: Wer hier mit menschenverachtenden Zeichen oder Sprüchen auftritt, fliegt raus!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Radikale reden und handeln radikal. So weit, so schlecht. Ich will aber auch die breite Mitte ermutigen, nicht über jedes Stöckchen zu springen. Nicht jede Aktion verdient eine Reaktion. Nicht jeder Aggression muss mit Empörung begegnet werden. Für den Ton hier im Hohen Haus tragen wir alle letztendlich Verantwortung. Maß und Mitte ist Ausdruck von Souveränität. Kommen wir also bitte mehr von der Sache her, und lassen wir uns nicht mitreißen!

Irgendwie ist es paradox: Einerseits zeigt sich weltweit, was passiert, wenn Demokratie fehlt, wenn Freiheit geraubt wird, wenn Unterdrückung und Unmenschlichkeit regieren. Menschen gehen im Kampf für Demokratie und Freiheit auf die Straßen, riskieren und opfern sogar ihr Leben – in der Ukraine, im Iran, in Afghanistan, in Belarus, in Hongkong oder auch in Russland. Gleichzeitig wenden sich Menschen hierzulande von der Demokratie ab, freiwillig und vorsätzlich, bis hin zum rechtsradikal inspirierten Volksbegehren mit dem Ziel, den Landtag aufzulösen. Das Querdenker-Volksbegehren war ein Rohrkrepierer, aber auch ein Warnsignal.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Idee, das Parlament auszuhebeln, gibt es ebenso am extrem linken Rand und unter radikalen Klimaaktivisten. Auch dort werden Recht und Parlamentsbeschlüsse nicht akzeptiert und wird unsere staatliche Ordnung infrage gestellt. Ich kann nur sagen: Das erfordert eine glasklare Antwort des Rechtsstaats!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist an uns Demokratinnen und Demokraten, die Errungenschaften der Demokratie herauszustellen. Das will ich gerade heute, am historischen Datum des 20. Juli, mit einer besonderen Eindringlichkeit sagen. Es ist an uns, unsere Demokratie zu stärken, ihre Akzeptanz, das Vertrauen und die Zuversicht. Das sage ich auch mit Blick auf den Endspurt jetzt im Wahlkampf. Ich sage es in Richtung der breiten Mitte und bitte um Zurückhaltung mit Funda-

mentalkritik. Scharfe inhaltliche Auseinandersetzung: ja, unbedingt, aber kein Kurzund Kleinschlagen, bis alle beschädigt sind. Das schadet am Ende unserer Demokratie und kostet auch Vertrauen in die Fähigkeit und Funktionalität der Demokratie. Noch einmal mein Appell: Lassen wir uns nicht mitreißen!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern haben am 8. Oktober die Wahl, eine wirklich freie Wahl mit offenem Ausgang. Unsere Demokratie ist echt, lebendig und keinesfalls formal.

(Martin Hagen (FDP): Bravo! – Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREI-EN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir müssen uns die Demokratie nicht zurückholen. Wir müssen gemeinsam für unsere Demokratie kämpfen! Darauf kommt es an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Eine parlamentarische Demokratie sichert Repräsentanz, Mitsprache und Teilhabe. Wir alle zusammen stehen dafür ein: Unsere Parlamente funktionieren. Das sollte jedem hier im Haus auch bewusst sein. Die Menschen haben die Wahl. Dabei geht es um viel. Gehen wir raus, und werben wir für unsere Ideen! Machen wir unsere Demokratie noch stärker! Geben wir acht auf unser Land und aufeinander! – In diesem Sinne wünsche ich allen einen schönen Sommer.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Und nun erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die 18. Wahlperiode neigt sich ihrem Ende zu. Die fünf Jahre seit der letzten Wahl waren für niemanden einfach. Die globale Pandemie, der schreckliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, unsere Abhängigkeit von russischen Rohstoffen und die daraus folgende Teuerung haben auch unsere Arbeit hier im Parlament bestimmt.

Aber nicht nur das. Es wurde immer sichtbarer, was die letzten Jahre und Jahrzehnte in unserem schönen Bayern liegen geblieben ist. Es fehlt an Arbeitskräften in allen Bereichen. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinken wir hinterher. Immer noch haben nicht alle Kinder die gleichen Startchancen im Leben. Auch die Klimakrise hat keine Pause gemacht, und ihre Folgen werden auch in Bayern immer deutlicher: Hitze, Dürre, Überschwemmungen, durchwachsene Ernten für unsere Landwirte. Und wäre das alles nicht schon genug, machen sich Demokratiefeinde – –

(Abgeordneter Ralf Stadler (AfD) tritt an das Rednerpult, hält ein Plakat in die Höhe und ruft: "So schaut's aus! So schaut's aus!" – Zurufe: Raus! Raus! – Unruhe)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Herr Kollege, hiermit erteile ich Ihnen eine Rüge. Das ist dann die 26.

(Beifall – Weitere Zurufe: Raus! Raus! – Ruth Müller (SPD): Raus, aber flott! – Martin Hagen (FDP): Nicht einmal in der letzten Sitzung! – Der Abgeordnete

Ralf Stadler (AfD) wird von einem Offizianten weggeführt – Anhaltende Unruhe)

**Katharina Schulze** (GRÜNE): Gerade als ich über die Demokratiefeinde reden wollte, trat einer neben mich. Da sieht man: Zu den ganzen Herausforderungen, vor denen wir stehen, kommt noch etwas on top: Die Demokratiefeinde aus dem In- und Ausland machen sich breit, auch hier in diesem Parlament.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Sie arbeiten aktiv daran, unsere Demokratie zu schwächen, unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand zu zerstören.

Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen persönlich Danke sagen für Ihre klaren Worte zur AfD. Die kann ich alle unterschreiben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

Das, was gerade in unserer Gesellschaft passiert, muss alle Demokratinnen und Demokraten aufrütteln. Eine Sache ist doch klar: Wir werden die vielen parallelen Krisen nur in unserer Demokratie lösen. Nur dort gibt es die Vielfalt, die Innovation, die Solidarität, die Stärke, den Mut und die Kraft, sich diesen großen Herausforderungen zu stellen. Deswegen ist es entscheidend, dass wir als Vertreterinnen und Vertreter unserer demokratischen Parteien auf einem stabilen Wertefundament stehen. Wir Abgeordnete und die Regierungsmitglieder müssen dabei Vorbild sein: wie wir sprechen, wie wir miteinander ringen und vor allem wie wir es mit der Demokratie halten. Unsere Demokratie muss nicht zurückgeholt werden. Sie ist hier, und sie ist lebendig.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Eines macht die Demokratie ganz besonders aus: der Austausch, die Diskussion mit Argumenten, mit Werten, mit Fakten. Wenn wir die Fähigkeit verlieren, entlang der Realität zu diskutieren, dann ist das eine Gefahr für die Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lügen, Feindbilder aufbauen und dumpfe Emotionen – das löst doch keine Probleme, das schafft nur neue. Populismus trennt immer, Populismus verbindet nie. Populismus will Probleme vergrößern und nicht lösen. Es ist ein Unterschied, ob wir hart um die Sache streiten oder ob wir der politischen Konkurrenz Unterstellungen und Falschbehauptungen an den Kopf werfen. Sie kennen mich jetzt schon seit 10 Jahren. Für das Streiten um Konzepte und Ideen bin ich immer zu haben; die Menschen erwarten nämlich ernsthafte Lösungen und ernsthafte Debatten von uns.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Anstand statt Kulturkampf, und das zu Recht. Eine populistische Showpolitik verhindert auch das ernsthafte Arbeiten an den vielen Herausforderungen. Das ständige Heruntermachen und die verbalen Rundumschläge vergiften das politische Klima, und das in einer Zeit, in der es mehr denn je Zusammenarbeit bräuchte. Es ist also unsere Verantwortung, es nicht anderen Ländern nachzumachen und zu einer gespaltenen Gesellschaft zu werden. Es ist auch unsere Verantwortung, einem Zurück in dunkle Zeiten rechtzeitig entgegenzutreten und unser weltoffenes Bayern mit aller Kraft zu verteidigen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es alle: Die Zeiten sind nicht einfach. Die Aufgaben, vor denen wir alle stehen, sind groß. Das Gute ist: In unserem Land gibt es unglaublich viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für das Gemeinwesen einsetzen. Es gibt unzählige Unternehmerinnen und Unternehmer, die für ein gutes Morgen arbeiten. Ganz oft sind diese Menschen nicht laut, weil sie schlicht keine Zeit haben, zu motzen, zu meckern, zu hassen und zu hetzen. Diese Menschen in unserem Land packen an. Sie erwarten deshalb zu Recht von uns Politikerinnen und Politikern, dass wir das Gleiche tun. Es ist also unsere Aufgabe, mit Mut voranzugehen und die Angst vor Veränderungen zurückzulassen. Es ist unsere Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuführen und Orientierung in nicht einfachen Zeiten zu geben. Es ist unsere Aufgabe, jetzt die Weichen zu stellen, damit es auch in Zukunft gut für uns alle ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ob das in dieser Legislatur uns allen gelungen ist, wird wahrscheinlich unterschiedlich bewertet. Ich denke aber, wir sind uns in einer Sache einig: Wir hätten unsere Arbeit nicht geschafft ohne die Unterstützung von ganz vielen großartigen Menschen. Deswegen möchte ich mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bei den Damen und Herren des Landtagsamtes und den Landtagsbeauftragten bedanken, die dafür sorgen, dass wir unsere parlamentarische Arbeit gut leisten können. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und ein großes Dankeschön an die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von uns Abgeordneten. Sie haben uns die letzten fünf Jahre durch Höhen und Tiefen begleitet. Vielen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ein großes Dankeschön auch an die Präsidentin und das Präsidium, an die Offiziantinnen und Offizianten, die Damen und Herren an der Pforte, den Besucherdienst, den Fahrdienst, den Stenografischen Dienst, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Garderobe, die Beschäftigten in der Gaststätte und im Reinigungsteam, die ITler, die die Übertragung der Ausschüsse möglich gemacht haben, die Sanitäterinnen und Sanitäter, die Mitarbeiterinnen im Kinderhaus Mini-Maxi und ein Dankeschön an die Polizistinnen und Polizisten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Danke auch an die Damen und Herren der Landtagspresse, die über unsere Arbeit im Landtag berichten und als freie Presse ihre Aufgabe in der Demokratie wahrnehmen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich bei Ihnen von den demokratischen Fraktionen für die letzten fünf Jahre bedanken: für das Miteinander, für pointierte Debatten, für feinsinnige Zwischenrufe und für gute Gespräche über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Für einige Kolleginnen und Kollegen ist das heute die letzte Plenarsitzung. Sicher schwingt Wehmut mit. Vielleicht ist auch ein bisschen Erleichterung und Dankbarkeit für diese Möglichkeit im Leben da. Sie hören jetzt auf mit der Landespolitik. Zum Teil haben Sie diese viele, viele Jahre mitgeprägt. Ich sage Danke für Ihre Arbeit für die Demokratie.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Den Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien, die noch einmal zur Wahl antreten, wünsche ich persönlich alles Gute. Die nächsten Monate werden intensiv. Ich wünsche Ihnen allen viel Kraft und ein unterstützendes Umfeld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt unsere Demokratie am Herzen. Mir liegt Bayern am Herzen. Ich denke, das gilt für die meisten hier. Lassen Sie uns das also auch zeigen. Lassen Sie uns gemeinsam in einen Wahlkampf gehen, der zu einem Wettstreit der besten Ideen führt, einen Wahlkampf, der anhand von Fakten geführt wird, einen Wahlkampf, der die Brandmauer gegen Rechts hochzieht, und einen Wahlkampf, auf den die Bürgerinnen und Bürger stolz sein können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄH-LER, der SPD und der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Als Nächster spricht der Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren und viele, die vielleicht zuschauen und diese Worte heute ganz besonders wahrnehmen! Es ist wieder Sommer, die vermeintliche Sommerpause, und doch ist alles anders und nicht so wie jedes Jahr. Wir haben es gerade gehört: Das Ende der Legislaturperiode steht an und ein spannender, wahrscheinlich sehr hitziger und fiebriger Wahlkampf vor der Tür.

Viele von uns bereiten sich auf den Wahlkampf vor, scharren mit den Füßen, dass es losgeht, und fragen sich, wie es dann ausgehen wird. Manche neuen Karrieren werden geplant, es gibt Hoffnungen darauf, was nach der Wahl passiert, man weiß nicht, ob man ins Parlament einzieht oder nicht, und hat eine Position im Kopf. – Ich weiß ein bisschen, welche Hoffnungen es da gibt; ich war einmal junger Abgeordneter. Dann enden auch lange Lebenswege von vielen, die über Jahrzehnte hier im Parlament waren.

Für mich ist das einfach wichtig – das möchte ich sagen –, weil es trotz allem nicht nur um Zusammenarbeit und eine Fraktionsgemeinschaft geht, sondern auch viele Freundschaften entstanden sind. Es gibt Menschen, die mich lange begleitet haben. Ilse Aigner und ich waren damals, 1994, die jüngsten Abgeordneten; wir dürfen weitermachen. Andere wie zum Beispiel mein Freund Thomas Kreuzer, Ernst Weidenbusch, Klaus Stöttner, Alexander König und viele andere haben sich entschieden, einen anderen Weg zu gehen.

Manche glauben, Politiker seien nur Karrieristen. Manche glauben, es ginge nur um Karrieren. Wenn ich an Stefan Schuster denke, dann stelle ich fest: Wir haben uns im Stimmkreis oft beharkt und sind am Ende doch gemeinsam zum Beispiel für Nürnberg da gewesen. Es ist etwas anders, als viele glauben. Politiker sind auch Menschen, haben viele menschliche Herausforderungen, kämpfen für ihr Land. Jeder von Ihnen hat Großartiges geleistet. Es ist eine Riesenkarriere im Leben, dieses Land vertreten zu dürfen, Abgeordnete und Abgeordneter zu sein. Seien Sie stolz darauf! Sie alle haben Unglaubliches geleistet. – Herzliches Dankeschön dafür.

### (Allgemeiner Beifall)

Ja, der Ton ist insgesamt rauer geworden, nicht nur von rechts, sondern insgesamt. Es ist insgesamt etwas schriller geworden, und manche Debatte ist von Brüllen, Kreischen und manchen Aktionen geprägt. Das ist vielleicht ein bisschen der Zeitgeist, den wir alle erleben. Trotzdem möchte ich sagen, dass wir unser Land in den letzten fünf Jahren gut beschützt haben und in den letzten fünf Jahren trotz

schwerster und einmaliger historischer Krisen gut durchgebracht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Darum bleibt am Ende die klare Aussage: Bayern hat funktioniert, der Staat hat funktioniert, und ganz besonders hat die Demokratie in Bayern funktioniert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

#### (Allgemeiner Beifall)

Natürlich ist der Prozess der Demokratie heute ein anderer als vor 30 Jahren; da darf man sich auch nichts vormachen. Durch soziale Medien und andere Kommunikationsformen findet heute politische Diskussion nicht nur im Hohen Haus statt. Sie findet in der Tat schon auf der Straße und im Netz statt, nicht immer nur mit guten Begleiterscheinungen. Aber das ist ein Teil unserer demokratischen Realität. Umso wichtiger ist es aber, dass eine Bündelung, ein Ausgleich, eine Balance, ein Abwägen und eine gemeinsame Diskussion stattfinden und am Ende dann auch eine Entscheidung auf breiter demokratischer Basis getroffen wird. Das ist das Parlament.

Die repräsentative Demokratie, wie wir sie haben, hat sicherlich ihre Schwächen. Sie hatte immer ihre Schwächen und wird ihre Schwächen auch behalten. Nicht alles kann perfekt sein, aber vergleichen wir trotzdem einmal, wie es woanders in der Welt ist. Ich kann mich daran erinnern, dass man in meiner politischen Jugend zu Leuten, die hier alles schlecht fanden, gesagt hat: Dann schaut einmal nach drüben. – Ich rate jedem bei uns, der der Meinung ist, unser Land sei eine Katastrophe: Treten Sie einmal in Moskau vor dem Kreml mit solchen Schildern wie hier auf! – Mal sehen, was dann passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist doch ein Unterschied wie Tag und Nacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Eines ist aber auch wahr: Auch wenn wir manches ablehnen und kritisieren – ich habe keine Angst, dass deswegen der Untergang droht –, haben doch die Menschen Sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, in Deutschland und auch in Bayern, sind schon tief verunsichert: Es gibt eine Krise nach der nächsten, und die Frage ist, wie es vor allem für diejenigen, die nicht gerade auf Rosen gebettet sind, weitergeht. Einige schultern es leichter; viele andere tun sich sehr, sehr schwer. Selbst wenn die objektive Lage des einen oder anderen besser scheint, ist nicht jeder in der Lage, das auch für sich selbst zu schultern und zu schaffen.

Darum muss unsere Aufgabe als Parlament, als Staat und als Regierung auch sein, an alle zu denken und nicht nur an diejenigen, von denen wir glauben, dass sie uns unmittelbar wählen würden. Es ist ein Bestandteil der Demokratie und auch von Wahlkämpfen, aber wir müssen an alle denken. Eines will ich Ihnen trotz mancher negativen Stimmung sagen: Haben wir denn nicht ein Glück, dass wir in Bayern leben? Haben wir denn nicht diese Krisen besser überstanden als andere? Haben wir denn nicht trotz manchen Frusts, den es gibt, auch unglaublich viel Bayern-Hoffnung?

Unserem Land geht es nach zwei Krisen besser als den meisten, und - ich sage es einmal so - 90 % der Bayern leben gerne in Bayern, und 90 % der Weltbevölkerung wäre wirklich froh, wenn sie hier in Bayern leben dürfte, meine Damen und Herren. Auch das ist Teil unserer Realität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich will nicht Kennzahlen herunterleiern, über die sich der eine ärgert und der andere freut. Aber die Wahrheit ist: Ob ökonomisch oder sozial, ob wirtschaftlich oder technologisch, ob mit Blick auf Lebensqualität, unsere Natur beispielsweise, ganz besonders auf unsere enormen Traditionen, unser Ehrenamt und unsere bäuerliche Kultur – all das macht die Vielfalt des Landes aus. Darum ist Bayern immer ein ganz besonderes Bundesland.

Natürlich wollen wir uns nicht über andere erheben; das ist schon klar. Aber wir halten jedem Vergleich in Deutschland stand, und wir halten jedem Vergleich in der Welt stand, meine Damen und Herren. Das ist auch das Ergebnis gemeinschaftlicher Arbeit hier im Parlament. – Ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir da so weit gekommen sind!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Mein besonderer persönlicher Dank gilt für das Verhalten in der schwersten Krise, die wir hatten: die Corona-Krise. Meine Damen und Herren, es war die schwerste Krise, weil sie zunächst einmal überhaupt keiner auf dem Schirm hatte und es dafür auch keine Blaupause gab. Gerade am Anfang wussten wir auch nicht, was uns alles droht. Die WHO hat am Ende geschätzt, dass ungefähr 20 Millionen Menschen weltweit an Corona gestorben sind. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Ersten Weltkrieg. Das war eine ganz reale Herausforderung.

Seien wir doch bitte einmal ehrlich: Was haben wir gerade am Anfang alles gemacht? Wir waren uns gar nicht sicher, ob wir da durchkommen. Es gab keinen Impfstoff, es gab keine Masken, es gab gar nichts. Wir als Parlament mussten handeln. Ich bedanke mich persönlich bei Ihnen allen und in dem Fall auch gerade bei der Opposition für das damals enge und konstruktive Miteinander.

Nicht jede Verordnung mag sich im Laufe der Zeit als perfekt erwiesen haben, aber gerade am Anfang, als es darum ging, die große Katastrophe abzuwenden, habe ich hier im Parlament fast überhaupt keinen Widerspruch erlebt, sondern im Gegenteil gute Vorschläge, die manchmal auch per SMS ausgetauscht wurden, mit Ideen, man könnte das oder das machen. Was war die Bilanz? – Über 130.000 Leben wurden gerettet, unsere wirtschaftliche Struktur wurde erhalten, und unglaublich viele Menschen im Gesundheitswesen wurden mobilisiert; über 3.000 sind neu in das System gekommen. Es gab mehr Intensivbetten, Pandemielager und Impfungen; das Ganze war ein enormer logistischer Kraftakt.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns manchmal darüber, dass man für etwas einen Zuschuss besorgt hat, bei eigenen Dingen irgendetwas erreicht und geholfen hat, aber wenn wir uns einmal wirklich überlegen, wo wir für uns alle und in unserem Leben den größten politischen Ertrag sehen, dann frage ich: Gibt es am Ende eine größere und lohnendere Aufgabe, als Leben zu retten? – Ich danke wirklich allen im Parlament, die das so großartig mitgetragen haben, und ausdrücklich auch der Opposition.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir streiten hier oft auch über Bundesthemen. Das freut die einen und ärgert die anderen, je nachdem, wie die Lage ist. Wir müssen über den Bund reden, weil die Weichen auch dort gestellt werden. Am Ende sieht man auch, wie es sich ändert. Vor fünf Jahren fand die Opposition alles mies, was in Berlin gemacht wurde. Heute hat man eine größere Bereitschaft, es zu beklatschen, und umgekehrt. So sind nun ein Stück weit die Reaktionsmechanismen. Das ist kein Vorwurf.

Mein Wunsch ist nur, dass wir in diesen Krisen eines schaffen: den Draht zu den Menschen zu behalten, den Draht zur normalen Bevölkerung zu erhalten. Das macht jeder auf seine Art, der eine glücklicher, der andere weniger glücklich. Aber wenn uns dieses Gefühl abhandenkäme, dann wären wir tatsächlich nicht mehr die Repräsentanten. Ich sage das hier bewusst, weil jetzt viele Kollegen ausscheiden. Es gibt einige Kollegen, die immer in hohen Ämtern waren, die immer nah an der Macht mit Entscheidungsbefugnissen waren. Es gibt ganz viele Abgeordnete, die sehr emsig und fleißig unterwegs sind. Diese werden auch von Journalisten oft belächelt: Der geht zum Kleingartenverein, der geht zum Brauchtumsverein. – All das ist enorm wichtig, um Tuchfühlung und Kontakt zu haben oder, wie man es modern sagen würde, um online mit den Menschen zu sein. Ich halte es für ganz entscheidend, nicht nur ein Bild von sich zu schicken, zu posten oder miteinander zu reden, sondern tatsächlich auch anfassbar zu sein und zu erleben. Das wird auch in der Zukunft unsere Aufgabe sein. Das ist Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es reicht nicht, nur über die Krise zu kommen. Das ist für uns auch wichtig. Krisenmanagement ist das eine, aber vorausschauend zu agieren, ist das andere. Wo steht Bayern in den nächsten fünf, zehn Jahren? Das bewegt uns. Es muss unser Ziel sein, dass unser Land nachhaltig und natürlich bleibt, lebensfroh und lebenswert ist – das ist einer unserer Grundpfeiler –, fortschrittlich und frei ist.

Die Lebensart Bayerns "Leben und leben lassen" muss unser Leitstern sein. Wir müssen alles tun, um Menschen zu motivieren. Wir haben so tolle Unternehmen und so tolle Engagierte. Wir müssen daran arbeiten. Das ist eine der schwierigsten Aufgaben überhaupt. Wir machen Gesetze, Gesetze, Gesetze. Wir machen Verordnungen, Verordnungen, Verordnungen und Tausende von Verwaltungsvorschriften. Die Wahrheit ist: Ein bisschen erstickt die Eigeninitiative so unglaublich vieler Menschen, obwohl wir es bestimmt gut meinen. Aber mit immer neuen Regeln, mit neuen Verboten und neuer Bürokratie demotivieren wir einen großen Teil der Menschen, die für unser Land eigentlich etwas Gutes tun könnten.

### (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns etwas für die Menschen – nicht für uns – tun, etwa sozial durch Familien- und Pflegegeld, durch eine kostenlose Meisterausbildung, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben und die es nur in Bayern gibt, und durch Forschungsideen. Ich habe heute früh wieder zwei große Unternehmen besucht. Siemens entscheidet sich für uns, hier neu zu investieren. Zu nennen sind auch Bosch und MAN. Apple kommt neu zu uns; übrigens nicht, weil wir ihnen Subventionen hinterherwerfen, sondern weil wir mit Hightech eine Strukturentscheidung treffen, wie sie Strauß und Goppel in den Siebzigerjahren, Stoiber und andere in den Neunzigerjahren getroffen haben. Das ist nachhaltige, aktive Struktur- und Wirtschaftspolitik für unser Land wie kaum eine andere.

### (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können uns im Ergebnis sehen lassen und brauchen uns nicht schlechtreden zu lassen. Natürlich können wir es noch besser machen. Das ist nicht die Frage. Wenn wir endlich die 10 Milliarden Euro vom Länderfinanzausgleich haben, dann können wir hier im Bayerischen Landtag jeden Zuschussantrag abnicken. Wir tun das, was Bayern braucht und was für unser Land und die Menschen gut ist – nicht das, was wir denken, was uns gefällt. Das ist ein bisschen ein Unterschied: Wir sind bei den Leistungsdaten besser als andere. Ich finde auch, dass unser Regierungsstil – das ist meine persönliche Auffassung – anders ist als der Regierungsstil woanders. In Bayern hat gutes Regieren Tradition!

#### (Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Dank richtet sich nicht nur ausdrücklich an meine Fraktion und an unser Team in der Staatsregierung. Ich sage ganz bewusst auch ein Dankeschön dem Partner, den FREIEN WÄHLERN. Wir sind eine Koalition und keine Fusion. Das wollen wir, glaube ich, auch nicht? – Nein. Wir haben unterschiedliche Stile und, selbst in den Fraktionen, unterschiedliche Temperamente, manchmal auch unterschiedliche Ansichten. Aber am Ende – das will ich jetzt ausdrücklich sagen – sprechen Ergebnisse und Stil des Regierens für sich. Deswegen danke ich nicht nur der Mehrheitsfraktion, sondern ausdrücklich unseren Partnern von den FREIEN WÄHLERN, allen Kabinettskollegen, für die hervorragende und sehr gute Zusammenarbeit.

## (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss noch ein persönliches Wort: Auch für mich waren es fünf harte Jahre, etwa an Tagen, an denen man nicht wusste, wie es überhaupt ausgeht. Ich denke dabei an Corona. Bei uns gibt es keine Vier-Tage-Woche, sondern eine Sieben-Tage-Woche. Man fährt kreuz und quer durch dieses wundervolle Land. Ich hielt unglaublich viele Regierungserklärungen – die meisten, die je ein Ministerpräsident in einer Legislaturperiode abgegeben hatte –, vor allem wegen Corona. Es gab 180.000 Bürgeranschreiben, unzählige Anfragen und natürlich die hoch motivierten Untersuchungsausschüsse, die wir gestern Abend alle abschließend beraten haben.

Wissen Sie, was ich interessant finde? – Neben der Begegnung mit den Bürgern, die oft kritisiert wird, zu der ich aber stehe, weil ich sie wichtig finde, haben in der Zeit 120 Staatsgäste und Diplomaten Bayern besucht. Es soll sich bitte keiner wundern; denn Bayern hat in der Welt einen unglaublichen Ruf. Wir sind nicht irgendeine Provinz – wir sind einer der stärksten Sehnsuchtsorte in der Welt. Daher müssen wir uns immer so darstellen. Bayern ist eben nicht nur Tradition – Bayern ist auch Fortschritt, Bayern ist Zukunft. Wie sagte der österreichische Bundeskanzler Kreisky einmal? – Er fährt gern nach Bayern, weil er dann nicht mehr in Österreich, aber noch nicht in Deutschland ist. Das ist ein bisschen unsere Zeit.

## (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Präsidentin, liebe Ilse, ich danke dir ganz persönlich für diese starke und klare Einordnung zu Beginn. Ich selber habe das auch erlebt, übrigens nicht nur im Parlament und durch das Parlament, sondern auch außerhalb, was es da an Drohungen und Attacken gab. Ich habe manches vorgelesen. Glauben Sie mir, das waren eher die harmloseren Dinge. Das ist übrigens nichts, was man vergisst, sondern man ist sich immer dessen gewahr, dass es in unserem Land Menschen gibt, die, wenn sie so etwas schreiben, so etwas auch mal tun könnten oder auf dem Weg dorthin sind; denn bösen Gedanken folgen böse Worte und bei ganz wenigen vielleicht auch böse Taten. Es ist wichtig, sich dagegen zu wehren. Ein Ministerpräsident darf weder Gaudibursch noch Marktschreier sein. Auch kann ich nie allen alles versprechen. Das kann ich nicht. Das ist auch nicht meine Aufgabe.

Ich muss ein Stück weit versuchen, gemeinsam mit Ihnen dieses Land zusammenzuhalten, umsichtig zu führen und zu entscheiden. Da mag nicht jedem alles gefallen. Das ist Demokratie. Wie soll es auch anders sein? Aber es ist wichtig, Schutz, Halt und Hoffnung zu geben; Halt für diejenigen, die Sorge haben, es nicht zu schaffen, und Hoffnung für diejenigen, die mehr wollen, die Lust auf Zukunft haben und nicht nur jammern. Das ist unsere Herausforderung.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung: Lassen Sie uns bei allen Sorgen, bei allem Ärger, bei allem Frust und bei aller Verunsicherung – und diese ist da, und darauf müssen wir reagieren – auch zeigen, was wir für Kraft haben, was wir für

Hoffnung haben und was wir noch schaffen wollen. Dieses ermüdete Deutschland, dieses Langsamerwerden in Deutschland braucht auch Kraft. Es braucht auch Schwung. Es braucht auch Hoffnung. Nichts ist für immer, und nichts ist abgeschlossen. Wir können jeden Tag unser Schicksal verändern und verbessern.

Deswegen bleibe ich dabei: Für mich ist es wie für Sie alle eine große Ehre, hier zu arbeiten. Ich habe die Position eines Landtagsabgeordneten immer ganz, ganz hoch geschätzt. Sie ist etwas ganz Besonderes. Es gibt viel mehr Professoren als Landtagsabgeordnete. Es gibt viel mehr Manager als Landtagsabgeordnete. Es gibt fast alles mehr als Landtagsabgeordnete. Das ist eine exklusive Tätigkeit. Wer kann sagen, dass er von so vielen Menschen gebeten, unterstützt und gewählt wurde, etwas zu erreichen? Wer kann einen solchen Dienst für sich in Anspruch nehmen? Ich finde, das ist etwas Wunderbares.

Eine Demokratie braucht Demokraten, und sie braucht immer auch demokratische Vorbilder. Das ist übrigens der Auftrag, den hier jeder Einzelne von uns hat. Sie alle sind Evangelisten der Demokratie. Sie alle sind Botschafterinnen und Botschafter für den Rechtsstaat, für den wir stehen, und für dieses wundervolle Bayern. Lassen Sie uns es deswegen auch so ernst nehmen. Lassen Sie uns deswegen so handeln, so auftreten und Hoffnung machen. Wie sagte Ernst Jünger einmal? – Ein Leben in Hoffnung ist besser als eines in Furcht – und ich füge hinzu: in Wut. Ein Lächeln kann mehr heilen als lautes Schreien, meine Damen und Herren.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen alles Gute. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, auch hier im Hohen Haus. Danke auch an die Opposition – mehr muss es nicht werden.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In diesem Sinne: Herzliches Dankeschön. Alles, alles Gute! Gott schütze Bayern, Gott schütze den Landtag und Sie alle und Ihre Familien. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Ministerpräsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun sind wir endgültig am Ende dieser Sitzung und dieser Legislaturperiode. Gehen Sie nach Hause, machen Sie ein paar Stunden frei.

(Heiterkeit)

Bleiben Sie auf alle Fälle gesund. Passen wir bitte gegenseitig aufeinander auf. Kommen Sie gesund wieder. Alles Gute für einen neuen Lebensabschnitt.

Die Tagung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14:41 Uhr)

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten! (Drucksache 18/30366)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		Х	
Adjei Benjamin		Х	
Aigner Ilse	Х		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	Х		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	Х		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons	X		
Brannekämper Robert	Х		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von <b>Brunn</b> Florian		X	
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin		Х	
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex	Х		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert			
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		Х	
Eck Gerhard	Х		
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute	Х		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias	Х		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Faltermeier Hubert	X		
FehIner Martina		Х	
Fischbach Matthias	X		
FlierI Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans	Х		
Friedl Patrick		Х	
Fuchs Barbara		Х	
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
- Cuttoniborgor Folia			
Häusler Johann	X		
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo			
Halbleib Volkmar		Х	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X	^	
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X	<u> </u>	
Högi Petra	X	-	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard	X		
Huber Martin			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. <b>Kaltenhauser</b> Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		Х	
Köhler Claudia		Х	
König Alexander	X	1	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		Х	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		- /	
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		Х	
Ture out the			
<b>Ländner</b> Manfred	Х		
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. <b>Loibl</b> Petra	X		
Lorenz Andreas	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		Х	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd			
Markwort Helmut	X		
Dr. <b>Mehring</b> Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		Х	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		Х	
Dr. <b>Müller</b> Ralph		Х	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	Х		
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzinger Stephan	X	.,	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		Х	
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		Х	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. <b>Rieger</b> Franz	X		
Rinderspacher Markus		Х	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		Х	
Rüth Berthold	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan	X	Х	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
	^		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		V	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		Х	
Schwab Thorsten	X	.,	
Schwamberger Anna		Х	
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sengl Gisela			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		Х	
Steinberger Rosi		Х	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	Х		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone		Х	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
SHODOUG INGIITIUIIU		_^	
Tasdelen Arif		Х	
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	Х		
Trautner Carolina	Χ		
Triebel Gabriele		Х	
Urban Hans		Х	
Vogel Steffen	Х		
Wagle Martin	Х		
Waldmann Ruth		Х	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	Х		
Dr. Weigand Sabine		Х	
Weigert Roland	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		Χ	
Winhart Andreas		Х	
Winter Georg			
Zellmeier Josef	Х		
Zierer Benno	Χ		
Zwanziger Christian		Х	
Gesamtsumme	97	65	0

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD, Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung (Drucksache 18/30349)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	Х		
Aigner Ilse		Х	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		Х	
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		Х	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		Х	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		Х	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		Х	
Bozoglu Cemal	Х		
Brandl Alfons		Х	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von <b>Brunn</b> Florian	Х		
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael	Х		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		Х	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		Х	
Dremel Holger		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Duin Albert			Х
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		1	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		<u> </u>	
Enders Susann		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X	ļ	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		Х	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		Х	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
<u></u>		'	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
	^	X	
Hauber Wolfgang Haubrich Christina	X	_^	
	X		
Hayn Elmar Henkel Uli	^		
		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

			1
Name	Ja	Nein	Enthalt
			mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		-
Kaniber Michaela			-
Karl Annette	X	.,	
Kirchner Sandro		X	-
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	-
Ludwig Rainer		X	
		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Magerl Roland		X	-
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd			
Markwort Helmut	X	V	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X	X	-
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep Dr. Müller Ralph	^	X	
Müller Ruth	X	^	
Muthmann Alexander	X		
Mutimann Alexander	^		
Nussel Walter		X	
ITUSSEI VVAILEI			-
Dr. Ootzinger Stephen		X	
Dr. Oetzinger Stephan Osgyan Verena	X		-
Osgyani verena	^		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	^	X	-
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
FIGHT WAINUS		_ ^	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		Х	
Pschierer Franz Josef	Х		
Radler Kerstin		X	
RadImeier Helmut		Х	
Rauscher Doris	Х		
Regitz Barbara		Х	
Reiß Tobias		Х	
Riedl Robert		Х	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		Х	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		Х	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	''	Х	
Schalk Andreas		X	+
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		Х	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		- / (	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	7.	Х	
Schwamberger Anna	Х		
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		Х	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		- / (	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	Х		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		Х	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		Х	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		Х	
Tasdelen Arif	X	.,	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Triebel Gabriele	Х		
<b>Urban</b> Hans	Х		
Vogel Steffen		Х	
Wagle Martin		Х	
Waldmann Ruth	Х		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	Χ		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	Х		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		Х	
Zwanziger Christian	Х		
Gesamtsumme	60	105	1

## Mitteilung

## Bestellung eines Zwischenausschusses

Von den Fraktionen werden die nachstehend genannten Mitglieder des Landtags zur Bestellung in den Zwischenausschuss vorgeschlagen:

CSU-Fraktion	
Mitglieder	Stellvertretung
Thomas Kreuzer	Johannes Hintersberger
Tobias Reiß	Berthold Rüth
Prof. Dr.	
Winfried Bausback	Angelika Schorer
Alexander König	Helmut Radlmeier
Tanja Schorer-Dremel	Martin Huber
Jürgen Baumgärtner	Dr. Ute Eiling-Hütig
Eric Beißwenger	Benjamin Miskowitsch
Robert Brannekämper	Sylvia Stiersdorfer
Wolfgang Fackler	Klaus Steiner
Alexander Flierl	Alex Dorow
Petra Guttenberger	Norbert Dünkel
Dr. Gerhard Hopp	Walter Nussel
Thomas Huber	Karl Straub
Manfred Ländner	Max Gibis
Martin Schöffel	Peter Tomaschko
Kerstin Schreyer	Thorsten Schwab
Dr. Harald Schwartz	Dr. Petra Loibl
Bernhard Seidenath	Josef Schmid
Prof. Dr.	
Gerhard Waschler	Steffen Vogel
Josef Zellmeier	Andreas Schalk
Hans Herold	Barbara Regitz

## Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglieder	Stellvertretung
Gülseren Demirel	Cemal Bozoğlu
Ludwig Hartmann	Markus Büchler
Jürgen Mistol	Max Deisenhofer
Verena Osgyan	Barbara Fuchs
Tim Pargent	Claudia Köhler
Stephanie Schuhknecht	Toni Schuberl
Katharina Schulze	Ursula Sowa
Gisela Sengl	Rosi Steinberger
Florian Siekmann	Martin Stümpfig
Anna Schwamberger	Christian Zwanziger

## Fraktion FREIE WÄHLER

Mitglieder	Stellvertretung
Florian Streibl	Susan Enders
Dr. Fabian Mehring	Dr. Hubert Faltermeier
Gabi Schmidt	Dr. Leopold Herz
Bernhard Pohl	Rainer Ludwig
Tobias Gotthard	Gerald Pittner
Wolfgang Hauber	Kerstin Radler
Benno Zierer	Hans Friedl

## AfD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertretung
Prof. Dr. Ingo Hahn	Franz Bergmüller
Christoph Maier	Uli Henkel
Ulrich Singer	Gerd Mannes
Andreas Winhart	Ralf Stadler

### SPD-Fraktion

MitgliederStellvertretungFlorian von BrunnHorst ArnoldDr. SimoneKlaus Adelt

Strohmayr

Ruth Müller Inge Aures
Arif Taşdelen Ruth Waldmann
Volkmar Halbleib Alexandra Hiersemann

Doris Rauscher Martina Fehlner

### **FDP-Fraktion**

MitgliederStellvertretungMartin HagenSebastian KörberMatthias FischbachAlexander MuthmannJulika SandtDr. Helmut Kaltenhauser